

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS INTERNATIONALE REVUE

.....
**HERAUSGEGEBEN VON PROFESSOR DR. R.
BRODA:PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR.HERMANN BECK:BERLIN UND
ERICH LILIENTHAL:BERLIN+VER-
LEGT BEI GEORG REIMER:BERLIN:W35**
.....

**JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK**
.....

**AUSGEGEBEN ANF: JUNI 1913
6. JAHR 6. HEFT**



GEFOL

INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH PROBLEMEN DES INTERNATIONALISMUS GEWIDMET.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK GEKENNZEICHNETEN ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET.

ALLE MANUSKRIPTE SIND AN DIE DEUTSCHE REDAKTION, BERLIN-WILMERSDORF, PRINZREGENTENSTR. 115/116 ZU RICHTEN.

UNVERLANGTE MANUSKRIPTE WERDEN NUR ZURÜCKGESANDT, WENN IHNEN RÜCKPORTO BEILIEGT.

ALFRED H. FRIED, Wien: Die internationale Verwaltung und die Ansätze zu einer internationalen Gesetzgebung	391
Dr. EUGEN LANSKE, Wien: Ideen zu einer internationalen Geldreform.....	400
Dr. phil. DORA LANDÉ, Berlin: Die Ökonomisierung des Universitätsbetriebes..	409
LEOPOLD KATSCHER; Eine Riesenweltpetition.....	414
GEZA VON HOFFMANN, k. u. k. österr.-ungar. Vizekonsul, Chicago: Das erste staatliche Amt für Rassenhygiene	415
Dr. CHARLES MALOINE, Paris: Die französische Rüstungspolitik	418
MICHAEL VAJDA: Die Nationalitätenfrage in Ungarn	420
Chronik	423

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Kulturaufgaben des Jahrhunderts	429
------------------------------------------------------------------	-----

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG:

Dr. phil. RICHARD HENNIG, Berlin: Stand und Zukunftsaussichten der Bagdadbahn	435
Landrichter Dr. ERNST SONTAG, Berlin: Die Bucketshops in Deutschland	441

SOZIALE ENTWICKLUNG:

J. L. BERTON, Mitglied der französischen Deputiertenkammer, Präsident der Kommission für Sozialversicherung (Paris): Die Frage der Entvölkerung.....	443
MARGARETHE VON GOTTBURG, Stuttgart: Erwerbsarbeit der Schulkinder in Dänemark	447
Chronik.....	449

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

ALFRED H. FRIED, WIEN: DIE INTERNATIONALE VERWALTUNG UND DIE ANSÄTZE ZU EINER INTERNATIONALEN GESETZGEBUNG.



Es ist die Aufgabe der noch jungen Wissenschaft des Internationalismus, das Gemeinschaftsleben der Staatengesellschaft darzulegen. Ihr liegt es ob, die Gesetze der zwischenstaatlichen Verbindungen zu ergründen, ihre Tendenzen zu erforschen und die Richtung ihrer Entwicklung erkennbar zu machen. Schon in der kurzen Zeit seines Bestandes ist es diesem neuen Wissenszweig gelungen, das wesentliche des Internationalen von der Utopie zu scheiden und den Begriff des Internationalismus von den Schlacken zu befreien, die mißverstehender Eifer um ihn angesammelt hat.

Der moderne Techniker des Internationalismus unterscheidet sich von dem Menschheitsträumer der Vergangenheit dadurch, daß er erkannt hat, die internationale Gemeinschaft kann nicht durch eine mechanische Zusammenwerfung der Staaten erreicht werden, nicht durch ein Addieren der Quadratkilometer, sondern lediglich durch eine Verbindung der Bedürfnisse, durch ein Organisieren der Interessen im übrigen selbständig bleibender Teile. Eine solche Gemeinschaft kann nicht willkürlich konstruiert werden wie eine Maschine, die einem vorbedachten Zweck dienen soll; sie muß auf Grund vorhandener lebender Keime erzogen und entwickelt werden. Dank der auf solcher Erkenntnis beruhenden Betätigung, erscheint dem Klarsehenden das Internationale nicht mehr gleichbedeutend mit antinational, mit vaterlandfeindlich, mit Hemmung der staatlichen Entwicklung; er erkennt im Internationalismus vielmehr die Möglichkeit zur höchsten Entwicklung und Sicherung des nationalen Lebens, eine wechselseitige Befruchtung der nationalen Kulturen, ein Zusammenwirken zur Erreichung höherer, dem einzelnen Staate nicht erreichbarer Aufgaben. Internationalismus in diesem Sinne ist Ausgleich und Organisation der Kräfte; heißt nicht Schwächung der staatlichen Macht, sondern Austausch der eigenen, sonst unverwertbaren Macht gegen fremde verwertbare Pflichten. International ist daher gleichbedeutend mit höchstnational.

Diese aus dem Bedürfnis erwachsene zwischenstaatliche Organisation der Interessen hat eine große Zahl von Erscheinungen gezeitigt, die im einzelnen wenig zu bedeuten scheinen, die aber, in ihrer Gesamtheit ins Auge gefaßt, einen überraschenden Einblick in die Höherentwicklung und in den Organisationsprozeß der Menschheit gewähren. Um so überraschender als die Handlungen der internationalen Politik mit ihren noch überwiegend anarchistischen Allüren, bei ihrer Betonung und Übertreibung des Gewaltmomentes eine derartige Gemeinschaftsentwicklung der Staatenwelt gar nicht vermuten lassen. Aber die Politik hinkt der gesellschaftlichen Entwicklung immer eine Zeit lang nach, und erst die Wissenschaft vermag sie durch ihre aufklärende Arbeit mit dem Zeitbedürfnis in Einklang zu bringen.

Zu diesen die Umwälzung der Staatengesellschaft kennzeichnenden Erscheinungen gehört in erster Linie die internationale Verwaltung, die sich in den letzten Jahrzehnten neben, auch über der staatlichen Verwaltung entwickelt hat. Hier handelt es sich nicht um zukünftige Erfüllungen und Pläne, sondern um Tatsachen, die bereits erkennbar sind. Tatsachen, die auch nicht einem frommen Wunsch oder einer menschen-

freundlichen Agitation ihr Dasein verdanken, sondern einem realen Bedürfnis entsprungen sind. Längst hat es sich gezeigt, daß die wirklich großen Aufgaben über den Rahmen des Staates hinausgewachsen sind und nur durch ein zwischenstaatliches Zusammenwirken der Erfüllung zugeführt werden können. Und dieses zwingende Bedürfnis hat allmählich dazu geführt, daß immer mehr internationale Zweckverbände zu wirkungsvoller Erledigung bestimmter Aufgaben gebildet wurden, in deren Zusammenfassung man klar und deutlich die Institution einer über den Staaten stehenden, von der Gemeinschaft der Staaten bewirkten internationalen Verwaltung erkennen kann.

Das Wesen der internationalen Verwaltung definiert Prof. v. Martens in seinem „Völkerrecht“ als die innerhalb der durch das Völkerrecht gezogenen Schranken geübte freie Tätigkeit der Staaten im Bereich der internationalen Gemeinschaft zum Zwecke der Erfüllung ihrer Lebensaufgaben. Den Gegenstand der internationalen Verwaltung bildet nach ihm die Gesamtheit aller staatlichen Aufgaben und Rechtsverhältnisse, die die Landesgrenzen der Staaten überschreiten.

Nicht so weit geht der deutsche Völkerrechtsjurist v. Liszt, der die internationalen Verwaltungsgemeinschaften als „dauernde Vereinigungen einer nicht geschlossenen Staatengruppe zur gemeinsamen Förderung abgegrenzter gemeinsamer Interessen“ erklärt. Ihm erscheint also das kennzeichnende Merkmal der internationalen Verwaltung in der Gruppierung mehrerer Staaten zu einem bestimmten nichtpolitischen Zweck zu liegen, während v. Martens in jedem die staatlichen Grenzen überschreitenden Abkommen dieser Art, wenn es auch nur zwischen zwei Staaten abgeschlossen ist, dieses Merkmal erblickt. Ich glaube, daß Martens hier im Recht ist. Denn nicht die Zahl der Vertragsteilnehmer kann das Wesen eines Vertrags kennzeichnen, sondern lediglich dessen Inhalt. Ein Vertrag ist allerdings noch nicht international in dem weltumfassenden Sinn jenes Wortes, wenn er nur zwischen zwei Staaten abgeschlossen wird. Er kann es aber dennoch seinem Wesen nach sein, wenn der Zutritt zu einem solchen Zweier-Abkommen jedem anderen Staat freigestellt wird, oder wenn zahlreiche solche Abkommen doch ein gemeinsames Netz über eine große Anzahl von Staaten schlingen.

Indem ich mich der von Martensschen Ansicht anschließe, teile ich die Erscheinungsformen der internationalen Verwaltung in drei Stufen, die lediglich verschiedene Grade der Vervollkommenung kennzeichnen.

Ich unterscheide demgemäß drei Stufen der internationalen Verwaltung, die in der ersten den primitivsten Zustand, in den beiden anderen Stufen dessen Höherentwicklung darstellen. Als erste Stufe erscheint mir das einfache Vertragsabkommen über Verwaltungsangelegenheiten zwischen je zwei oder mehreren Staaten, wobei die Durchführung der Vertragsbestimmungen den Vollzugsorganen eines jeden Staates allein zusteht. Hierher gehört die Mehrzahl der sogenannten Verkehrsverträge, der Handels-, Münz-, Maß-, und Gewichtsabkommen, der Privatrechts-, Auslieferungs-, Sanitäts-, Niederlassungs-, wie der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverträge, der Verträge zum Schutz materieller und ideeller Interessen usw.

Die zweite Stufe kennzeichnet sich durch die Errichtung internationaler Zentralstellen, denen die vertraglich festgelegte Durchführung und Regelung gemeinsamer Angelegenheiten obliegt. Es sind dies die sogenannten internationalen Ämter, die ihrer Wirkung nach bereits internationale

Verwaltungsorgane bilden, indem sie im Auftrage der Staatengemeinschaft und in deren Interesse wirken, auch von ihr bezahlt werden. Sie stehen in der Regel unter der Kontrolle eines der Vertragsstaaten. Die Bureaus in Bern und Brüssel, der Schiedshof im Haag, die geodätische Zentrale in Potsdam, das seismographische Institut in Straßburg, das Maß- und Gewichtsinstitut in Sèvres sind Einrichtungen dieser Art.

In der dritten Stufe sind die Einrichtungen der internationalen Verwaltung nicht nur ihrer Wirkung, sondern auch ihrem Wesen nach international. Sie stehen nicht mehr unter der Kontrolle eines Vertragsstaates, genießen vielmehr eine gewisse Selbständigkeit und die ihnen angehörenden Mitglieder oder Beamten sind in gewissem Sinne international. Sie sind Beauftragte der Staatengemeinschaft. Es gibt noch nicht viele solcher Einrichtungen; doch sind deren schon vorhanden. Es sind dies die internationalen Fluß- und Sanitätskommissionen, zum Teil auch die internationale Kommission zur Überwachung der Finanzverwaltung einzelner Staaten. v. Liszt sagt *) kennzeichnend: „Der Schiffskapitän, der durch den Suezkanal fährt oder der von der Sulina-Mündung donauaufwärts dampft, steht unmittelbar unter dem Imperium, unter der Befehl- und Zwangsgewalt nicht etwa der Uferstaaten, sondern des Staatenverbandes, der die Freiheit der Schifffahrt für die Schiffe aller Flaggen sichern oder die Häfen des Mittelmeeres von der Einschleppung der Pest und Cholera schützen will.“ So bildet auch die durch den Pariser Vertrag vom 30. März 1856 eingesetzte europäische Donaukommission ein wesentlich internationales Organ. Sie besitzt eigene Fahnen und Abzeichen, erläßt eigene Verordnungen, sie hat ein eigenes Straf- und Zivilgesetzbuch, verhängt Strafen und hat sogar die Macht, ihre Sprüche durchzusetzen. Sie erläßt internationale Gesetze und fällt Urteile im Namen der Staatengemeinschaft.

Wenn man diese Unterscheidungen, die lediglich die verschiedenen Entwicklungsgrade der getroffenen Maßnahmen kennzeichnen, dauernd im Auge behält, erkennt man die gewaltige Tendenz der Gemeinschaftsarbeit, die sich hier zeigt, den Riesenumfang und die Mannigfaltigkeit des großen Organisationsvorganges, der sich deutlich erkennbar vor uns abspielt. Es lohnt sich deshalb, hier einen nach Materien geordneten Überblick über die mehr oder weniger entwickelten Ansätze der internationalen Verwaltung zu geben.

Vorher sei aber nochmals betont, daß es sich bei der internationalen Verwaltung nur um Maßnahmen handelt, die die Regierungen selbst getroffen haben und durchführen, nicht um jene ungeheure Menge internationaler Organisationen privater Natur. Hervorgehoben muß jedoch werden, daß dieser offizielle Internationalismus in der Mehrzahl der Fälle der privaten Initiative zu danken ist und sich auf den Vorarbeiten der privaten internationalen Organisationen aufbaut **).

*) „Das Wesen des völkerrechtlichen Staatenverbandes usw.“ Breslau 1910.

**) Wer sich über den Umfang der gesamten internationalen Organisation der Gegenwart unterrichten will, den verweise ich auf das von mir 1905 begründete „Annuaire de la vie internationale“, und namentlich auf dessen letzten Band: „Annuaire de la vie internationale. Unions Associations, Instituts, Commissions, Bureaux, Offices, Conférences, Congrès, Expositions, Publications. Publié par l'Union des Associations internationales avec le concours de la Fondation Carnegie pour la paix internationale et de l'Institut international de la Paix. Sécond Série. Vol. II. 1910—1911 Comité de Rédaction: Henri Lafontaine, Paul Otlet, Alfred H. Fried. Lex. 8^o Bruxelles. 1913. Office central des Associations Internationales. Rue de la Régence

Daß hier in erster Linie das weite Gebiet des Verkehrs in Betracht kommt, wird zur Verwunderung kaum Anlaß geben, da man weiß, daß gerade die Entwicklung des Verkehrs den Antrieb des gesamten modernen Internationalismus bildet. Der Verkehr der Nachrichten, Personen und Güter strebte naturgemäß und zu allererst über die Grenzen des einzelnen Staatsgebietes hinaus und führte aus der Natur der Sache heraus zu einer zwischenstaatlichen Regelung. Der Nachrichtenverkehr hat die im Jahre 1874 begründete, heute fast alle Staaten der Kulturwelt umfassende „Weltpostunion“ gezeitigt, deren Zentralamt sich in Bern befindet. Dort haben auch die Zentralstellen der „Internationalen Union der Telegraphenverwaltungen“, der „Radiotelegraphischen Union“ und der Abmachungen über den „Schutz überseeischer Kabel“ ihren Sitz. Der Personen- und Güterverkehr hat folgende Verwaltungsgemeinschaften gezeitigt: Das „Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnfrachtverkehr“ mit Zentralamt in Bern; das „Abkommen über die technische Vereinheitlichung der Eisenbahnmaterialien“; das „int. Reglement der Seerouten“, die „int. Verständigung über die Schaffung und Anwendung eines einheitlichen Kodes für Seesignale“, die „int. Verständigung über die Errichtung und Erhaltung eines Leuchtturms am Kap Sparte“, die bereits im Jahre 1865 getroffen wurde. Ferner die int. Abkommen über die Seefischerei, über den Verkehr der Automobile und die int. Regelung des Verkehrs auf internationalen Kanälen und Flüssen, wie sie in dem Suezkanalabkommen, den Rhein-, Donau-, Schelde- und Kongo-Schiffahrtsakten zum Ausdruck gelangten. Das Abkommen über die Schifffahrt am Panamakanal dürfte alsbald zu einem internationalen ausgestaltet werden; ebenso ist eine internationale Regelung über den Luftverkehr bereits in Angriff genommen.

Auf dem Gebiete des Handels- und Finanzwesens besitzen wir die „int. Union für die Veröffentlichung der Zolltarife“ mit einem Zentralamt in Brüssel. Dort befindet sich auch die ständige Kommission und das ständige Bureau der „internationalen Zuckerkonvention“, deren Aufgabe es ist, Produktion und Absatz bei einem der wichtigsten Welthandelsartikel international zu regeln. Das Münz-, Maß- und Gewichtswesen ist geregelt durch die „int. Meterkonvention“, deren Zentralamt das „int. Maß- und Gewichtsbureau“ in Sèvres bildet, wie durch die partiell internationalen Münzkonventionen, denen bei der „lateinischen Münzkonvention“ fünf, bei der skandinavischen Münzkonvention nur drei Staaten angehören. Die Finanzverhältnisse gewisser europäischer Schuldnerstaaten haben zu der Einrichtung verschiedener internationaler Kontrollkommissionen geführt. So in der „int. Kommission für Verwaltung der ottomanischen Staatsschuld“ in Konstantinopel, der „int. Kommission für die Überwachung der Finanzverwaltung von Ägypten“ und der „int. Finanzkommission in Athen“.

Das Wesen der internationalen Verwaltung tritt am deutlichsten zutage in jenen Abkommen und Einrichtungen, die tatsächlich eine internationale Polizei begründen, der zahlreiche Aufgaben sittlicher und sanitärer Natur obliegen.

Die internationale Sittenpolizei betätigt sich auf Grund der zahlreichen internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Mädchen-

3 bis. 2652 SS. Frcs. 40.—. „Dieses „Annuaire“ orientiert in dokumentierten Einzeldarstellungen über 510 gegenwärtig vorhandene Internationale Organisationen.

Eine Übersicht in deutscher Sprache findet man in meiner Schrift „Das internationale Leben der Gegenwart“. Leipzig B. G. Teubner, 1908. 111 SS. M. 1.—.

handels, des Handels mit pornographischen Schriften und Abbildungen, zur Durchführung des Verbotes des Waffenhandels in Afrika, des Alkoholhandels dort wie in der Nordsee, des Opiumhandels usw. Auch gewisse Maßnahmen ethisch-zivilisatorischer Natur sind Aufgabe dieser internationalen Polizei. So jenes große Abkommen zur Bekämpfung des Sklavenhandels, das Zentralämter in Brüssel und Zanzibar unterhält und jene Schutzabkommen gegen die Ausrottung der Robben und Seehunde, wie der wilden Tierwelt Afrikas.

Die internationale Sanitätspolizei ist begründet durch zahlreiche Sanitätsabkommen und wird durch Sanitätsstationen und Gesundheitszentralen usw. ausgeübt. Dazu sind in erster Linie die bereits 1866 ins Leben gerufene Internationale Sanitäts-Union mit einem obersten int. Gesundheitsrat in Konstantinopel und int. Sanitätsstationen in Alexandrien, am Roten Meer, und am Persischen Golf zu nennen. Es bestehen ferner ein int. Sanitätsrat in Paris und Gesundheitszentralen in Bukarest und Tanger.

In das Gebiet der internationalen Gesundheitspolizei gehören noch die Abkommen über die Vereinheitlichung der Formeln aktiver Medikamente, über die Verwendung des Saccharins und die Nomenklatur der Todesursachen.

Auch zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung sind internationale Polizeimaßnahmen zu verzeichnen. Die internationale Gendarmerie auf Kreta in Mazedonien, die Aktion der vereinigten Heere der Kulturwelt aus Anlaß des Boxeraufstandes in China und in jüngster Zeit die gemeinsame Aktion der europäischen Flotte vor Antivari und die internationale Besetzung Skutaris bekunden unverkennbare Merkmale einer internationalen Ordnungs- und Sicherheitspolizei.

Die Erfordernisse der Rechtspflege haben eine ganze Reihe hochwertiger internationaler Abkommen und Einrichtungen gezeitigt. Da sind in erster Linie die Haager Privatrechtsabkommen aus den Jahren 1896—1904, die eine internationale Verständigung herbeigeführt haben über die gegenseitige Rechtshilfe, über Eheschließung, Ehescheidung und Vormundschaft, über Erbfolge, eheliches Güterrecht und den Konkurs. Da sind die großen Abkommen für den Schutz des Urheberrechts an industriellem, künstlerischem und literarischem Eigentum mit den Zentralämtern in Bern. Da ist ferner das erst im Vorjahre abgeschlossene Abkommen zur internationalen Regelung des Wechselrechts und schließlich die internationalen gemischten Gerichtshöfe in der Türkei und Ägypten.

Die Haager Abkommen zur friedlichen Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten von 1899 und 1907 haben die Schiedsgerichtsbarkeit und die internationalen Untersuchungskommissionen gezeitigt, den ständigen Schiedshof in Haag geschaffen und ein Prozeßverfahren für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit ausgearbeitet. Sie haben ferner die Grundlage für einen internationalen Prisengerichtshof geschaffen, der der erste übernationale Gerichtshof sein wird, da ihm das Recht eingeräumt wurde, nationale Gerichtsurteile aufzuheben und namens der internationalen Gemeinschaft internationales Recht an ihre Stelle zu setzen.

Die internationale Verwaltung eilt der Landwirtschaft zu Hilfe durch die Abkommen zum Schutze gegen die Phylloxera und zum Schutz der für den Ackerbau nützlichen Vögel, wie durch die Errichtung eines int. Landwirtschaftsinstituts in Rom. Sie unterstützt die Wissenschaft durch die Abkommen zum Austausch offizieller Dokumente durch die „int. Union für Erdbebenforschung“ mit der seismographischen Zentrale in Straß-

burg, durch die „Union für Erdmessung“ mit dem geodätischen Bureau in Potsdam, mit dem Abkommen für Meeresforschung und durch das Komitee für die int. Herstellung einer Mondkarte mit dem Sitz in London. Auch soziale Aufgaben hat sie in den Bereich ihrer Tätigkeit gezogen durch die beiden Arbeiter-Schutz-Übereinkommen, die die Nacharbeit der Frauen in Fabriken und die Anwendung des weißen Phosphors bei der Streichholzindustrie verbieten.

Eine eigenartige Erscheinung ist es, daß die internationale Verwaltung gerade auf einem Gebiete zu umfangreicher Regelung gekommen ist, wo man es am allerwenigsten erwarten würde. Nämlich auf dem Gebiete des Krieges. Das altrömische Wort, wonach unter den Waffen die Gesetze schweigen müssen, trifft auf unsere moderne Zeit nicht mehr zu. Die Notwendigkeit einer gesetzmäßigen Ordnung äußert sich bereits dort, wo die noch vorhandene Staatenanarchie ihre akute Form annimmt. Die Konventionen von St. Petersburg von 1868, die Genfer Konventionen von 1864 und 1906, die Haager kriegsgerichtlichen Abkommen von 1899 und 1907 bekunden den Willen der Kulturvölker, auch der Anwendung der rohen Gewalt im zwischenstaatlichen Verkehr rechtliche Schranken zu setzen, und gewisse durch die Menschlichkeit gebotenen Maßnahmen durchzuführen. Der Krieg wird in diesem Sinne beeinflußt durch die als „Rotes-Kreuz“-Abkommen bekannte „Vereinbarung zur Linderung des Loses der in Felddienst verwundeten Militärpersonen“, durch die int. Abkommen „betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges“, „über den Beginn der Feindseligkeiten“, über „Die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges“, über „die Behandlung der Handelsschiffe bei Ausbruch der Feindseligkeiten“, über gewisse Beschränkungen beim Legen von Seeminen, beim Bombardement und bei der Ausübung des Beuterechts im Seekrieg. Neuerdings hat die Londoner Deklaration von 1909 wichtige Materien des Seekriegsrechtes, namentlich bezüglich der Blockade und der Kontrebande einer Regelung unterzogen. Der Charakter von Verwaltungsmaßnahmen kann auch diesen für den Kriegsfall bestimmten Vereinbarungen nicht abgesprochen werden. Handelt es sich doch auch hier gewissermaßen um Polizeibestimmungen zwecks Aufrechterhaltung einer bestimmten Ordnung und Sicherheit für einen Zeitpunkt, wo die gesittete Gesellschaft gewisse Garantien dafür am dringendsten benötigt.

Eine besondere Würdigung benötigt ein internationales Verwaltungssystem, das sich auf einen bestimmten Erdteil beschränkt. Seit dem Jahre 1889 haben sich die 19 amerikanischen Republiken zu einer Pan-Amerikanischen Union vereinigt, deren Aufgabe es ist, die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen aller unabhängigen Staaten der Erdhälfte durch gemeinsame Maßnahmen und Einrichtungen zu fördern. Die Pan-Amerikanische Union, die in Washington ein Zentralamt der amerikanischen Republiken unterhält, hat auf den vier seit 1889 abgehaltenen pan-amerikanischen Konferenzen bereits schöne Erfolge gezeitigt. Das Washingtoner Zentralamt selbst hat sich in den 24 Jahren seines Bestandes zu einer Art Ministerium des Innern für den Zweckverband Amerika entwickelt. Die bereits geschlossenen oder in Angriff genommenen Abkommen beziehen sich auf den Ausbau eines besonderen interamerikanischen Schiedswesens, auf die Herstellung einer internationalen See- und Flußschiffahrt, auf die Vereinheitlichung, Regulierung und Vereinfachung des Zoll-, Konsular-, Sanitäts-, Auslieferungs- und Fremdenwesens, auf die Kodifika-

tion des amerikanischen öffentlichen und Privatrechts, auf den Schutz des geistigen Eigentums und der Naturreichtümer, auf den Austausch von Professoren und Studenten, auf die gemeinsame Förderung der Wissenschaft und zahlreiche andere Materien *).

Eine internationale Verwaltung auf kleinem Gebiet wurde zwischen den fünf zentralamerikanischen Republiken errichtet, die in der Abhaltung besonderer zentralamerikanischer Kongresse, der Errichtung eines zentralamerikanischen Bureaus und eines zentralamerikanischen Staatengerichtshofes zum Ausdruck kommt.

Der große Aufschwung der pan-amerikanischen Bewegung hat den Gedanken erweckt, auch für Europa eine ähnliche Einrichtung, einen „Zweckverband Europa“ **), zu begründen und diesen in einem „pan-europäischen Bureau“ ***) zu zentralisieren. Nebenher laufen die Bestrebungen zur Organisierung der gesamten internationalen Organisationen, der offiziellen sowohl wie der privaten, auf mondialer Grundlage. Diese Bestrebungen verfolgen den Zweck, die gesamte internationale Praxis, wie sie in den verschiedenen internationalen Verwaltungseinrichtungen der Regierungen und in den noch viel umfangreicheren privaten internationalen Organisationen und Einrichtungen zum Ausdruck kommt, zum Zwecke einer höheren Wirkung der Teile zusammenzufassen, und dadurch auch die Interdependenz des modernen Lebens deutlicher erkennbar zu machen. Der Internationalismus im geläuterten Sinne bildet die Grundlage unserer Kultur. Eine Tatsache, die nur noch zu wenig erkannt wird, um ihren vollen nützlichen Einfluß auf den Ablauf der zwischenstaatlichen Beziehungen geltend zu machen. Die Ansätze zu einer solchen Zentralstelle des gesamten Internationalismus sind bereits in der vor einigen Jahren begründeten Brüsseler „Union des Associations Internationales“ zu erblicken. Diese Union, der bereits zahlreiche internationale Organisationen angehören, unterhält in Brüssel das „Zentralamt der internationalen Assoziationen“, es veranstaltet den „Congrès Mondial des Associations internationales“, dessen zweiter eben in den Junitagen des Jahres 1913 in Brüssel abgehalten wird, und dient der internationalen Organisation durch die Veröffentlichung des „Annuaire de la Vie Internationale“ und der Halbmonatsschrift „La Vie Internationale“.

* * *

Die Lebensfähigkeit eines Organismus erweist sich am besten dadurch, daß er über die ihm zunächst gestellten Aufgaben hinaus in der von ihnen gewiesenen Richtung, weiterwirkt. Es ist eine von mir oft gemachte Beobachtung, daß auf dem Gebiete internationaler Zusammenarbeit weitere, nicht in der Absicht der Urheber gelegene Wirkungen zutage treten, die von der gleichen Tendenz beeinflußt sind, in der sich jene Zusammenarbeit betätigt. Diese unbeabsichtigten Nebenwirkungen, die ich einmal als die X-Strahlen sozialer Gemeinschaftsarbeit bezeichnete, stellen immer eine Höherentwicklung dar.

*) Siehe mein Buch: „Pan-Amerika. Entwicklung, Umfang und Bedeutung der pan-amerikanischen Bewegung (1810—1910). Berlin 1910.

**) Siehe meinen Artikel „Zweckverband Europa“ in der „Friedens-Warte“ 1911. S. 81. u. f.

***) Siehe darüber meine Denkschrift an den „Congrès Mondial des Associations internationales“ (Brüssel 1910) in dem 1911 erschienen Bericht, Bd. I. S. 273 u. f.

Die internationale Verwaltung führt dementsprechend nicht bloß zu einer durch Energieersparnis geforderten Zweckbetätigung, nicht bloß zu praktischen, sicheren und reichlicheren Ergebnissen als es die isolierte Arbeit der einzelnen Staaten auf den verschiedenen Gebieten zu ermöglichen imstande wäre (vorausgesetzt, daß eine solche Einzelarbeit überhaupt die Fähigkeit besäße, die großen und durch die gegenseitige Abhängigkeit der Völker beeinflussten Fragen zu lösen), sondern auch zu einer Festigung und organischen Höherentwicklung der Staatengemeinschaft selbst. So erfordern die vielfachen durch die internationale Verwaltung aufgestellten Aufgaben eine feste dauernde Kooperation der staatlichen Organe. Die meisten der oben angeführten Organisationen und Abkommen benötigten zu ihrer Begründung und benötigen dauernd zu ihrer Fortbildung internationale Regierungenskonferenzen, die heute beinahe zu einer ständigen Einrichtung geworden sind. Während in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts nur 10 solcher Konferenzen stattfanden, wurden bereits in der zweiten Hälfte 99 abgehalten. Und in dem Jahrzehnt von 1901—1910 bereits 49, d. i. mehr als die doppelte Anzahl der in den beiden vorhergehenden Jahrzehnten (1880—1900) stattgefundenen Beratungen. Aber nicht nur der Zahl nach, sondern auch ihrem Wesen nach haben sich diese Versammlungen der Regierungsvertreter völlig geändert; während sie früher nur zusammentraten, um eine durch einen Krieg geschaffene Lage zu erledigen, dienen sie heute mit verschwindenden Ausnahmen der gemeinsamen Regelung von wirtschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Fragen. Es ist dies eine Art Weltparlament, eine Art ständiger internationaler Rat, den die Einrichtung der internationalen Verwaltung gezeitigt hat.

Eine andere Ausstrahlung dieser Einrichtung sehen wir in den Tendenz zur Ausbildung einer internationalen Gesetzgebung. Gewiß ist diese Tendenz noch wenig durchgedrungen, doch kommt es hier nicht darauf an, ihre Stärke zu beweisen als vielmehr ihr Vorhandensein, das an und für sich schon als ein großer kultureller Erfolg zu begrüßen ist. Dies um so mehr, als Recht nicht erst durch die Kodifikation zum Recht gestempelt wird, eine Erfahrung die bereits in der innerstaatlichen Rechtsentwicklung ihre jahrhundertelange Bestätigung gefunden hat. Man weiß, daß das englische Recht niemals kodifiziert wurde und sich dennoch zu einem klaren, bestimmten System ausgebildet hat; man weiß, welche Rolle das Gewohnheitsrecht vor dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich gespielt hat. Und noch in viel höherem Maße als im innerstaatlichen Recht übt das Gewohnheitsrecht im internationalen Verkehr seine Wirkung aus. Das ganze Völkerrecht ist ja zu seinem größten Teile nichts anderes als Gewohnheitsrecht, und man kann sich vorstellen, welche Stärkung dieses Gewohnheitsrecht durch die Ausbildung des völkerrechtlichen Vertragswesens erhalten hat, dessen rapide Zunahme ein Merkmal der letzten Jahrzehnte bildet. Um so höher wird man es einzuschätzen wissen, wenn sich trotz dieser Nebensächlichkeit der Kodifikation des internationalen Rechts bereits Ansätze einer solchen Festlegung entwickelt haben. Verschiedene Abkommen der letzten Jahre sind nichts weiter als Kodifikationen internationaler Rechtsregeln. Die oben angeführten Haager Privatrechtsabkommen stellen die Anfänge eines internationalen bürgerlichen Gesetzbuches dar. In den Strafsanktionen der Anordnungen der internationalen Schifffahrts- und Sanitäts-Kommissionen erblickt v. Liszt ein „in den ersten Anfängen stehendes int. Strafrecht“ und das Übereinkommen für den internationalen Eisenbahnfrachtverkehr „ent-

hält die ersten Ansätze zu einem internationalen Handelsgesetzbuch nebst den einschlagenden zivilprozessualen Bestimmungen“. Eine Ausbildung dieses internationalen Handelsgesetzes dürfte durch das oben erwähnte Abkommen über eine internationale Wechselordnung zu erwarten sein. Das Verfahren für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit, das die Haager Friedenskonferenzen festgelegt haben, sowie der Entwurf für einen wirklich ständigen Schiedshof im Haag, wie der für den geplanten Oberprisenhof sind Dokumente einer internationalen Gesetzgebung. In den Bestimmungen für den Oberprisenhof wurde in Artikel 7 der Mangel eines internationalen Seerechts offen zugegeben und den Richtern anheimgestellt, „nach den allgemeinen Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Billigkeit zu urteilen“. Um aber diesem Mangel abzuhelpen, wurde die Londoner Seerechtskonferenz einberufen, deren Ergebnis eine nach den allgemein anerkannten Grundsätzen erfolgte Kodifizierung des Seekriegsrechtes bildet. Auf dem Gebiet des Kriegsrechtes sind in den oben angeführten Abkommen die Ansätze der kodifizierten Gesetzgebung bereits am deutlichsten zum Ausdruck gelangt. Ich erblicke in diesem seltsamen Widerspruch nichts anderes als das mißverständene Verlangen der Zeit nach Organisation, nach Ordnung der großen nationalen Gebilde. Aus ihr spricht einfach der Wille zum Recht, der Lebenswille der werdenden Organisation, der sich, vorläufig noch vom Unterbewußtsein geleitet, in den Bestrebungen äußert, das Recht innerhalb der Gewaltanwendung selbst zu verwenden. Es spricht daraus die tröstliche Zuversicht, daß man durch diese Bestrebungen immer mehr zur bewußten Festigung des internationalen Rechtes übergehen wird, denn einer Erscheinung, der man soviel Kraft zutraut, daß sie den Kanonen Mäßigung und Richtung weist, muß man folgerichtig auch die Kraft zutrauen, die Kanonen schweigend zu erhalten. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch die Kodifikation des Kriegsrechtes, wie sie die oben erwähnten Abmachungen zeigen, als ein Fortschritt zu begrüßen.

So werden wir die Bedeutung der internationalen Verwaltung am besten zu würdigen wissen, wenn wir erkennen, wie sie immer fruchtbringend weitere Bande um die Menschheit schlingt. Ein internationales Abkommen zum Schutze der insektenfressenden Vögel oder für die Erhaltung irgendeines Leuchtturmes oder für die Rechtsverfolgung bei irgendeinem Konkurs mag ja, jedes für sich betrachtet, nichts Welterschütterndes bedeuten. Wenn man aber den Ursprung dieser großen Anzahl von internationalen Regungen dieser Art verfolgt, ihre gemeinsame Tendenz und ihre, neue Werte schaffende, Kraft erkennt, so kommt man zu der Überzeugung, die heute die moderne Völkerrechtswissenschaft beherrscht, daß alle diese Erscheinungen nur die Lebenssymptome einer mächtig sich entwickelnden Organisation des völkerrechtlichen Staatenverbandes, des Überstaates, bedeuten, in der die großen Teile eines noch größeren Ganzen erst ihre volle Lebenskraft, ihre volle Sicherheit und vor allen Dingen die Erfüllung ihrer höchsten Aufgabe, d. i. die höchste Glückgewährung für das Individuum, finden werden.



DR. EUGEN LANSKE, WIEN: IDEEN ZU EINER INTERNATIONALEN GELDREFORM.

DIE wissenschaftlichen Untersuchungen, welche sich das Wesen des Geldes und seine volkswirtschaftliche Bedeutung zum Gegenstande gesetzt haben, sind zu Ergebnissen gelangt, welche in nicht allzu ferner Zeit eine vollständige Umwälzung des Begriffes „Geld“ und seiner Funktionen voraussehen lassen. Bekanntlich war es in erster Linie der Straßburger Nationalökonom Georg Friedrich Knapp, welcher an Stelle der metallistischen Theorie die staatspolitische Theorie des Geldes setzte und den Wert des Geldes nicht aus seinem Stoffe, sondern aus der „staatlichen Proklamation“ ableitete.

Die Ideen der Knappschen Theorie, welche von wissenschaftlichen Kapazitäten, wie Lexis, und von Praktikern, wie Bendixen, vollkommen geteilt werden, gehen von der Konstatierung aus, daß im Geldwesen nicht mehr Edelmetall und Kredit, sondern der Staatsbefehl der maßgebende Faktor geworden sei. Von der Richtigkeit dieser Konstatierung überzeugt schon jeder tiefere Einblick in unser modernes Wirtschaftsgetriebe; sie steht keineswegs in einem prinzipiellen Widerspruche mit der metallistischen Theorie vom Gelde; sie konstatiert nur, daß diese der heutigen Wirtschaftslage unseres Kontinents nicht mehr entspricht, daß es überflüssig, wenn nicht schädlich ist, in einer Periode der inneren Konsolidierung der europäischen Staaten den Geldbegriff an das Edelmetall und den Kredit an das Kapital zu binden. Es erscheint deplaziert, das in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Europa allgemein angeführte Institut der Golddeckung in einer Zeit aufrecht zu erhalten, da man dieses Garanten nicht nur nicht mehr bedarf, sondern dieser in volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung eine Quelle arger Störungen werden kann. Grundlegende Reformen des Währungswesens könnten bei der engen wirtschaftspolitischen Verkettung der Staaten untereinander natürlich nur auf Grund internationaler Übereinkommen zur Einführung gelangen. Und die Entwicklung der Dinge wird über Nacht Probleme heranreifen lassen, welche die Tagesordnung internationaler Währungskonferenzen bilden werden, als deren Vorläufer heute schon die internationalen Girokonferenzen oder internationalen Wechselrechtskonferenzen zu betrachten sind.

Zunächst einige Bemerkungen theoretischer Natur. Als Hauptfunktion des Geldes gilt die Vermittlung zwischen Produktion und Konsumption. Die Geldzeichen sind Legitimationsdokumente, die ihren Inhaber als Produzenten einer bestimmten Gütermenge deklarieren und ihm zugleich den Anspruch auf den Erwerb einer gleichwertigen Gütermenge garantieren. Volkswirtschaftspolitisch ist hierbei das Hauptgewicht auf die Gleichartigkeit der erarbeiteten und erworbenen Gütermengen während einer nicht zu kurzen Zeitperiode zu legen; diese Gleichwertigkeit ist nur dann ermöglicht, wenn den Geldzeichen — wenigstens auf absehbare Zeit hinaus — Wertkonstanz zukommt. Erwägungen dieser Art beschleunigten bekanntlich nach dem Sturze der Silberpreise die Einführung der Goldwährung, da man eben von der Wertbeständigkeit des Goldes die Ausschaltungen derartiger Preisschwankungen erhoffte.

Diese Hoffnung hat die Goldwährung, wie die Wirtschaftsgeschichte

der letzten Dezentennien beweist, keineswegs erfüllt. Von illegitimen Eingriffen, von Falschmünzerei u. dgl. abgesehen, haben die Devisenspekulation, der Goldhandel an den Börsen, vor allem aber die schwankenden Produktionsverhältnisse auf dem Goldmarkte selbst eine durch die Golddeckung garantierte Wertkonstanz zu einer Illusion gemacht. Heute muß es fast als eine Unbegreiflichkeit anmuten, daß man in den Zeiten, als das Silber demonetisiert wurde, eben durch dieses Ereignis sich nicht abschrecken ließ, wieder ein Edelmetall als Fundament der neuen Währungen zu erwählen. Es mußte ja schon damals klar sein, daß nicht nur die bereits oben angeführten Gründe, weiter die Nachfrage nach Gold für industrielle Verarbeitungen die Wertkonstanz der Geldzeichen schwer beeinträchtigen müßten, sondern daß der, die primärste Voraussetzung für die Wertbeständigkeit der Geldzeichen bildende Parallelismus zwischen diesen und den umlaufenden Waren, den Konsumptibilien, bei einem Metallgeld überhaupt niemals zu erreichen sein kann.

Die Wertbeständigkeit des Geldes ist die wesentlichste Voraussetzung für jede soziale und politische Reformarbeit; diese muß solange ausgeschaltet bleiben, als durch die Preisschwankungen in unser gesamtes Kulturleben ein Moment der Unruhe gebracht wird, da durch das Sinken und Steigen des Geldwertes die ökonomische Lage der einzelnen Gesellschaftsklassen in verschiedener Weise beeinflußt wird, bis eben durch neue wirtschaftliche Kämpfe die alte Einkommensverteilung annähernd wieder hergestellt, zugleich aber neuen wirtschaftlichen Angriffen ausgesetzt ist. Jede Änderung des Geldwertes hat eine Verschiebung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse zur Folge. Diese Schwankungen sind für die Volkswirtschaft um so bedauerlicher, als sie keinen sozialpolitischen Gesichtspunkten unterstellt werden können. Denn durch das Sinken des Geldwertes werden während einer gewissen Übergangszeit die verpachtenden Grund- und Hauseigentümer sowie die Kapitalbesitzer geschädigt, die Produktionsunternehmer jedoch begünstigt; es werden zugleich aber auch — und hier ist die Schattenseite — alle Festangestellten, die Beamten, die Arbeiter usw. geschädigt, da infolge der sinkenden Kaufkraft des Geldes sich ihr Realeinkommen vermindert.

Die wichtigste Voraussetzung für den Eintritt eines wirtschaftlichen Friedenszustandes bildet also ein wertbeständiges Geld; diese Eigenschaft aber kann einem Gelde, das seinen Wert in sich, in dem Stoffe, aus dem es hergestellt ist, niemals zukommen. Es erscheint also eine grundlegende Neufundierung unseres Geldwesens als unausweichbar und dringlich.

Die Geldreform muß einem Ziele zustreben, bei welchem eine Wertbeständigkeit der Geldzeichen erreicht ist, die weder von den bereits geschilderten Geldwertstörungen und deren zufälligen und menschlich-willkürlichen Ursachen, noch auch von den Geschäftsvermehrungen, den Produktionsschwankungen, der Kreditkaufkraft, kurz von der wirtschaftlichen Konjunktur beeinträchtigt werden kann. Auch der Ausbau der metallistischen Geldsysteme durch das Banknotenwesen konnte dieser Forderung nicht gerecht werden. Weder die absolute, noch die relative Kontingentierung der Notenmenge vermochte es zu verhindern, daß zu den großen Umschlagterminen im Frühjahr und Herbst regelmäßig Geldmangel und Kreditanspannungen eintreten, die eine, wenn auch vorübergehende, für die Produktion immerhin empfindliche Störung der Wertkonstanz nach sich ziehen.

Eine Modifikation des Banknotenwesens bzw. eine Abänderung oder gar Abschaffung des Kontingentierungsprinzips, etwa nach französischem

Muster, wäre, das Gelingen an sich vorausgesetzt, wegen der völligen Hintansetzung sozialpolitischer Gesichtspunkte nur halbe Arbeit. Bei der Bank von Frankreich ist das Maximum der Notenausgabe überhaupt nicht bestimmt; die Bankleitung kann nach eigenem Ermessen die Höhe der Bardeckung festsetzen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika müssen die Banken Staatsschuldverschreibungen bei den Staatskassen deponieren und haben das Recht, für 90% des Wertes jener Schuldverschreibungen Noten auszugeben. Man sieht hier bereits ganz deutlich die beginnende Lostrennung des Geldes vom Gold, des Kredites vom Kapital. Hierbei mag es nur von sekundärem Interesse sein, daß die „Fundierung“ der amerikanischen Noten auf Staatsschuldverschreibungen eigentlich nicht den geringsten ökonomischen Wert besitzt, sondern tatsächlich nur auf der „staatlichen Proklamation“ beruht. Wichtiger, aber keineswegs vorbildlich ist die Erscheinung, daß in jenen Staaten die Lostrennung der Geldzeichen vom Metallstoffe sich im Geleise des privaten Notenbanksystems vollzieht, was zur Folge hat, daß die daraus resultierenden unermeßlichen Gewinne den Bankaktionären, statt der Allgemeinheit zugute kommen.

Die Banknoten leiten ihren „inneren Wert“ nicht von der Autorität ihres Emissärs her, sondern vom Zahlungsbefehl des Staates. In Österreich beispielsweise hat der Staat seinen Zahlungsbefehl an die österreichisch-ungarische Bank verpachtet; zu dem letzten Pachtvertrag hat das österreichisch-ungarische Abgeordnetenhaus am 28. Juli 1911 (7. Sitzung der XXI. Session) seine Zustimmung erteilt. Gesichtspunkte staatsrechtlicher Natur, namentlich das Verhältnis zu Ungarn, standen bei der Debatte über die Privilegiumserneuerung zur teilweise neugedeckten Notenausgabe an die österreichisch-ungarische Bank im Vordergrund des Interesses; dies und die kurze Befristung der parlamentarischen Beratung der Banknovelle ließen deren volkswirtschaftspolitische Seite mehr in den Hintergrund treten, obwohl gerade auf diesem Gebiete einschneidende Neuerungen getroffen werden. So wurde durch die Neuredigierung des Art. 84 des Bankstatuts das steuerfreie Notenkontingent von 400 auf 600 Kronen erhöht: „Wenn der Betrag der umlaufenden Banknoten den Barvorrat um mehr als 600 Millionen Kronen übersteigt, so hat die Bank von dem Überschusse eine Steuer von jährlich fünf von Hundert an die beiden Staatsverwaltungen, und zwar in demselben Verhältnisse und demselben Zeitpunkte zu entrichten, in welchem jeder der beiden Staatsverwaltungen der Anteil am Gewinne der Bank auszubezahlen ist.“

Kaum war das Bankgesetz sanktioniert, traten wieder die Klagen über den Mangel an Geldzeichen auf und die Stimmen derer mehrten sich, welche dringlich eine weitere Erhöhung des steuerfreien Notenkontingents forderten. Dies bewies wohl zur Genüge, daß auch heute in Österreich der so notwendige Parallelismus zwischen Geld und Ware nicht erreicht ist, daß er zur Not durch Manöver mit der Diskontschraube erreicht werden könnte, was aber Zinsfußschwankungen und Störungen des volkswirtschaftlichen Lebens zur Folge hätte.

Der Art. 84 des Bankstatuts beweist ferner, daß sich der Staat im Prinzip für verpflichtet hält, von dem aus dem Privilegium der neugedeckten Notenausgabe resultierenden Reingewinn der Bank für sich einen Teil in Anspruch zu nehmen. Würde der Staat die geschäftliche Exploitation seines Zahlungsbefehles in eigene Regie übernehmen, dann würde eben der ganze auf diese Weise erzielte Reingewinn der Allgemeinheit zugute kommen. Man könnte

dann unbedenklich noch weitergehende Erhöhungen des Notenkontingentes, die an sich ja im Interesse der Produzenten gelegen sind, vornehmen, ohne damit zugleich ein Millionengeschenk an eine private Notenbank zu machen.

Für den inneren Verkehr bedeutet heute die Deckung der aus Papier hergestellten Geldzeichen einen Anachronismus. Dem Inlande gehöriges Gold, das im Inlande zu einer „bankmäßigen Deckung“ herangezogen wird, liegt brach. Ein privates Noteninstitut, welches Goldschätze in seinen Kellern gesammelt hält, um auf diesen fundierte Noten auszugeben, rennt offene Türen ein. Nicht die Goldschätze der Bank sind es, welche im Inlande die Integrität ihrer Noten garantieren, sondern der Zahlungsbefehl des Staates; nicht die Goldschätze der Bank sind es, nach deren Vermehrung und Verminderung der Notenumlauf willkürlich gesteigert oder verringert werden kann, sondern die geschäftliche Konjunktur, die Intensität des Warenumschlages ist es, welche die Variabilität des Notenumlaufes reguliert. Das Bedürfnis nach Geldzeichen ist das Primäre, nach diesem muß sich die Notenzirkulation richten, soll die Wertkonstanz des Geldes aufrechterhalten bleiben. Wird diese aber durch irgendwelche banktechnische Vorkehrungen gestört, so ist dies sozialpolitisch verdammenstwert und auf die gleiche Stufe mit der Falschmünzerei zu stellen.

Eine zweckmäßige Währungsreform wird also die Kreierung von Geldzeichen erstreben müssen, welche von einer Verbindung mit einem „inneren Werte“ einem Stoffwerte, vollkommen losgelöst sind. Die technische Ausgestaltung des Geldes ist weder eine juristische, noch eine ökonomische, sondern eben eine technische Frage. Man wird höher- und niederwertige Papiernoten schaffen und als Repräsentanten kleinerer Beträge Silber- und Kupfermünzen in den zweckmäßigsten Legierungen beibehalten. Hier ist zu erwähnen, daß heute diese Münzen ebenfalls keinen inneren Wert besitzen. Denn heute schon beträgt ihr Metallwert kaum $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ ihres Nominalwertes; maßgebend ist eben einzig und allein der durch den Prägestempel symbolisierte Zahlungsbefehl des Staates. Gerade die gelegentlich der Umprägungen der Scheidemünzen zutage getretenen Verminderungen des Metallwertes sind ein Beweis dafür, daß der Staat eine stoffliche Fundierung des Geldes im Inlande selbst für überflüssig hält, eine Überzeugung, die sich bei ihm um so rascher festigte, als ja für ihn aus den daraus gezogenen Konsequenzen die periodischen „Münzgewinne“ abfielen.

Eine dritte Art von Geldzeichen, nicht etwa ein bloßes Surrogat von solchen, wird durch das Giralgeld repräsentiert sein. Hierbei ist nicht zu übersehen, daß die Noten- und Bargeldzirkulation zu den Notenguthaben in einem korrelativen Verhältnis stehen wird, daß bei einem Ansteigen des Notenumlaufes das Guthaben des Clearingverkehrs sinken wird und umgekehrt, und daß dergestalt alle drei Arten von Geldzeichen (Staatsnoten, Scheidemünzen und Giroguthaben) bezüglich des Umlaufes ein einheitliches Ganzes darstellen.

Die Hauptaufgabe der Verwaltung eines solchen Währungswesens erscheint naturgemäß in einer richtigen Regulierung der Umlaufmenge der Geldzeichen gelegen. Die einzige Richtlinie hierfür bildet den Parallelismus des Geldumlaufes zum Warenumsatz. Das Geld ist eben Tauschmittel, nicht Selbstzweck. Es muß also einerseits sorgfältig jede Überausgabe von Geldzeichen vermieden werden; denn dies hätte eine Preissteigerung der Waren mit all den, bereits oben geschilderten Nachteilen zur Folge. Ebenso wird einer Unterausgabe von Geldzeichen auszuweichen sein, will man Kredit-

spannungen, Erhöhung der Diskontsätze und derlei Produktionsstörungen vermeiden. Die Geldzirkulation muß in feinfühligster Weise dem Warenumsatz angepaßt sein. Hierin ist das Um und Auf der Bonität eines Geldes gelegen.

Die Geschichte aller Währungen beweist, daß Geldwertverminderungen auf zwei Ursachen zurückzuführen waren: Entweder auf eine Überproduktion an Edelmetall oder an Papiergeld. Die auf diesen Konstatierungen beruhende „Quantitätstheorie“ hat trotz aller Anfechtungen bis heute ihre Richtigkeit bewahrt, da sie eben auf einfachen und natürlichen Prämissen beruht. Im 16. Jahrhundert mußte selbst ein vollgültig ausgeprägtes Metallgeld infolge der damals eingetretenen Überproduktion an Edelmetall eine gewisse Einbuße in seinem Wertverhältnis zu den Waren erleiden. Diese Überproduktion, die mit der Entdeckung Westindiens im Zusammenhang stand, war damals so stark, daß mit ihr die damals ebenfalls rasch ansteigende Geschäftskonjunktur, die Entwicklung des Warenumschlages nicht gleichen Schritt halten konnte. In den zwei letztvergangenen Jahrzehnten ist eine nicht minder rapide Zunahme des Goldvorrates zu konstatieren, die mit der Erschließung der Goldfelder *Transvaals* im Zusammenhang steht. 1891 betrug der Goldvorrat der Welt 14 Millionen Mark, 1910 bereits 30 Millionen Mark. Die allgemeinen Klagen über die Teuerung, aber auch die nüchternen „Indeziffern“ deuten auf ein ziemlich starkes absolutes und relatives Anziehen der Warenpreise hin, dessen Zusammenhang mit der vermehrten Goldproduktion allerdings vielfach bestritten wird, indem man behauptet, letztere sei gleichzeitig durch die enorm angeschwellene, auf den Markt wirkende Kaufkraft paralysiert worden, so daß man für die Teuerung andere Ursachen verantwortlich machen müsse. Die Entscheidung hierüber sei hier offen gelassen; jedenfalls ist aber aus all dem die äußerst labile Fundierung der Geldzeichen durch die Golddecke zu erkennen, so daß eine Loslösung von derartigen Zufallsmomenten als ein hervorragender Vorteil einer Währung bezeichnet werden muß.

Die Kautelen einer in diesem Sinne durchgeführten Geldreform brauchen sich lediglich die Vermeidung einer Überproduktion oder Unterproduktion von Geldzeichen zum Ziele setzen, welche die Geldzirkulation aus der Parallelbewegung zur Warenzirkulation ablenken müßte. Die vollkommene Verstaatlichung des Geldwesens vorausgesetzt, ist psychologisch dieses Gefahrenmoment nur bei der Überproduktion von Geldzeichen vorhanden. Die Erinnerung an die Assignaten und an das „Zwangspapiergeld“ scheint hier die Stimmung zu trüben. Der Wertsturz dieser Zahlungsmittel und seine Ursachen beweisen nur aufs neue, daß die Bonität eines Geldes nicht von seiner Fundierung, sondern einzig und allein von seinem Verhältnis zum Warenumlauf bzw. von der volkswirtschaftlichen Kaufkraft abhängig ist. Die Assignaten waren genau so gut, oder besser gesagt, genau so schlecht fundiert, wie heute die nordamerikanischen Banknoten; dort waren die Kirchengüter das Fundament, hier sind es Staatsschuldverschreibungen bzw. die öffentlichen Güter, welche jene garantieren. Im Grunde genommen ist und war in beiden Fällen keine Fundierung vorhanden, da eben das Geld ein Symbol für sofort fällige Verbindlichkeiten ist, und diese nur durch Konsumptibilien, durch „gängige“, für jedermann sofort brauchbare Güter, nicht aber durch individualisierte, in jeder Beziehung fest verankerte Güter erfüllt werden können, mögen letztere auch noch so gute Anlagewerte darstellen. Trotz dieser Konformität mit den Assignaten war von einer Wert-

erschütterung der Dollarnoten niemals die Rede, da ihre Ausgabe streng dem Warenumsatz angepaßt wird.

In der Anpassung an den Warenumsatz wird der Kernpunkt der zu übenden Kontrolle über die Verwaltung des Geldwesens gelegen sein. Bei fortschreitender Produktion müssen die Geldzeichen in reichlicherem Maße ausgegeben werden, um bei einem Rückschlag in der Konjunktur entsprechend eingezogen zu werden. Eine zentrale Staatsbank wird leicht mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden können, um sich rasch über das aus Scheidemünzen, Staatspapiergeld und Scheckguthaben bestehende gesamte Geldvermögen des Volkes zu orientieren, um die Verteilung desselben auf dauernde und feste Anlagewerte, auf eine Bereitschaft zur Kreditgewähr, auf eine Verankerung desselben in Sicherheitsreserven zu konstatieren und unter Berücksichtigung dieser und ähnlicher Geldverwendungsgelegenheiten die den verkaufsreifen Konsumgütern der Volkswirtschaft adäquate Menge von Geldzeichen zu erheben und in Zirkulation zu setzen. Nur auf diese Weise wird es ermöglicht, den, die Produktion so wesentlich störenden Änderungen in den Diskontsätzen auszuweichen.

Wie schon angedeutet, besteht ein Mittel zur Durchführung des volkswirtschaftspolitischen Prinzips möglichst niedriger Diskontsätze in einer möglichststen Ausbreitung und Ausreifung des Giralgeldes. Hier zeigen sich die Verhältnisse Großbritanniens ungemein lehrreich. 1912 betrug dortselbst die Summe der Scheckdepositen mindestens 500 Millionen Pfund Sterling, während der Goldvorrat des Landes nur auf etwa 130 Millionen Pfund zu schätzen ist. Der Ausbau des Giralgeldwesens in England hat bereits solche Fortschritte gemacht, daß man daselbst im Jahre 1912 das sonderbare Phänomen der Überdeckung von Banknoten beobachten konnte. Heute hat die Bank von England etwas über 40 Millionen Pfund Sterling Barvorrat; der zunehmende Scheckverkehr ließ nun das Banknotenkontingent immer mehr zusammenschmelzen, so daß schon 1893 die ungedeckten Noten aus dem Verkehr verschwanden; auch die gedeckten Noten verminderten sich immer mehr, so daß der Gesamtbetrag der heute noch zirkulierenden Noten sich auf etwa 12 Millionen Pfund Sterling beläuft, also bereits mehrfach überdeckt ist. Demgegenüber mag nur erwähnt werden, daß sich in den zwei Dezennien von 1891 bis 1911 die Summe der Abrechnungen im Londoner Clearinghouse von 6,8 Millionen auf 14,6 Millionen Pfund Sterling gehoben hat.

Der Scheckverkehr ist das gewichtigste Werkzeug der Verbilligung des Geldes und zugleich der Stabilisierung des Geldwertes. Er erhöht automatisch den Barvorrat, er gewährt eine große finanzpolitische Übersichtlichkeit, beides Umstände, welche die Wahrscheinlichkeit einer nötigen Diskontsatzänderung auf ein Minimum reduzieren. Und nun zur internationalen Seite des Währungsproblems. —

Der Zahlungsbefehl des Staates hört an den Grenzen auf; hinter diesen fängt im internationalen Geldverkehr der Kredit an. Dieser bedarf bei dem heutigen Mangel einer Exekutivgewalt einer Stütze. Man glaubte diese in der Golddeckung gefunden zu haben, und derartige Erwägungen waren auch die maßgebende Ursache für die Einführung der Goldwährung, welche, nachdem das Projekt eines internationalen Doppelwährungsvertrages gescheitert war, von den europäischen Staaten sukzessive eingeführt wurde.

De facto ist die Goldwährung wohl eingeführt, nicht aber durchgeführt worden; zumindest nicht bei den internationalen Schuldnerländern. Diese haben unter großen Anstrengungen Goldschätze gesammelt, welche sie nun

gegen die internationale Arbitrage und wirtschaftspolitische Angriffe des Auslandes mit allen Mitteln zu verteidigen bestrebt sind, insbesondere durch eine Devisenpolitik der Zentralbank und eine darauf basierte Suspendierung der Barzahlungen. Die für diese Verhinderung des Goldabflusses gebundenen volkswirtschaftlichen Energien wären aber mit einem Schlage für produktivere Zwecke verfügbar, wenn man sich auf einen internationalen Ausbau des in der Devisenzirkulation gelegenen Prinzips der gegenseitigen Abrechnung verständigen könnte, insbesondere in der Richtung des internationalen Giroverkehrs.

Bevor auf diesen näher eingegangen werden soll, möge noch auf eine Erscheinung hingewiesen werden, welche einer Verbesserung des internationalen Abrechnungswesens in einer sehr günstigen Weise präludiert: Die Vereinheitlichung des Wechselrechts. Vielleicht werden die Ergebnisse der Haager Wechselrechtskonferenz von 1912 nicht in allen Teilen befriedigt haben. England und Nordamerika bleiben ja der Haager Wechselrechtskonvention noch immer fern; auch will es bezüglich einer Vereinheitlichung der Stempelgesetzgebung für Wechsel nicht recht klappen. Doch trat in materiell-rechtlicher Beziehung vielfach eine Ausdehnung einheitlicher Rechtsgrundsätze ein, so bezüglich der Gültigkeit der Wechselklärungen, der *force majeure* u. a. Auch ist nicht zu übersehen, daß das Gebiet des reinen Privatrechts schwerer international-einheitlichen Gesichtspunkten unterzuordnen ist, als das hier viel zugänglichere Währungsrecht.

Bei den Konferenzen der „Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine“ 1906 und 1912 erwies sich insbesondere das Thema „Internationaler Giroverkehr“ als ein überaus zugkräftiges und realisierbares, wobei zugleich auch die Bedeutung des Postsparkassenwesens auch für das internationale Geldwesen hervorleuchtete.

Die Etablierung eines internationalen oder vorerst mitteleuropäischen Giroverkehrs bedeutet lediglich einen Fortschritt vom kleineren zum größeren. Bildet Mitteleuropa ein einheitliches Wirkungsfeld für das Scheck- und Clearingwesen und für die Giroüberweisungen, dann wird der Ausgleich zwischen Geldangebot und Nachfrage ein bedeutend übersichtlicherer. Die infolge der Devisenpolitik erforderliche Bargeldzirkulation wird so ziemlich vollständig verschwinden. Störungen im internationalen Umlaufe der Geldzeichen, Geldknappheit sind um so weniger zu befürchten, je größer das internationale Zentralgeldreservoir bzw. die dasselbe ersetzende technische Zirkulationserleichterung zwischen den einzelnen nationalen Zentral-Geldinstituten ist. Welch enorme Umwälzungen auf diesem Gebiet speziell eine weitergehende Demokratisierung des Clearingverkehrs zur Folge hätte, mögen einige Daten beweisen. Im Jahre 1909 betrug zwischen Österreich und Ungarn der Postanweisungsverkehr 350 000 000 Kronen, der Postsparkassenverkehr 177 000 000 Kronen, der Bargeldverkehr jedoch 1 241 000 Kronen! Noch umfangreicher gestaltet sich das Reisen des Geldes im Verkehr zwischen Österreich und anderen mitteleuropäischen Staaten und diesen untereinander. Man verfügt hierüber zwar über keine statistischen Daten; eine beiläufige Vorstellung davon ermöglicht der Hinweis darauf, daß im Jahre 1905 der Warenverkehr zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn insgesamt 1 877 000 000 Kronen betrug sowie daß der Besitz des gesamten Auslandes an Wertpapieren aller Art aus Österreich, Ungarn und den Annexionsländern im Jahre 1910 insgesamt 9809 Millionen Kronen betrug, wovon auf Deutschland allein 4653 Millionen Kronen ent-

fielen. Kein Wunder, daß man schon vor längerer Zeit das Problem des internationalen Giroverkehrs anschnitt. Konkretere Vorschläge in dieser Richtung brachte die Brüsseler Währungskonferenz von 1892; man dachte hier nicht bloß an die Schaffung einer internationalen Girostelle, sondern auch an die eines internationalen Edelmetallclearings, um eben die Goldsendungen von Land zu Land zu vermeiden, ja sogar an die Schaffung einer internationalen Banknote mit einer, durch völkerrechtliche Bestimmungen neutralisierten Fundierung.

Diese Ideen wurden nicht realisiert; inzwischen gelangte man jedoch auf einem anderen Gebiete zu einer internationalen Geldabrechnung, nämlich im Postanweisungsverkehr. Die Entwicklung des internationalen Postanweisungsverkehres in den letzten Dezennien ist wohl der handgreiflichste Beweis dafür, daß die staatsrechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen für die Einführung des internationalen Giroverkehrs längst als gegeben erachtet werden müssen. Es mag weiter erwähnt werden, daß man in Deutschland seit 1889, in der Schweiz seit 1906, in Frankreich seit 1905, in Belgien seit 1896, angeregt durch das Beispiel der österreichischen Postsparkasse, den Clearingverkehr der kleinen Zahler besser ausbaut, sowie daß zwischen der österreichischen Postsparkasse und mehreren ausländischen Bankinstituten, weiter zwischen den Reichsbanken von Dänemark und Norwegen Vereinbarungen bestehen, welche man mit Fug und Recht als Ansätze zu einem internationalen Giroverkehr auffaßt. So steht die k. k. Postsparkasse im ausländischen Überweisungsverkehr mit der Deutschen Bank, der Banca Commerciale in Rom, der Länderbank in England, der Schweizer Kreditanstalt, seit 1910 überdies im Postscheckverkehr mit Deutschland, Belgien und der Schweiz. Der Auslandsumsatz erreichte in diesem Jahre den Betrag von 170 Millionen Kronen, wovon 130 auf den Bankverkehr, 40 Millionen Kronen auf den Postscheckverkehr entfielen.

Eine Erörterung der technischen Einrichtung des gedachten internationalen Giroverkehrs gehört nicht hierher. Nur ökonomische Seiten der gedachten Einrichtung mögen hier kurz gestreift werden. Die Bedeutung der Kursvariationen wird auf ein Minimum verringert, wenn man bedenkt, daß der wechselseitige Zahlungsverkehr zwischen den mitteleuropäischen Großstaaten sich bis auf kaum nennenswerte Differenzen ausgleicht. Beispielsweise wird die Differenz zwischen der Einfuhr von Österreich-Ungarn nach Deutschland und der im umgekehrten Wege, die im Durchschnitt zweibis dreimal hundert Millionen Kronen beträgt, durch Zinsenzahlungen aus Österreich und Deutschland so ziemlich auf die Hälfte reduziert. Dieser im Vergleich zur gesamten Zahlungsbilanz in der Höhe von rund zwei Milliarden geringe Differenzbetrag deutet darauf hin, daß bei der Regelmäßigkeit der Geld- und Warenzirkulation die Differenz zwischen den beiderseitigen Guthaben sich innerhalb kurzer Termine automatisch auf das durchschnittliche Minimum reduziert. Aber selbst dieses kann zur Vermeidung von Kursverlusten völlig verschwinden, da ja das beeinträchtigte Geldinstitut es jederzeit in seiner Macht hat, durch zeitweilige Abhebungen seines Guthabens bei dem ausländischen Geldinstitut die Kurschancen zu eliminieren. Ja gerade diese Abhebbarkeit der Guthaben im internationalen Giroverkehr bietet ein ganz ausgezeichnetes Werkzeug zu Regulierungsoperationen im Devisenhandel und dergestalt zu einer Stabilisierung der Kurse, die dann auf die kurspolitische Sicherheit des internationalen Giroverkehrs selbst günstig zurückwirken muß. Diese leichte Verschiebbarkeit des Devisenvorrates

auf Guthaben im Ausland gewährt den internationalen Zahlungsmitteln dieselbe Elastizität und Anpassungsfähigkeit an die kommerziellen Bedürfnisse, wie im Inland die leichte Verschiebbarkeit zwischen dem Giralgeldbetrag und dem Notenumlauf.

Die Unterhaltung eines Guthabens bei ausländischen Bankinstituten ist kein Novum; sie ist eine Angelegenheit der Sicherheit und des gegenseitigen Vertrauens im internationalen Geld- und Kreditverkehr und erhält mit der zunehmenden wirtschaftlichen Konsolidierung der mitteleuropäischen Staaten eine immer zuverlässigere Basis. Heute schon unterhalten die Österreichisch-Ungarische und die Deutsche Reichsbank an ausländischen Plätzen Guthaben, die bald die Ziffer 100 000 000 erreicht haben werden. Dasselbe gilt auch von den Reichsbanken in Dänemark und Norwegen, deren fremdländische Guthaben sogar in den Goldschatz eingerechnet werden.

In diesem Zusammenhange drängt sich auch die Frage auf, ob es denn nicht an der Zeit wäre, den Handel mit fremdländischen Zahlungsmitteln im eigenen Lande und umgekehrt mit inländischen Zahlungsmitteln in fremden Lande durch internationale Fixierungen der Münzparitäten ganz aufzuheben. Damit wäre der Spekulation auf die Kursvariationen das Feld entzogen und zugleich der Goldschatz von seiner Funktion der Vertrauensdeckung emanzipiert.

Will man aber nicht so weit gehen, dann liegt noch immer die Möglichkeit offen, das nervöse Element, das die Kurschancen dem internationalen Giroverkehr einimpfen könnten, durch Schaffung eines aus den Kursgewinnen gebildeten, gemeinsamen Ausgleichsfonds zu eliminieren.

Im internationalen Giroverkehr der k. k. Postsparkasse ist dieses Problem in der Praxis so gelöst, daß die Überweisungen zum Warenkurs der deutschen Reichsbanknoten, bzw. der Devisen auf ausländische Plätze berechnet werden, und zwar nach dem Kursstand an der Wiener Börse am Vortage der Geldtransaktion.

Die Anbahnung einer internationalen Geldreform im vorgedachten Sinne würde also vom Standpunkt des ökonomischen Fortschrittes wohl nicht zu bedauern sein. Hungersnöte entstehen nicht, weil die Erde zu wenig Früchte trägt, sondern weil die lokale Nachfrage durch das lokale Angebot nicht gedeckt werden kann. Die Geldnot, worüber unsere unmittelbar produktiven Stände mit zunehmender Heftigkeit Klage führen, wäre an sich undenkbar, hätte sich nicht unser Geldwesen begrifflich und technisch seiner ursprünglichen Bestimmung entfremdet und wäre nicht durch künstliche Schranken juristischer und ökonomischer Natur eine Unterbindung in der Zirkulation eingetreten, die eben zu lokalen und temporären Geldnöten führt. Und wenn es gelungen ist, einen Weltpostvertrag zu schaffen, so darf für das Geldwesen, dessen Lebensnerv nicht minder der Verkehr ist, ein internationales Währungsübereinkommen im vorstehend skizzierten Sinne nicht länger mehr Utopie bleiben.



DR. PHIL. DORA LANDÉ, BERLIN: DIE ÖKONOMISIERUNG DES UNIVERSITÄTSBETRIEBES.

SELTEN ist wohl eine Idee mit spontanerem Verständnis von den führenden Geistern aller Nationen begrüßt worden als der von Wilhelm Ostwald und seinen Mitarbeitern zum ersten Male in erschöpfender Weise entwickelte Plan der sogenannten „Brücke“. In einem Zeitalter, da man auf allen Arbeitsgebieten mehr und mehr zu Organisationen drängt, die durch Arbeitsteilung einerseits, durch Arbeitsvereinigung andererseits eine Energieersparnis herbeiführen wollen, ist es natürlich, daß auf dem Gebiete der Wissenschaft, als dem höchsten und zugleich neutralsten Betätigungsfelde der Menschheit, zuerst der Versuch gemacht wird, alle trennenden Schranken zu beseitigen, um zu einer vollkommenen Vereinigung der gesamten intellektuellen Kräfte der Kulturwelt zu gelangen. Das bezweckt die „Brücke“. Durch Nutzbarmachung aller großen Bibliotheken, aller wissenschaftlichen Institutionen, durch Anlegung eines eigenen Archivs will sie die geistigen Arbeiter der verschiedenen Nationen, von denen heutzutage jeder einzelne planlos und gewissermaßen auf einer Insel abgesondert schafft, in eine möglichst vollständige sachliche Beziehung zu der intellektuellen Produktion der Vergangenheit und Gegenwart bringen und zugleich einen persönlichen Gedankenaustausch zwischen den lebenden Forschern herbeiführen. Augenblicklich sieht sich jeder auf geistigem Gebiet Schaffende vor Beginn aller eigentlich schöpferischen Tätigkeit durch eine immer höher anschwellende Flut halbmechanischer Vorarbeit gehemmt, die er nur noch auf Kosten eines ungeheuren Kraftaufwands überwäligen kann. Denn in welchem Maße auch eine Schöpfung Original genannt zu werden verdient, immer ist sie doch in gewissem Sinne ein Sammelprodukt aus den Errungenschaften zahlloser vorhergegangener Geister. Und der isoliert Produzierende ist gezwungen, die gesamte Forschungsarbeit seiner Vorgänger auf ganz individuelle, oft mühsame, dem Zufall preisgegebene Art und Weise herbeizuschaffen und auf die umständlichste Art durchzuarbeiten. Obendrein aber wird er während seiner Tätigkeit die peinliche und sehr begründete Ungewißheit nicht los, ob und in welchem Maße vielleicht von anderen ihm unbekannten Forschern seine Arbeit zu gleicher Zeit getan wird und seine eigene Mühe dadurch zur Nutzlosigkeit verdammt ist. Auf der einen Seite also eine Hemmung des schöpferischen Geistes durch mechanische Vorarbeit, die besser und vollständiger von einer kollektivierenden Zentralinstanz geleistet und jedem geistigen Arbeiter zur Verfügung gestellt werden könnte, auf der anderen Seite eine wahre Anarchie der Produktion, die durch eine Sozialisierung der geistigen Energien vermieden werden würde.

Immerhin, wenn wir im Augenblick selbst noch kaum ermessen können, welch ungeheure Perspektiven schon durch die geplante rein technische Reformtätigkeit für eine Befreiung der geistigen Kräfte aus den Banden veralteter Formen für den Betrieb der Wissenschaft sich öffnen, eines können wir trotzdem schon vorhersagen: Daß die Ziele der „Brücke“ aller Wahrscheinlichkeit nach sich in der äußeren Organisation der geistigen Arbeit kaum erschöpfen werden. Welche Mission ihr darüber hinaus für die Kultur des Internationalismus noch blühen mag, das läßt uns eine großartige Schöpfung ahnen, die in den Vereinigten Staaten auf einem örtlich begrenzten Gebiet schon seit Jahren gedeiht und von Haus aus eine der „Brücke“ ähnliche

organisatorische Aufgabe zu erfüllen gedachte, nun aber ihr Tätigkeitsfeld mehr und mehr zu erweitern und zu vertiefen beginnt.

Die Universität Madison *) im Staate Wisconsin, dessen Territorium allerdings $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ der Ausdehnung des Deutschen Reiches besitzt, verfolgt in kleinem Maßstabe durch die Einrichtungen ihrer Hochschulausdehnung (University Extension) nicht nur das Ziel, die vorhandenen geistigen Kräfte des Staates von einer Zentralstelle aus zu organisieren, sondern auch alle noch schlummernden intellektuellen Fähigkeiten des Volkes ans Licht zu fördern, um sie dem Wohle der Allgemeinheit dienstbar zu machen. Hier ist innerhalb eines verhältnismäßig kleinen Raumes all das verwirklicht, was einerseits die „Brücke“ für die ganze Kulturwelt, andererseits die gesamte Hochschulausdehnung für die einzelnen Nationen zum Ziele hat.

Zu diesem Zweck bestehen vier getrennte Departements: das erste für die sogenannte Vorlesungsausdehnung, ein zweites für die weitere Ökonomisierung des Universitätsbetriebs durch das sogenannte Korrespondenzstudium, drittens eine Abteilung für alle Arten wissenschaftlicher Auskünfte und Anleitung zu öffentlichen Debatten und Diskussionen, endlich eine vierte Abteilung für allgemeine Informationen, im besonderen aber für solche zur Förderung der Volkswohlfaht. Um die Wirksamkeit aller dieser Einrichtungen zu beschleunigen und möglichst fruchtbar zu gestalten, ist der Staat Wisconsin in Distrikte mit Distrikthauptstädten eingeteilt, die die Institutionen der Hochschulausdehnung über den ganzen Staat hin dezentralisieren. Bei alledem sind die einzelnen wissenschaftlichen Sammlungen, aus denen man schöpft, gar nicht so gewaltig große. Aber durch das einmütige und zielbewußte Zusammenarbeiten vieler Instanzen, die sich bei uns zum Teil befenden oder gar feindlich gegenüberstehen — ich brauche hier nur Staat und Gemeinden oder Staat und Volksbildungsvereine zu nennen —, wird eine ganz ungeheure Wirksamkeit ermöglicht.

Was Hochschulausdehnung bedeutet, wissen und kennen wir, wenigstens in der Art, wie sie in Deutschland gehandhabt wird. Erfreulicherweise nehmen diese Bestrebungen auch bei uns mehr und mehr an Ausdehnung zu; aber die Bewohner der kleinen Städte, das Land sind noch so gut wie ausgeschlossen davon. Ja — je mehr man bemüht ist, die Volkshochschuleinrichtungen in die tieferen Schichten hineinzutragen und auch auf dem Lande einzubürgern, desto mißtrauischer stehen die Regierungen ihnen gegenüber. Anders in den klassischen Ländern der Hochschulausdehnung, in England und vor allem in den skandinavischen Staaten. Die Ausdehnung der Hochschulwirksamkeit in diesen Ländern erscheint uns schon sehr großartig. Aber sie wird noch weit übertroffen von der Tätigkeit, die der Staat Wisconsin auf diesem Gebiet entfaltet. Denn neben der eigentlichen Nutzbarmachung der Universitätseinrichtungen durch Vorlesungen und Unterrichtskurse im ganzen Staate, deren Beteiligungsziffern eine ganz enorme Höhe aufweisen, vermittelt die Universität Madison, wie schon angedeutet, auch Unterricht und wissenschaftliche Anregung durch eine umfangreiche Korrespondenz mit Studierenden aller Distrikte. Sie sendet ihnen Studienpläne, sie leiht ihnen das wissenschaftliche Arbeitsmaterial systematisch geordnet, sie erteilt Rat in allen Fragen des Studiums. So studierten auf diese Art z. B. am 1. Februar 1911 3931 einzelne Personen des Landes, ohne die Universität

*) Das Material zu dieser Skizze verdanke ich Herrn Prof. Dr. Wilbrandt, Tübingen, der es von seiner Studienreise heimgebracht hat.

selbst zu besuchen. In den verschiedenen Distrikten des Staates gab es zu derselben Zeit insgesamt 63 studierende Klassen, und 87 Professoren und sogenannte Instruktooren der Universität erteilten dort Unterricht oder hatten das Amt übernommen, ihn zu leiten und zu überwachen. In kleineren Städten, auf dem Lande, ist dadurch unendlich vielen die Möglichkeit gegeben, systematische Studien zum Zweck einer späteren wissenschaftlichen Tätigkeit oder auch zur praktischen Verwertung ihrer Kenntnisse in Verwaltungsangelegenheiten ihrer engeren Heimat zu betreiben.

Dieses letztere Ziel der Förderung wissenschaftlicher Bildung verfolgt vor allem das Departement zur Belebung von öffentlichen Debatten und Diskussionen. Dieses Departement steht allen Vereinen, allen einzelnen Bürgern des Staats, sei es zum Zweck wissenschaftlicher Studien, Diskussionen, sei es zur Gründung und Fortführung von Unterrichtsanstalten und -kursen mit Rat zur Seite, besonders aber denen, die sich dem Studium auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt widmen wollen. Wo sich überhaupt eine Gruppe von Wissensdurstigen zu Studien oder Diskussionen zusammenfindet, da ist dies Departement bereit und durch systematisch geordnetes Material wohl gerüstet, ihnen zu helfen. Es bezweckt unter der Jugend des Landes das Interesse für öffentliche Angelegenheiten wachzurufen und planvoll durch Aussendung von Lehrern der Rhetorik, durch wissenschaftliches Material aller Art zu unterstützen. Nichts könne, so meint man, die jugendlichen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen wirksamer zur Anteilnahme an kommunalen und staatlichen Angelegenheiten erziehen als eine große Zahl über den ganzen Staat verbreiteter Debattierklubs und -gesellschaften. Denn hier würde die Jugend nicht nur zur Selbstbeherrschung, zu tieferem Nachdenken, zur korrekten Wiedergabe des Gedankens, sondern vor allem zu einem objektiven Erwägen von Gründen und Gegengründen, zu einem gesunden, auf positiven Kenntnissen beruhenden Urteil über öffentliche Angelegenheiten erzogen. Das sei in einem vollkommen demokratischen Staat, wo jeder beständig seine Stimme in die Wagschale zu werfen habe, der beste Schutz gegen das Überhandnehmen des politischen Radikalismus, gegen alle Leichtgläubigkeit und Leichtfertigkeit in politischen und wissenschaftlichen Angelegenheiten. Zur Unterstützung und Förderung dieser Aufklärungsarbeit gehen nun die verschiedensten Institute des Staates Hand in Hand. Neben dem Büchervorrat aller Bibliotheken, aller Staats- und Bundesbehörden besteht das herzuleihende Material auch aus Berichten, Adressen, Flugblättern, Artikeln aus Zeitungen und Zeitschriften. Derartig aktuelles Material, das oft eine wichtigere Fundgrube bildet als umfangreiche Bücher, ist meist schwer oder gar nicht von dem einzelnen zu beschaffen. Aus dieser Erwägung heraus hat das Departement eine eigene Einrichtung dafür ins Leben gerufen, wie sie übrigens auch die „Brücke“ zu gründen beabsichtigt und wie sie jeder geistige Arbeiter bisher im kleinen für sich anzulegen gezwungen war: Alle wichtigen Äußerungen der Presse werden nämlich einzeln ausgeschnitten, sorgfältig aufgezogen und, nach bestimmten Materien geordnet, zusammengebunden. Das sind dann die sogenannten „Package Libraries“.

Zur ferneren gründlichen Information über öffentliche Angelegenheiten, zur Hilfe aller Privatpersonen und Vereine, die sich darüber unterrichten wollen, gibt das Departement sogenannte „Bulletins“ heraus. In jedem dieser Schriftchen, die etwa 10—30 Seiten lang sind, ist ein bestimmtes Thema, meist von aktuellem politischen oder sozialen Interesse, durch Ge-

lehrte oder andere Sachverständige gedanklich zergliedert, alle Gesichtspunkte nach dem Für und Wider geordnet und zum Schluß die gesamte Literatur angegeben, vermöge deren man sich gründlicher über das Thema unterrichten kann. Vor mir liegen mehrere derartige „Bulletins“, die z. B. die Frage der „Vergrößerung der amerikanischen Seemacht“, der „Erb-schaftssteuer“, der „Landwirtschaftlichen Schulen“, der „Tarife für Stahl-waren des Stahltrusts“, der „Einwanderungsbeschränkung“, der „Post-sparkassen“ usw. behandeln. Bei der Abfassung dieser Schriftchen geht man, abgesehen von dem Prinzip der Energieersparnis, von dem Gesichtspunkt aus, schlecht vorbereitete und daher unfruchtbare Diskussionen zu verhindern, indem man es Rednern und Zuhörern nahelegt und ihnen so bequem wie möglich macht, die Fragen, die zur Debatte stehen, erst einmal gründlich durchzudenken und zu studieren, die Gründe und Gegengründe gleich sorgsam zu erwägen und die einschlägige Literatur kennen zu lernen.

Dieses Departement entfaltet schon jetzt eine ungeheure Tätigkeit und dehnt sie von Tag zu Tag mehr aus. In 19 Monaten der Jahre 1909—1911 hat es nicht weniger als 91 800 Artikel geliehen, über 508 Themata zu Diskussionen wissenschaftliche Anleitung erteilt und 2295 „Package Libraries“ versendet.

Aber mit der bisher geschilderten Wirksamkeit will die Universität Madison noch keineswegs die Grenzen der Nutzbarmachung ihrer Einrichtungen abgesteckt haben. In den letzten zwei Jahren hat sie weitere Institutionen ins Leben gerufen und Gesetze in allen Staaten der Union angeregt, die besonders auf eine Förderung kommunaler Bestrebungen hinielen. So ist neuerdings in Milwaukee eine Unterrichtsanstalt für kommunal-soziale Betätigung entstanden. Hier werden von Sachverständigen Abend- und Nachmittagskurse über Verwaltungsprobleme, über alle Arten philanthropischer Bestrebungen und sozialer Reformen abgehalten. Sodann hat man Abendkurse für technische Fortbildung eingerichtet, für die wiederum die Universität alles wissenschaftliche Arbeitsmaterial sowohl als auch die Lehrkräfte liefert.

Die letzte Gründung besteht in einem Departement „zur Förderung kommunal-sozialer Zentren“. Man versteht darunter das Bestreben, alle im Besitz einer Gemeinde befindlichen Gebäude, Ländereien, Parkanlagen, ja Straßen und Plätze in der ergiebigsten und liberalsten Weise dem Wohl der Bürgerschaft dienstbar zu machen, als Versammlungsplätze zu politischen und wissenschaftlichen Zwecken, zu geselligem Verkehr, zu gesunder Erholung und erzieherischer Wirksamkeit — kurz als Stätten der Volksbildung — und Gesundheit. In Amerika ist diese Bewegung nicht neu und hat wohl ihre erste Blütezeit in jenen Tagen erlebt, da die Neuankömmlinge sich auf jungfräulichem Boden zur Gründung von Gemeinden zusammenfanden und mehr als die Bewohner alter Kulturzentren darauf bedacht waren, den Verkehr und Gedankenaustausch mit ihren Nebenmenschen zu fördern. Die neuerliche Anregung der Universität Wisconsin ist nur der moderne Ausdruck für die gleiche Sehnsucht nach engerem Zusammenschluß, wie sie in den großen Townmeetings der älteren Neuengland-Staaten sich kundgab.

Wir wissen ja, daß auch bei uns eine ähnliche Bewegung im Gange ist, die alle öffentlichen Schulen, die Schulhöfe und alle Freiflächen wenigstens der Jugend zu ihrer Erholung und ihren Spielen zur Verfügung stellen will. Aber von den Zukunftsplänen, wie sie die Universität von Wisconsin für die gesamte Bewohnerschaft aller Gemeinden der Union nicht nur im Sinne

hat, sondern auch hie und da schon in die Wirklichkeit umzusetzen beginnt, sind wir bei uns noch himmelweit entfernt. Da heißt es noch einen Berg von Engherzigkeit und Vorurteil, von Mißtrauen und Haß zu überwinden. Und deshalb dürfte es interessant und lehrreich sein, dies Zukunftsbild der Entfaltung kommunalen Lebens in seiner ganzen Buntheit und Regsamkeit vor unseren Augen zu entrollen.

Für die Großstädte, in denen ja unzählige Organisationen, jede für ihre eigenen Zwecke, Gebäude mit Versammlungssälen und Klubräumen errichtet, sind diese Bestrebungen allerdings nicht so dringend wie für die kleineren Städte und das Land. Hier aber könnten sie, auch bei uns, zu einem mächtigen Aufschwung des öffentlichen Lebens, des politischen und sozialen Wirkens, der Volksgesundheit und Volkskultur werden.

Einmal will man alle öffentlichen Gebäude, die Rathäuser, die Schulen des Ortes und ihre Spielplätze zu geselligen Mittelpunkt der ganzen Gemeinde erweitern. Man plant die Errichtung von öffentlichen Bibliotheken, Parkanlagen, Schwimmbädern usw. Hier soll jeder Bürger allabendlich Gelegenheit zu anregendem geselligen Verkehr mit seinen Mitbürgern und zu leiblicher Erholung finden können. Ebenso plant man überhaupt alle Gemeinde- und Staatsbauten in den Stunden, da sie nicht ihrem ursprünglichen Zweck zu dienen haben, den Einwohnern für Spiele und Tänze, für große Volksfeste und für gymnastische Wettkämpfe, für Konzerte und theatrale Aufführungen zu öffnen. Auf diesen Gedanken kam man zum ersten Male in den Vereinigten Staaten, als bei einer großen Festlichkeit der Playground-Association, an der Tausende von Kindern teilnahmen, ein Regenguß die ganze Veranstaltung zu verhindern drohte. Kurz entschlossen, stellte man der Volksmenge ein Arsenal zur Verfügung, und es erwies sich als vortrefflicher Ersatz für die Parkanlagen. Seitdem hat der Gedanke, die öffentlichen Gebäude aller Art zur Abhaltung von Volksfesten, zu regelmäßigen geselligen Zusammenkünften zu benutzen, immer mehr Anklang gefunden und zu gesetzlicher Festlegung der Rechte der Gemeinden geführt.

Aber die Bewegung geht noch weiter: Sie will nicht nur die öffentlichen Parkanlagen, auch alle Straßen, alle Marktplätze in den Stunden, während deren der allgemeine Verkehr nachläßt, zu Volksspielen und Belustigungen, zu Konzerten und Tänzen der Benutzung erschließen. Das Volksleben der alten Welt, wie es in Rom, in Jerusalem sich in den Straßen abspielte, soll wieder neu erstehen. In den Weihnachtstagen des vorigen Jahres sang z. B. in S. Francisco eine berühmte italienische Sängerin auf einem öffentlichen Platz vor einer nach Hunderttausenden zählenden Volksmenge. In Milwaukee fand auf dem Marktplatz ein großes Volksfest statt. Und in der Union ist man bestrebt, diese vorläufig noch vereinzelt Versuche zur Belebung öffentlicher Volksunterhaltungen nachzuahmen. Auch weist die Universität Madison in einem ihrer „Bulletins“, das dieser Frage gewidmet ist, darauf hin, daß derartige Ziele ganz systematisch gefördert werden müßten. Der Kongreß solle eine Kommission ernennen, die nicht nur alle Probleme der Nutzbarmachung öffentlicher Lokalitäten, Gelände usw. studiert und die nötigen gesetzlichen Bestimmungen erläßt, sondern auch überall dafür Propaganda macht, daß die Gemeinden ihre so erworbenen Rechte wahrnehmen. Chicago z. B. besitzt schon spezielle Direktoren für die Spielplätze und Parkanlagen der Stadt, die den Bewohnern zur Benutzung dieser Erholungsstätten Anleitung erteilen, Volksfeste und -spiele veranstalten usw.

Es sind herrliche Perspektiven, die sich da, angeregt von einem Kreise aufgeklärter, lebensfreudiger und volksfreundlicher Männer, vor unseren Blicken öffnen. Und die amerikanische Welt mit ihrer Energie und ihrer Lebensbejahung wird nicht lange zögern, diese Gedanken in die Tat umzusetzen und damit ihrem Volke neue Quellen geistigen Genusses und körperlicher Gesundung erschließen.



LEOPOLD KATSCHER: EINE RIESENWELTPETITION.



U den willens- und tatkräftigsten Frauen unserer Zeit gehört die deutsche Lehrerin Anna B. Eckstein aus Koburg. Dieses wahrhaft international gesinnte Mädchen hat ihre Stellung als Leiterin einer Schule in Boston vor einigen Jahren aufgegeben, um sich einem Werk zu widmen, für das sie den Nobelpreis hundertmal verdient hätte. Es handelt sich um Friedenssicherung vor dem Beginn blutiger Kämpfe.

Das in Rede stehende Werk ist eine Weltpetition um Erweiterung der Befugnisse des Haager Schiedsgerichts, also um eine echt internationale Tat im Interesse der internationalsten aller Bewegungen — der Friedensbewegung. Ich erinnere mich noch lebhaft des großen Erstaunens, das sich des Vorsitzenden der zweiten Haager Konferenz bemächtigte, als ihm Fräulein Eckstein eine mit zwei Millionen Unterschriften bedeckte Petition aus Amerika, England und Deutschland zugunsten der Ausdehnung des Prinzips der Völkerschiedsgerichtsbarkeit überreichte. Die Idee zu dieser Petition war von der genannten Dame ausgegangen, und das Sammeln der Unterschriften war ihr Werk gewesen. Von ihrem beispiellosen Erfolg ermuntert, kündigte sie auf dem Londoner Weltfriedenskongreß (Juli 1908) an, für eine ähnliche Petition an die dritte Haager Konferenz (1915) eine ganz unerhört große Anzahl von Unterschriften zu sammeln. In ihrem hoffnungsvollen Optimismus rechnete sie mit der Möglichkeit: 100 Millionen. Aber auf 20 Millionen kann sie bestimmt zählen, wenn sie in ihrer verblüffenden Tatkraft nicht erlahmt; schon jetzt sind etwa 7½ Millionen Unterschriften beisammen!

Die kühne Koburgerin nahm im Oktober 1909 an der großen Brüsseler Versammlung der „Vereinigung des Internationalen Friedensbureaus zu Bern“ teil, um ihrer guten Sache einen kräftigen Anstoß zu geben. In kurzer aber kerniger Rede begründete sie dort den folgenden Antrag:

„Von der Überzeugung geleitet, daß die Sicherung aller internationaler Interessen durch Abmachung und Verträge und nötigenfalls durch Schiedsspruch das Rüstungsbedürfnis verringern und infolgedessen von selbst eine allmähliche Rüstungsverminderung und demgemäß eine Besserung der Staatsfinanzen herbeiführen würde — unterbreiten die Generalversammlung und der Ausschuß des Internationalen Friedensbureaus den Regierungen den dringenden Wunsch, die Regierungen möchten den folgenden, durch eine im Umlauf befindliche Weltpetition unterstützten Vorschlag auf die Tagesordnung der dritten Haager Konferenz setzen: Es möge eine Konvention abgeschlossen werden, kraft deren alle Haager Signatarmächte sich freiwillig verpflichten, diejenigen internationalen Interessen, welche die Gefahr ernster Konflikte in sich schließen, ehe solche Konflikte zum Ausbruch kommen, durch Abmachungen und Verträge nach Maßgabe der Solidarität und gerechten Entwicklung aller Staaten zu sichern, beziehungsweise ausnahmslos alle Streitigkeiten, die durch derartige diplomatische Unterhandlungen nicht verhütet oder geschlichtet werden, unter wechselseitiger Garantie der Unabhängigkeit

und territorialen Unversehrtheit einem zur Wahrung dieser Bürgschaft verpflichteten internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten.“

Dieser nichts weniger als utopische Antrag (im Gegenteil: angesichts der starken Annäherung der zweiten Haager Konferenz an diesem Standpunkt kann man geradezu von einem Kolumbusei sprechen) wurde von der Brüsseler Tagung angenommen. Dadurch erhielt das Schiedsgerichtsprinzip einerseits und die erwähnte Ecksteinsche Welpetition zu dessen Gunsten, andererseits die maßgebende offizielle Förderung der organisierten Friedensbewegung, deren Zentralamt das Berner Internationale Bureau ja ist. Noch mehr: Die Versammlung beschloß, Antrag und Petition auf die Tagesordnung des nächsten Weltfriedenskongresses zu setzen.

Dieser fand im August 1910 zu Stockholm statt und nahm nach einem trefflichen, den Antrag begründeten Referat des Fräulein Eckstein die folgende Resolution an:

„Der Kongreß erneuert den Ausdruck seiner Sympathie für die im Umlauf befindliche Welpetition und ladet alle Friedensfreunde ein, sich diesem Unternehmen anzuschließen. Er lenkt die Aufmerksamkeit aller Regierungen auf die Bedeutung dieser internationalen Kundgebung, die beweist, daß die Völker von der dritten Haager Konferenz greifbare Fortschritte in der Richtung der ständigen obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit erwarten.“

Diese offizielle Gesamtfunktion machte die Ecksteinsche Bittschrift zu einem der wichtigsten Marksteine der Friedensbewegung. Vor der unentwegt tapferen deutschen Frau, die derartiges zustande zu bringen vermag, muß man Achtung empfinden. Möge die großartigste aller je dagewesenen Petitionen, zu deren Förderung ihre Urheberin in Europa schon viele Hunderte von Vorträgen gehalten hat, von möglichst vielen unterschrieben werden *).



GÉZA VON HOFFMANN, K. U. K. ÖSTERR.-UNGAR. VIZEKONSUL, CHICAGO: DAS ERSTE STAAT- LICHE AMT FÜR RASSENHYGIENE.

IN den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist bereits nicht nur die Öffentlichkeit für die rassenhygienischen Ideen gewonnen, in welchen sie eine Art moderner Vaterlandsliebe erblickt, sondern auch die Behörden trachten in Regierungsmaßnahmen rassenhygienische Grundsätze zu befolgen, wovon in erster Reihe die amtlich meist warm unterstützten Maßnahmen zur Verhinderung der Fortpflanzung Minderwertiger Zeugnis ablegen. Bekanntlich bestehen in neun Staaten der Union Gesetze für die Sterilisierung sozial untauglicher Individuen und in neun Staaten ist auch ihre Eheschließung verboten. In weiteren fünf Staaten sind jetzt Sterilisierungsvorlagen eingebracht worden, deren Schicksal zurzeit noch nicht entschieden ist **).

*) Adresse für den Gratis-Bezug von Formularen: Fritz Decker, Düsseldorf, Münsterstr. 83. Dorthin sind auch die mit Unterschriften gefüllten Bogen zurückzusenden.

**) Demnächst erscheint bei J. F. Lehmann, München mein Buch: Rassenhygiene in den Vereinigten Staaten, wo ich die einschlägigen Maßnahmen und ihre Durchführung schildere.

Im Staate New York besteht nun ein eigenes Amt für Rassenhygiene, die erste Behörde dieser Art auf der Welt. Sie führt den Titel „Bureau of Analysis and Investigation“, wird aber kurz „Eugenics Bureau“ genannt und verfolgt in erster Reihe den Zweck, rassenhygienische Kenntnisse amtlich zu verbreiten. Die erste Kundmachung (The Bureau of Analysis and Investigation: Its Purpose and Field, Eugenics and Social Welfare, State Board of Charities, Albany, N. Y. 1912, 5 Seiten) soll als historisch bedeutende Urkunde teilweise wiedergegeben werden.

„Um den Ursprung gewisser, für unsere geistigen und sittlichen Eigenschaften so verhängnisvoller Übel besser zu verstehen, ferner um ihre Rolle zu erkennen, die sie in der Entwicklung der Rasse spielen, schließlich um entsprechende Gegenmaßregeln ausfindig machen zu können, ist es unumgänglich notwendig, die Daten der menschlichen Vererbung, wie sie in den Aufzeichnungen der Wohltätigkeits- und Besserungsanstalten enthalten sind, zu analysieren, zu ordnen und zu erläutern . . .

Am 12. Juli 1911 beschloß die staatliche Wohltätigkeitsbehörde in ihrer Vierteljahrssitzung die Gründung eines Analysierungs- und Untersuchungsbureaus, mit besonderer Berücksichtigung der Rassenhygiene.

Die Aufgaben dieses Bureaus sind die folgenden:

1. Die Einholung von Auskünften über die Insassen der staatlichen Anstalten für defekte Personen und über Individuen, welche in diesen Anstalten Aufnahme finden sollten, damit den Anstaltsleitern solche Angaben zur Verfügung stehen, welche die entsprechende Behandlung und Ausbildung der betreffenden Insassen erleichtern. Ferner soll hiedurch ermöglicht werden, daß für solche Familien oder Individuen sofort etwas veranlaßt werde, welche zwar nicht in öffentlicher Anstaltsverwahrung stehen, deren Umgebung und Zustand jedoch für die Sitten und die Zukunft des Staates eine Gefahr bedeutet.

2. Den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Erscheinungsformen der Minderwertigkeit und dem Problem der Armut zu untersuchen; Angaben über Epilepsie, geistige Defekte und andere Entartungserscheinungen zu sammeln und entsprechende Maßnahmen zu empfehlen.

3. Den Lokalbehörden und auch den betroffenen Familien selbst in der Ausübung ihrer Pflichten defekten Unterstützungsbedürftigen gegenüber beizustehen und ihnen mit Anregungen zu dienen.

4. Die Ursachen der Minderwertigkeit im Zusammenhange mit der Vererbung und Umgebung zu untersuchen, um festzustellen, in welchen Familien die Defekte vererbbar und in welchen Gegenden solche Familien am zahlreichsten vertreten sind.

5. Eine genaue Zählung der Schwachsinnigen und Epileptiker vorzunehmen und einen ständigen Ausweis der defekten Familien im Staate New York zu führen.

6. Von Zeit zu Zeit statistische Arbeiten über Armut und andere Fragen der Öffentlichkeit zu übergeben, um die Notwendigkeit weiterer Gesetzesmaßnahmen und der Schaffung von weiteren Anstalten für die unterstützungsbedürftigen, defekten und verbrecherischen Klassen zu beweisen.

Die Gesamtausgaben der öffentlichen und privaten Wohltätigkeit im Staate New York, soweit dem staatlichen Wohltätigkeitsamte untergeordnet, überstiegen im vergangenen Jahre den Betrag von vierundzwanzig Millionen Dollar und die Auslagen nehmen jährlich über eine Million Dollar zu. Für ungefähr 2 % der Bevölkerung des Staates wird in Anstalten gesorgt, während

weitere 2 % aus öffentlichen Geldern unterstützt werden. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß ein großer Teil der öffentlichen und privaten Wohltätigkeitsgelder für die Erhaltung der defekten Klassen und der hereditiven Unterstützungsbedürftigen benötigt wird, nachdem laut Erklärung der besten Autoritäten über ein Drittel der auf eine Unterstützung angewiesenen Klasse geistig defekt ist und 25 % der Insassen in den verschiedenen Besserungsanstalten erblich schwachsinnig sind.

Eine leistungsfähige Regierung betrachtet nicht nur das unmittelbare Glück des Volkes, sondern nimmt auch auf ihre zukünftigen Bürger Rücksicht und strebt deshalb eine Verbesserung der Rasse an. Das öffentliche Wohl fordert die Verhütung der Fortpflanzung bei den Entarteten. Die Gesellschaft mag für den Schwachsinn in der ersten Generation nicht verantwortlich sein, aber mit Rücksicht darauf, daß beiläufig 75 % der Schwachsinnigen ihren Defekt ererbt haben, muß die Gesellschaft für die große Zahl der jährlich zur Welt kommenden geistig defekten Personen wohl verantwortlich gemacht werden.

Jedes menschliche Wesen hat ein Recht, „wohlgeboren“ zu sein, mit anderen Worten, einen gesunden Verstand in einem gesunden Körper zu erben. Beide sind durch eine gute Erbschaftsmasse bedingt und benötigen eine günstige Umgebung zur Entwicklung. Es ist bekannt, daß die Kinder der geistig Defekten dank ihrer ererbten Mängel zu Unterstützungsbedürftigen, zu Verbrechern, Prostituierten und Trinkern werden. Um die Rasse zu veredeln und den Staat von einer überflüssigen Steuerlast zu befreien, müssen die minderwertigen Bevölkerungszweige von der Fortpflanzung ausgeschaltet und die Grundsätze der Rassenhygiene angewendet werden, um kräftige, gesunde und tüchtige Männer und Frauen heranzuziehen. Dies wird zum wahren Wohlstand führen und zur Wohlfahrt zukünftiger Bürger.

In England wurde gezeigt, daß die Schwachsinnigen fast zweimal so rasch zunehmen, wie die Bevölkerung im allgemeinen und ähnliche Zustände herrschen auch in den Vereinigten Staaten. Die Schwachsinnigen sind von Natur aus fruchtbar und sollen zur Verhütung der Fortpflanzung isoliert werden.“ Nach Anführung einiger Vererbungsbeispiele mit zwei Tafeln, schließt die Kundmachung folgendermaßen: „Nachdem das neue Amt zu dem Zwecke gegründet worden ist, um dem Staate zu dienen und jenen beizustehen, die für den sozialen Fortschritt arbeiten, werden den Interessenten Auskünfte über Rassenhygiene bereitwilligst erteilt.

Capitol, Albany, N. Y., 25. April 1912.“

Seither ist auch eine Schrift dieses Amtes über die Bedeutung der Anstaltsverwahrung der Minderwertigen erschienen.

In den Staaten New Jersey und Utah ist die Schaffung ähnlicher Ämter in Aussicht genommen. In Kalifornien arbeitete die Gesundheitsbehörde eine Vorlage aus, um sie der gesetzgebenden Versammlung vorzulegen, „obzwar es fraglich ist, ob Kalifornien im Jahre 1913 hiezu oder für ein ähnliches Gesetz reif sein wird.“ Diese Vorlage will die Eheschließung von einer ärztlichen Untersuchung abhängig machen und jeder, dem auf Grund eines eingeholten ärztlichen Gutachtens die Ehebewilligung verweigert werden würde, könnte beim zu schaffenden Amt für Rassenhygiene um eine neuerliche Überprüfung des Gesundheitszustandes ansuchen *).

*) California State Board of Health, Bulletin for April, 1911, S. 618.

DR. CHARLES MALOINE, PARIS: DIE FRANZÖSISCHE RÜSTUNGSPOLITIK*).



IN den letzten Monaten ist zweifelsohne ein gewisses Wiederaufleben militärischen Geistes in Frankreich in Erscheinung getreten, und es mag angebracht sein, die psychologischen Wurzeln dieses Phänomens zu erforschen und so Klarheit über seine mögliche Weiterentwicklung zu gewinnen.

Der Revanchegedanke hatte sich im Laufe der letzten 10 Jahre des 19. und der ersten 5 Jahre des 20. Jahrhunderts mehr und mehr abgekühlt. Eine neue Generation war herangewachsen, welcher die Schrecken des Krieges von 1870 nicht mehr persönlich in Erinnerung standen, und welche die verklungenen Kämpfe nicht wieder beleben wollte. Die Friedensbewegung und sozialistischen Ideen waren mächtig erstarkt, auf der Haager Konferenz trat Frankreich mit Entschiedenheit für das obligatorische Schiedsgericht zwischen den Nationen ein und soweit es an ihm gelegen wäre, besäße heute die Welt diese Garantie des Völkerfriedens.

Die erste Wendung in dieser Entwicklung kam im Jahre 1905 mit dem Besuche des Deutschen Kaisers in Tanger, der vielfach als bewußte und absichtliche Durchkreuzung einer seit langem systematisch vorbereiteten marokkanischen Politik Frankreichs aufgefaßt wurde. Die Wirren, die zur Algeciras-Konferenz führten, taten ein übriges, um die latente Feindschaft gegen Deutschland neu zu beleben.

Schlimmer ward all dies seit der bekannten Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir. Nunmehr hatte die nationalistische Partei einen prachtvollen Agitationsstoff und sie verfehlte nicht, ihn bei der Propaganda unter den breiten Volksschichten auf das intensivste auszunützen.

Zu bemerken ist jedoch, daß es keineswegs die materiellen Werte, welche Deutschland aus der Reise zuflossen, die Abtretung eines Teils von Französisch-Kongo, die Einräumung gewisser Berechtigungen in Marokko waren, welche in dieser Weise das französische Gemütsleben erhitzen; mit alldem hat man sich rasch abgefunden, dauernden Eindruck übte bloß die „Geste“ von Agadir; nicht das Ziel, noch das Wesen der Sache, ausschließlich deren Form. Hätte Deutschland eben jene Forderungen, die es einige Wochen nach Entsendung des Schiffes nach Agadir erhob, ohne Hinzufügung einer speziellen Drohung erhoben und ohne die Bedrohung von deutschen Staatsangehörigen im Susgebiete als Motiv einer Handlung anzuführen, die ja offenbar nun als Einleitung für allgemeine Verhandlungen über Marokko und den Kongo dienen sollte, so hätte die Angelegenheit sich ohne jede Anstachelung des chauvinistischen Empfindens ordnen lassen. So aber ist es für Jahre hinaus schwer, wenn nicht unmöglich geworden, aufrichtige Freundschaft mit Deutschland und kulturelle Solidarität zu empfehlen.

Diese Grundstimmung wurde dann durch Preßkampagnen, die mit ihr als gutem Reklamefaktor für den Absatz rechneten, verstärkt. So leitete besonders die Pariser Tageszeitung „Le Matin“ eine Kampagne gegen den Import deutscher Waren nach Frankreich ein und suchte den breiten Volksschichten Frankreichs vorzutäuschen, daß die französische Industrie durch solchen deutschen Import gefährdet sei, während man darüber hinwegglitt,

*) Dieses interessante psychologische Dokument dürfte für einen großen Teil unserer Leser von besonderem Interesse sein. D. Redaktion.

wie bedeutend anderseits der französische Export nach Deutschland sei. Erst die Selbstermannung der kommerziellen Kreise, welche auf die schweren Gefahren eines handelspolitischen Zerwürfnisses mit Deutschland für die französische Exportindustrie hinwiesen, machte dem Spuk ein Ende.

Eine zweite Agitationsmethode der chauvinistischen Presse lag darin, auf die große Anzahl der in Frankreich, speziell in Paris lebenden Deutschen hinzuweisen. Man suchte die Pariser Bevölkerung davor ängstlich zu machen, daß die 2—300 000 in Paris lebenden Deutschen im Falle einer Belagerung die Übergabe der Stadt erzwingen könnten.

Eine Preisfrage wurde aufgestellt: „Was ist im Kriegsfall mit den in Paris lebenden Deutschen zu tun?“

Wieder erhoben sich Stimmen von besonnener Seite, um dieser Volksvergiftung Einhalt zu tun, und dieser Agitationsstoff wurde nicht weiter ausgebeutet.

Zu alldem traten auch gewisse tiefer liegende Ursachen einer neuen Orientierung des Nationalgefühls hinzu. Gewisse Erfolge der französischen Flugzeuge führten dem Nationalstolz neue Nahrung zu, und das französische Volk, das einige Jahrzehnte hindurch sich mit einer bescheideneren Rolle im Rate der Völker zu begnügen schien, fühlte sich aufs neue zu einer führenden Rolle unter den Völkern der Erde berufen.

Das Interesse speziell der Jugend kehrte damit zu den Möglichkeiten einer militärischen und kriegerischen Renaissance zurück.

Zu alldem trat dann in den letzten Wochen der Balkankrieg, welcher allseits neue Empfindung für Möglichkeiten kriegerischer Konflikte und die Bedeutung militärischer Macht für das Ergehen der Völker geweckt hat, vor allem aber die Ankündigung der neuen deutschen Militärvorlagen. Es gilt nun einmal bei der Mehrzahl der Franzosen als eine nationale Notwendigkeit, daß die französische Armee an Zahl und Waffenausrüstung der deutschen gleich oder doch nahezu gleich sein müsse. Durch Jahrzehnte hindurch hat man das trotz der sinkenden Volkszahl aufrecht erhalten, da eben die allgemeine Wehrpflicht in Frankreich weitaus strenger durchgeführt wird als in Deutschland: jedermann, der nur irgendwie diensttauglich ist, auch wirklich zum Dienste herangezogen wird. Der Militärvorlage gegenüber flammte darum der Volkswille, durch eine neue Anstrengung das Gleichgewicht zu halten, elementar empor, und auch jene Kreise, welche an sich für die Verständigung mit Deutschland gestimmt und an jedem Versuch einer freundschaftlichen Annäherung beider Länder mitzuarbeiten bereit sind, der Idee des internationalen Schiedsgerichts huldigen, wagten es nicht, dem als Forderung einer Erhaltung bestehenden Gleichgewichtes auftretenden Verlangen nach Wiedereinführung der dreijährigen Dienstpflicht zu begegnen. Da die französische Volkszahl stets weiter hinter der deutschen zurückbleibt, erblickte man in dieser Ausdehnung der Präsenzdienstpflicht das einzige Mittel, um das stehende Heer ungefähr in der Ziffernhöhe des deutschen zu erhalten und anderseits durch intensivere Ausbildung und größere Schlagfertigkeit der Truppen der nun einmal unvermeidlichen zahlenmäßigen Minderbedeutung der französischen Reserven doch ein Gegengewicht zu bieten.

Für den deutschen Leser mag aus alledem festgehalten werden, daß wohl weite Schichten des französischen Volkes scharf nationalistisch gesinnt sind, daß diese Schichten jedoch an sich nicht die Mehrheit im Parlamente und nur wenig Einfluß auf die Regierung besitzen. Dieser Einfluß liegt nach wie vor in den Händen jener demokratischen Parteien, welche eine Ver-

ständigkeit mit Deutschland begrüßen würden und jede Forderung nach erschwerter Dienstpflcht und neuen Rüstungen unbedingt abgelehnt hätten, wenn nicht die deutsche Militärvorlage sie zur Wandlung ihrer Haltung gezwungen hätte. Gewiß bedauern sie es, daß nunmehr durch verstärkte Rüstung diesseits und jenseits des Rheins schwere persönliche und finanzielle Lasten auf die Schultern beider Völker gebürdet werden sollen, ohne daß sich am Kräfteverhältnis irgend etwas ändern wird. Aber eben diese Entwicklung scheint ihnen noch unvergleichlich wünschenswerter, als die bei einseitiger Rüstung in Deutschland ohne entsprechende neue Rüstungen in Frankreich unvermeidlich eintretende Störung des Gleichgewichtes.

Diese Kreise sind nach wie vor bereit, jeden möglichen Schiedsgerichtsvertrag mit Deutschland und anderen Mächten zu schließen. Sie haben die Berner Verständigungskonferenz in starker Anzahl beschickt, es waren sechsmal mehr französische Parlamentarier als deutsche anwesend, eben weil dieser Gedanke, die eigene Rüstungsvermehrung fallen zu lassen, wenn sie auch der Nachbar fallen ließe, auf der Linken des französischen Volkes so machtvoll vertreten ist.

Für die nationalistischen Parteien Frankreichs ist die deutsche Rüstung ein großer agitatorischer Gewinn, für die Deutschland freundlicher gesinnte Linke ein schwerer Schlag, und wenn der Traum einer Verständigung zwischen den beiden Völkern, sei es auch nur in den aktuellen Fragen, sich doch verwirklichen ließe, so wäre der Jubel in diesen Kreisen allgemein und eine entsprechende Erleichterung der französischen Militärrüstungen wäre die sofortige Folge.



MICHAEL VAJDA: DIE NATIONALITÄTENFRAGE IN UNGARN.

DIE Nationalitätenfrage hat für die Entwicklung Ungarns eine zentrale Bedeutung. Einerseits wird sie von der ungarischen Oligarchie als Sündenbock für alle sozialen Mißstände vorgeschützt und dadurch die Aufmerksamkeit der Massen von deren wahren Ursachen abgelenkt. Andererseits verbindet die Ungarn eine weitgehende Interessensolidarität mit ihren nicht ungarischen Mitbürgern. Ebenso wie wir der Gefahr ausgesetzt sind, von Seuchen heimgesucht zu werden, die in den fremdrassigen und kulturell zurückgebliebenen Gebieten ausbrechen, müssen wir auch befürchten, daß ihre schweren wirtschaftlichen Krankheiten auf unser entwickelteres Wirtschaftsleben zurückgreifen werden; daß die Konkurrenz ihrer am kulturellen Emporsteigen verhinderten Elemente auf die Entwicklung des Lebensstandards der ungarischen Arbeiter hemmend einwirken werde; daß die Vertreter der von uns verdrängten retrograden Bestrebungen ihre Unwissenheit und ihren abergläubischen Fanatismus ausnützen werden. Wir müssen ferner in Betracht ziehen, daß die ungarische Nation eine große Mission im Osten zu erfüllen hat, diese aber nicht erfüllen kann, wenn sie durch die fast gleichgroße andere Hälfte der Bevölkerung ihres Landes auf Schritt und Tritt in ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung gehindert wird. Die wirtschaftliche und kulturelle Expansion nach Osten ist eine Grundbedingung der zukünftigen Entwicklung des Ungarns. Und wenn einmal der große internationale Konflikt kommen wird,

dann wird es eben für uns nicht gleichgültig sein, ob uns ein Ring treuer Freunde oder einer von Todfeinden umgibt.

Diese Erwägungen sind noch bei weitem nicht allgemein verbreitet. Befangenheit, Leidenschaften, Vorurteile herrschen auf diesem wichtigsten Gebiete unseres politischen Lebens. Die Mehrzahl der ungarischen Staatsmänner und Schriftsteller bildet leider keine Ausnahme. Man will für die Beschwerden der fremden Nationalitäten kein Verständnis aufbringen. Ein Urwald von Vorurteilen und Mißverständnissen muß hier ausgerottet werden. Eine ungeheure Kraftanstrengung der Aufklärenden ist dazu notwendig.

Das Buch von Professor Oskar Jászi — „Die Entstehung der nationalen Staaten und die Nationalitätenfrage“ —, Budapest 1912 *) — bedeutet ein neues Kapitel in der Literatur der Nationalitätenprobleme Ungarns.

Eine ausführliche Besprechung desselben ist hier nicht mein Zweck. Ich will es nur aus dem Gesichtspunkte der Nationalitätenfrage Ungarns heraus würdigen und einige der wesentlichsten Anschauungen hervorheben.

Zuerst wird folgende Frage aufgeworfen: Wie entsteht die Nationalitätenfrage, und inwieweit hat sie Bedeutung? Dr. Jászi antwortet: „Die Nationalitätenfrage erscheint mit physischer Notwendigkeit überall dort, wo der Übergang vom feudalen zum modernen, bürgerlichen und demokratischen Staate erfolgt, wobei es sich, statt um eine homogene Volksmasse, um verschiedensprachige Menschengruppen — Nationalitäten — handelt, welche keine überlegene Kultur in einer entfernten Vergangenheit miteinander verschmolzen hat. Wenn wir nun diesen Satz auf Ungarn anwenden, sehen wir, daß die Entwicklung zum modernen bürgerlichen, industriellen Staate hier erst im XIX. Jahrhundert einen stärkeren Anstoß erhalten hat. Damals trat also die erstgenannte Bedingung für Entstehung der Nationalitätenfrage auf. Und auch die zweitgenannte war vorhanden: Ungarn war seit den frühesten Zeiten von mehreren Nationalitäten bewohnt. Gesteigert wurde noch diese Buntheit durch die lange Reihe von Ansiedelungen und Einwanderungen fremder Völker insbesondere nach Abschüttelung des Türkenjoches, wo Ungarn der Schauplatz einer wahren Völkerwanderung war. Und endlich war auch die dritte Bedingung der Entstehung der Nationalitätenfrage gegeben: Den Ungarn mangelte es an einer überlegenen Kultur und teilweise auch an der notwendigen Zeit und numerischen Kraft, um diese fremden Massen zu assimilieren. — Eine auf den Trümmern des Feudalismus entstehende und auf die Tauschwirtschaft sich stützende Zivilisation löste nun aus dem Ungarntum das Bestreben nach einem sprachlich, rechtlich, wirtschaftlich und kulturell geeinigten Ungarn aus. Aber der gleiche Grund bewog auch alle anderen erbgewesenen Nationalitäten, ihre eigene Kultur ausbauen zu wollen. Das führte eben zum Zusammenstoße, woraus die Nationalitätenfrage entstand.

Welchen Standpunkt hat der ungarische Staat in diesem Konflikte eingenommen? Behandelte er auf gleiche Weise alle Staatsbürger oder gab die Nationalität den Ausschlag? Nach der Meinung Dr. Jászis ist letzteres richtig. Man pflegt als Gegenbeweis anzuführen, daß der ungarische Staat ein Klassenstaat ist, welcher in erster Linie die Interessen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten verteidigt und um ihretwillen die übrige Bevölkerung ausbeutet, die Ungarn so gut, wie die übrigen Nationalitäten. Daß die große Masse des ungarischen Volkes unterdrückt und ausgebeutet

*) Wird auch deutsch erscheinen.

werde, das will Professor Jászi nicht bestreiten. Die Unterdrückung ist allgemein, aber ungleich. Die Nichtungarn sind davon gewiß noch stärker betroffen, und auf dieser Ungleichheit ruht eben der Schwerpunkt der Nationalitätenfrage. Die Nichtungarn haben erstens kaum einen Anteil an der Staatsgewalt. Im Parlamente sind sie kaum vertreten, die Regierungs-, Verwaltungs- und Richterstellen werden fast ausschließlich von Magyaren bekleidet. Mit dieser Hintansetzung steht die Unterdrückung der Mittelklassen im Zusammenhang, die durch das Boykott der ungarischen herrschenden Klassen im öffentlichen Leben, aber auch gesellschaftlich fast gar nicht zur Geltung gelangen können. Dieser Mißstand wird noch gesteigert durch die magyarisierende Schule. Um der fremdsprachigen Jugend einige ungarische Wörter und Ausdrücke beizubringen, wird die Volksbildung vernachlässigt; die Nichtungarn werden so auf einer niedrigeren Kulturstufe festgehalten und infolgedessen in gesteigertem Maße der Ausbeutung, dem Wucher, der Unterdrückung und dem Klerikalismus ausgeliefert; sie sind die Stiefkinder des ungarischen Staates.

Die Zurücksetzung der fremden Nationalitäten ist also eine Wahrheit, die mit keiner Rabulistik abgeleugnet werden kann. Ist nun diese Politik zu entschuldigen? Aus dem Buche Dr. Jászis müssen wir die Überzeugung schöpfen, daß diese Politik sogar aus chauvinistischem Gesichtspunkte unhaltbar erscheint. Die alte chauvinistische Folgerung, daß durch diese Politik das einheitliche Ungarn zu erzielen sei, gilt heute schon als Utopie, aber nur in engen, wirklich aufgeklärten Kreisen. Professor Jászi legt ein großes Gewicht auf die Widerlegung dieses alten Axioms der Chauvinisten und beweist ausführlich und überzeugend, daß die Politik der Zwangsassimilation auch in Ungarn mißlingen wird, wie das bisher überall und immer geschehen ist.

Hat diese gefährliche Politik überhaupt einen Sinn? Die Vertreter des Chauvinismus haben ein moralisch nicht hochstehendes, aber dem Egoismus vernünftig scheinendes Argument. Indes die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der anderen Nationalitäten gehemmt wird, steigert sich immer mehr die Überlegenheit des Ungarntums; so wird der Endzweck — die vollkommene Magyarisierung des Landes — wenn auch nicht ganz, doch annähernd erreicht. Das seit Jahrzehnten sich vollziehende Vordringen des Ungarntums beweist — nach ihrer Meinung — die Richtigkeit dieser Politik.

Beim Durchlesen dieses Buches bekam ich den Eindruck, daß es Professor Jászi gelungen ist, auch diese letzte Festung des chauvinistischen Gedankenkreises zu zerstören. Mit einer Fülle von Daten und den schlagendsten Argumenten beweist uns Jászi, daß im Vordringen des Ungarntums die Politik der gewaltsamen Assimilation keine Rolle gespielt und daß die magyarische Suprematie diese Politik überhaupt nicht nötig habe. Die Hauptursache, derzufolge die Entwicklung des Ungarntums in den letzten Jahrhunderten um so viel rascher vor sich ging als die der fremdsprachigen Volksteile, war folgende: Jener Teil des Landes, welcher von der Hauptmasse des Ungarntums bewohnt wird, ist der fruchtbarste, hat eine zentrale Lage und konnte am leichtesten mit dem benachbarten wirtschaftlich und kulturell entwickelteren Westen verkehren. So entstand zuerst in den von Magyaren bewohnten Gebieten eine verhältnismäßig intensive Landwirtschaft und brachte die Bevölkerung auf eine höhere Stufe der wirtschaftlichen Kultur, als die, welche die anderssprachigen Volksschichten einnahmen. Dergestalt hatte auch beim Verfall der Naturalwirtschaft und des Feudalismus und

dem Beginn von Tauschwirtschaft und städtischem Leben die neue Entwicklung beim Ungarntum einen fruchtbareren Boden gefunden. Die Ungarn strömten in großen Massen in die damals noch überwiegend deutschen Städte, deren größten Teil sie magyarisierten. Die Assimilationskraft der Majoritäten ist in den Städten viel größer als auf dem Lande. — Die wirtschaftliche Entwicklung ergriff später auch die anderen Nationalitäten und auch sie drängten nun — wenn auch in bescheidenerem Maße — nach den Städten. Hier fanden sie schon kompakte magyarische Majoritäten vor und wurden von ihnen aufgesogen. Ein immer wachsender Teil der Stadtbewohner wird magyarisch, und ein immer größerer Teil der Bevölkerung wohnt in den Städten — in diesem Satze kann man diesen — aus ungarischen Gesichtspunkten so wichtigen Prozeß zusammenfassen. Aber auch in der Provinz entwickelt sich das Ungarntum rascher als die fremden Nationalitäten, kraft jener engen Verbindung, die zwischen den Städten und intensivem Ackerbau besteht. Endlich ist es den ungarischen Städten zu verdanken, daß der überwiegende Teil des im Lande entstandenen wirtschaftlichen und geistigen Kapitals sich in den Händen der Ungarn konzentriert.

Die ungarische Suprematie hat also die Politik der gewaltsamen Assimilation nicht nötig und darf diese Politik daher nicht länger geduldet werden. Vor allem muß die berechnete Zurücksetzung unserer andersrassigen Landsleute aufhören; gute Schulen, gute Verwaltung usw. in der Sprache des Volkes und völlige Rechtsgleichheit muß ihnen zugesichert werden.

CHRONIK

KOSTEN eines europäischen Krieges: Wäre ein solcher Krieg überhaupt möglich? Es gibt Menschen, die behaupten, daß eine solche Katastrophe nicht stattfinden könne, weil bei allem Wahnsinn der Menschen doch niemand einen Ochsen umbringt, um ein Ei zu bekommen, und man, wenn der Einsatz zu groß ist, lieber aufs Spiel verzichtet.

Tatsächlich hat kein Krieg der Revolution oder des ersten Kaiserreichs mehr als eine Million Menschen unter die Waffen gerufen, d. h. im Höchstfalle 1 600 000 Mann. Heute aber würden Deutschland, Frankreich, England, Rußland, Österreich-Ungarn, Italien 22—24 Millionen Soldaten ins Feld schicken; außerdem

würden Belgien, Holland, die Schweiz, Dänemark und die Balkanländer 2—2½ weitere Millionen stellen. Der Ausbruch eines so entsetzlichen Konfliktes würde die Verheerungen eines Generalstreiks, der sich über einen ungeheuren Teil des Erdballs ausbreitete, aufwiegen. Diese vielen Millionen Menschen, die da plötzlich unter die Waffen gerufen würden in der Vollkraft ihrer Jahre, sie, die schöpferische Auslese von sechs, von zehn, von zwölf Nationen, ließen alles im Stich: die Landwirtschaft, den Handel, die Fabriken. Das ganze Leben wäre paralysiert.

Die Summe der täglichen Einkommen in den sechs Großmächten beträgt 87 Millionen Franks. Fach-

männer haben ausgerechnet, daß im Falle eines allgemeinen Krieges diese selben sechs Mächte täglich 224 Millionen, davon 63 Millionen für Fouflage, 21 Millionen für Soldatensold, 21 für den Transport der Munitionen und Provisionen, 29 für verbrauchtes Pulver, Granaten usw., 34 Millionen für Verpflegung der Verwundeten usw. verbrauchen würden.

Wo sollte das Geld herkommen? wo die Lebensmittel? Der europäische Ackerbau wäre vernichtet, das Unkraut würde die Erde überwuchern, das Vieh würde aus Mangel an Wartung sterben.

Wir wiederholen: die Gefahren der Hungersnot wären schrecklicher in einem allüberall in Waffen starrenden Europa als jemals in der Vergangenheit.

Die lahmgelegte Industrie würde dem unhielbaren Ruin verfallen. Gerade hierin offenbart sich der Fluch, den vor allem die besitzende Klasse aller der in den Konflikt verwickelten Staaten gar bald mit Grauen an sich erfüllt sähe.

Die Eröffnung des Kampfes endlich würde auf allen finanziellen Märkten zu gleicher Zeit eine Panik auslösen, denn alle sind sie miteinander aufs engste verknüpft. Sieger und Besiegte litten den gleichen Vernichtungsschlag. Der vollkommene Zusammenbruch des Großkapitals wäre von unerhörter Kreditschränkung begleitet, von der Erstickung des Kleinbetriebes, und da auch die Massen des Proletariats arbeitslos geworden wären, so sähen die Städte Europas alle Elemente einer sozialen Krise in sich vereinigt.

Dies Bild ist dunkel, so dunkel, daß es wohl auch die härtesten Seelen der Kriegsfanatiker schaudern macht. Und diese Hoffnung bleibt uns eben.

Georges Costes,
Paris.



Internationaler Theosophischer Friedenskongreß Visingsö, Wettersee, Schweden: Der Kongreß wird unter den Auspizien der Universalen Bruderschaft und Theosophischen Gesellschaft (deren Führer und offizielles Haupt Katherine Tingley ist) abgehalten werden; er ist deshalb von streng internationalem Charakter, denn, wenn auch das Zentralamt der Organisation in den Vereinigten Staaten gelegen ist, so bilden doch die Mitarbeiter dieser Organisation eine wahrhaft internationale Körperschaft.

Der Sitz des Kongresses ist die Insel Visingsö im Wettersee, ein Platz, welcher mit interessanten historischen Erinnerungen verknüpft ist, der Lieblingsaufenthalt des schwedischen Volkes während der Feier seines Sommersonnenwendfestes. Ferner ist Schweden in besonderer Weise mit der Sache des Friedens verbunden, und zwar durch die Erinnerung an König Oscar, der den Nationen als der „große Friedensschlichter“ bekannt ist.

Die Universale Bruderschaft und Theosophische Gesellschaft bilden einen Teil einer großen und universalen Bewegung, welche zu allen Zeitaltern tätig gewesen ist. Sie erklärt, daß Bruderschaft eine Tatsache in der Natur ist, und ihr hauptsächlichster Zweck ist, Bruderschaft zu lehren, sie als eine Tatsache in der Natur zu beweisen und sie zu einer lebendigen Kraft im Leben der Menschheit zu machen. Als Theosophen halten sie daran fest, daß alle Menschen, soweit es ihre bessere Natur betrifft, tatsächlich Brüder sind, und daß durch die Erkenntnis dieser Tatsache Solidarität bewirkt wird. Mißverständnisse und Streit sind auf die Hervorhebung der niederen und persönlichen Natur des Menschen zurückzuführen; aber in dem Verhältnis, als es jedem einzelnen gelingt, sich über seine persönliche Natur zu erheben und das, was das

Beste in ihm ist, zu verwirklichen, wird er sich seiner fundamentalen Einheit mit seinen Mitmenschen bewußt. Und wie es sich mit den Menschen verhält, so liegt es auch bei den Nationen, welche dadurch, daß sie darnach trachten, das Edelste und Beste im Nationalcharakter zu verwirklichen, sich über die Ebene nationaler Vorurteile erheben und die Höhe erreichen können, von wo aus die zugrunde liegende Einheit erkennbar wird.

Auf diese Weise legt Theosophie Nachdruck auf den Punkt, daß Solidarität nicht ein äußerlicher Zustand, welcher der Menschheit auferlegt oder aufgepfropft werden muß, sondern ein bereits innewohnender Zustand ist, der nur herausgebracht zu werden braucht; daß Solidarität in der Tat der normale und natürliche Zustand der Menschen ist, weil er aus der Tatsache ihrer spirituellen Einheit hervorgeht, und daß der Zustand gegenseitigen Mißtrauens ein abnormer und der übermäßigen Betonung der tierischen Seite der Menschennatur zuzuschreiben ist.

Theosophie berührt das menschliche Leben an allen Punkten; das Ziel und die Arbeitsweise der Theosophie sind hervorragend praktisch. Der Hinweis auf die Göttlichkeit des Menschen, auf welcher Tatsache Theosophie besteht, hat ihrem Rufe an die Menschheit stets Kraft verliehen und sie befähigt, den Problemen des Tages in einer neuen und wirkungsvollen Weise näher zu treten. Ihre Errungenschaften auf dem Gebiete der Erziehung sind ebenso wohlbekannt wie ihre Macht, Leute, die sich durch stark hervortretende Individualität auszeichnen, zu einem gemeinsamen Zweck zu vereinigen, indem sie in jedem die besten Charaktereigentümlichkeiten wachruft. Kurz, Theosophie verleiht allem, mit dem sie in Berührung kommt, neues Leben. Der Grund hiervon ist,

daß sie die Haupttriebfeder im menschlichen Charakter erreicht und auf diese Weise in jedem Menschen die Stärke seiner eigenen höheren Natur hervorruft.

Theosophie darf daher die Fähigkeit beanspruchen, der Frage des internationalen Friedens von einem neuen Standpunkt nahezukommen und ihr eine neue und wirkungsvolle Kraft zu übertragen. Sie will nicht dahin zielen, Einförmigkeit in das zu bringen, was von Natur aus verschiedenartig ist; sie will vielmehr darnach trachten, die allem zugrunde liegende Harmonie zu enthüllen. Harmonie schließt nicht Einklang in sich ein; sie ist der Zustand, unter welchem Einzelwesen oder Nationen ihre sie auszeichnenden Eigenschaften bewahren und doch in ein gemeinsames Verständnis miteinander übergehen können.

Die Theosophen schätzen und erkennen die vielen und machtvollen Anstrengungen, welche in der Sache des internationalen Friedens gemacht worden sind, in ihrem vollen Werte an. Wir betrachten dieselben als einen Appell, auf welchen wir erwidern müssen, indem wir solche Hilfe geben, wie sie innerhalb unserer Macht liegt. Die schiedsrichterliche Entscheidung hat in den letzten Jahren bemerkenswerte Erfolge gezeitigt; aber unser Glaube an die Theosophie erfüllt uns mit der Überzeugung, daß die Grundsätze der Theosophie den Schlüssel zu weit größerem Erfolg in der Zukunft bieten. Durch diesen Kongreß suchen wir eine erklärende Beweisführung für die Wirkungskraft theosophischer Prinzipien und Methoden zu erbringen; wir fühlen sicher, daß die ernsthafte Aufmerksamkeit all jener, welche der Sache des Friedens ergeben sind, nicht vergebens in Anspruch genommen sein wird.

Krieg ist die besondere Manifestation eines Zustandes, der auch

in Friedenszeiten vorhanden ist; daher sollten Heilung bezweckende Maßnahmen nicht auf die Symptome allein angewandt werden. Im gegenwärtigen Zeitalter haben die Erfindungen der Wissenschaft die Welt aufs innigste verknüpft und Bedingungen geschaffen, die allzu verwickelter Natur sind, als daß sie mit hergebrachten Regeln und Glaubensansichten bekämpft werden könnten. Überall suchen die Menschen nach einem neuen Glauben, nach einer Grundlage für gemeinsame Verständigung, nach einem Etwas, das den Menschen eine moralische Solidarität zu geben vermag, die ihrer materiellen Solidarität angemessen ist. Da wir glauben, daß die Theosophie diesem Bedürfnis nachzukommen vermag, lenken wir ihre ernste Berücksichtigung wiederholt auf den herankommenden Kongreß als eine beweisende Darlegung des Lichtes und der Hilfe, welche die Theosophie den heutigen Problemen bieten kann.

Die Bestrebung der Theosophie geht darauf hinaus, in jeder Nation den wahren Geist dieser Nation zu erwecken, in der Überzeugung, daß jede einzelne, in dem Maße als sie sich zu ihren besten Idealen erhebt, die Ebene erreichen wird, in der Solidarität an Stelle von Spaltung tritt. Der gemeinsame Faktor in der menschlichen Natur (abgesehen vom rein physiologischen Standpunkt) ist die allem zugrunde liegende spirituelle Einheit. Laßt uns unseren Ruf an diesen gemeinsamen Faktor in Einzelwesen und Nationen richten, laßt uns Vereinigung suchen, weniger dadurch, daß wir einander gegenseitig umarmen, als vielmehr dadurch, daß wir ein gemeinsames hohes Ideal umschließen!

J. Th. Heller,

Vorsitzend. f. Deutschl., Nürnberg *).

*) Vestnertorgraben 13.

Eine Organisation zur Bekämpfung der Kriegsseuchen in der österreichischen Armee: Daß die systematische Seuchenbekämpfung im Kriegsfall bisher nur in ganz wenigen Kulturstaaen vorgesehen war, erscheint um so unbegreiflicher, als doch seit Pasteur und Koch Hygiene und Antisepsis im friedlichen Leben der Völker als selbstverständliche Notwendigkeiten angesehen werden, während andererseits die chirurgische Behandlung der Verwundeten nahezu überall die moderne Höhe erreicht hat.

Wie schwer gerade der Mangel einer wirksamen Seuchenbekämpfung sich im Kriege fühlbar macht, das sah man neuerdings im bulgarisch-türkischen Feldzug — wenn nicht die Zahlen der Geschichte allein eine genug beredte Sprache sprechen *).

Wenn man die Verluste durch Wunden mit 1 bezeichnet, waren diejenigen durch Krankheit bei den Deutschen 1870/71 0.5; bei den Russen 1877/78 an der Donau 2.7; bei den Franzosen in Mexiko 1862/66 2.8; im Krimkriege 1853/56 3.7; bei den Engländern in Ägypten 5.2.

Die niedrigste Ziffer hat Deutschland, weil es eben unter allen europäischen Staaten als erster die Kriegs-seuchenbekämpfung wissenschaftlich organisierte. Es konkurriert in dieser Hinsicht nur mit Japan, das seine großartigen Siege über die

*) Die attische Seuche, welche 430 bis 425 v. Chr. während des Peloponnesischen Krieges in Athen herrschte, hat durch ihre Verheerungen den Fall der athenischen Hegemonie verursacht. In den Jahren 1853—56 gingen im Krimkrieg an Flecktyphus 16 000 Engländer, 80 000 Franzosen und 80 000 Russen zugrunde. Im amerikanischen Sezessionskrieg erkrankten von 431 237 Mann 75 368 an Typhus und starben 20 076. An Blattern verloren die Franzosen 1870/71 23 000 Mann. An Ruhr erkrankten im nordamerikanischen Sezessionskrieg 287 526 Mann und starben 9431; im deutsch-französischen Krieg erkrankten 38 663 und starben 2380

russische Armee seiner rationellen Seuchenbekämpfung verdankte, die ja auch jede weitere Verschleppung der Seuchen nach beendetem Kriege ins Innere des Landes verhinderte (Quarantäne für alle aus dem Feld Heimkehrenden und Schutzimpfungen).

In einem Zeitalter, wo, dem Friedensgedanken zum Trotz, alle Hilfsmittel herbeigezogen werden, um das Gespenst der Kriegsfurie noch gräßlicher, noch unerbittlich blutiger zu gestalten, muß es mit Dank begrüßt werden, daß großherzige Menschenfreunde sich fanden, Vorkehrungen zu treffen, die diesem Gespenst die allerzahlreichsten, fruchtlosesten Opfer entreißen sollen. Durch einen von Dr. Jos. Winter (Wien) gewidmeten Betrag wurde die österreichische Aktion zur Bekämpfung der Kriegsseuchen, die Professor R. Kraus *) einleitete, materiell gesichert; im Kriegsfall steht sie der Heeresverwaltung zur Verfügung, im Frieden den zivilen Behörden, da es sich hier ja auch um eine durchgreifende organisatorische Friedensvorbereitung handelt und das edle Werk in Nichtkriegszeiten zur Sanierung von epidemisch heimgesuchten Gegenden Anwendung finden soll.

Die Aktion gliedert sich in drei Abschnitte:

1. Bildung hygienischer Fachgruppen.
2. Aufstellung mobiler Epidemielaboratorien.
3. Ausbildung besonderer Kriegsseuchenpflegerinnen.

Am 10. März d. J. konnte bereits mit dem ersten Ausbildungskursus für Kriegsseuchenpflegerinnen begonnen werden, an welchem 33 ausgebildete Pflegerinnen teilnahmen,

*) Prof. Kraus führte auf dem Balkan im Auftrag König Ferdinands von Bulgarien mit Erfolg die Bekämpfung der Cholera durch.

während eine Anzahl Damen der Gesellschaft, die im Ernstfall als Kriegsseuchenpflegerinnen zu dienen wünschen, hospitierten.

In einer von R. Kraus und Jos. Winter herausgegebenen Broschüre wird ausgeführt:

„Es liegt nur an uns — und einmal erkannt, wird die Pflicht unabweislich —, das Problem der Kriegsseuchenbekämpfung wissenschaftlich zu erfassen wie das der Verwundetenpflege. Stehen wir doch dank den wohlbegründeten Resultaten der bakteriologischen und epidemiologischen Forschung unserer Aufgabe vollgerüstet gegenüber. Zuverlässige, erprobte Methoden ermöglichen uns die rasche Diagnose der „ersten Fälle“, von der sowohl die Möglichkeit der Lokalisierung einer Seuche abhängt als auch die Therapie, welche verschieden ist bei Cholera, Pest, Typhus, Ruhr, hierdurch sogleich determiniert wird. Wir vermögen durch Schutzimpfung vor Seuchenerkrankung zu bewahren, durch Serumbehandlung die Erkrankten zu heilen; wir vermögen die Herde der Infektion aufzudecken und unschädlich zu machen.“

12 große mobile Epidemielaboratorien wurden zunächst neu aufgestellt und nach allen von Prof. Kraus gemachten Erfahrungen ausgestattet. Sie wurden auf die österreichischen Universitätsstädte verteilt. Ein solches Laboratorium besteht aus je 4 Kisten im Ausmaß von 120 : 60 : 60 cm und im Gesamtgewicht von 600 kg. Sie sind nach Art der amerikanischen Koffer so konstruiert, daß nach ihrer Aufstellung die sämtlichen Apparate und Utensilien sich übersichtlich geordnet vorfinden.

In die Obliegenheiten der Epidemielaboratorien fallen alle einschlägigen Arbeiten, welche sich auf Hygiene, ätiologische Prophylaxe und Therapie im Felde und in den In-

fektionsspitälern beziehen, als da sind: Wasseruntersuchungen, Desinfektion der Wässer, der Ubikationen, bakteriologische Untersuchungen an Kranken und Gesunden, Schutzimpfungen*), Desinfektion von Wäsche und Kleider usw. usw.

Die Gründer der neuen österreichischen Organisation beschlossen ferner auch auf eine Erweiterung der Genfer Konvention in dem Sinne hinzuwirken, als es allen Staaten zur Pflicht gemacht werden soll, eine rationelle Kriegsseuchenbekämpfung vorzubereiten und ohne eine solche Vorbereitung keinen Krieg zu erklären. Ist eine kriegführende Nation aber von Epidemien bedroht, so soll ihr das Recht zustehen, sich an die Nachbarstaaten um Hilfe durch Bakteriologen und Laboratorien zu wenden.

Auch bei Epidemien im Frieden, die in Grenzländern ausbrechen, läge es nahe, daß der Nachbarstaat — schon aus egoistischen Gründen — bei den Eindämmungsbemühungen mit Hand anlegte.

G. B.

Das Deutsch-Südamerikanische Institut in Bonn: Zur planmäßigen Förderung der geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und den südamerikanischen Staaten ist vor wenigen Wochen durch hervorragende Persönlichkeiten und Körperschaften der Wissenschaft, der Industrie und des Handels ein Deutsch-Südamerikanisches Institut mit dem Sitz in Bonn gegründet worden. An der Gründung haben sich auch die bereits

*) Die Schutzimpfungen gegen Typhus haben in der amerikanischen Armee so gute Resultate geliefert, daß sie daselbst obligatorisch eingeführt wurden.

bestehenden — wirtschaftlichen Zwecken dienenden — deutsch-südamerikanischen Vereine in Berlin, wie die Deutsch-Südamerikanische Gesellschaft, der Deutsch-Argentinische Zentralverband und der Deutsch-Brasilianische Handelsverband beteiligt. Das Programm des Instituts umfaßt namentlich die Herausgabe regelmäßig erscheinender Mitteilungen über Deutschland in spanischer und portugiesischer Sprache und eines nach Ländern und Fachgebieten systematisch geordneten Adreßbuches; den Schriftenaustausch zwischen wissenschaftlichen usw. Anstalten in Deutschland und in Südamerika; die Herausgabe von spanischen bzw. portugiesischen Übersetzungen geeigneter deutschen Werke und Abhandlungen, Erteilung und Vermittlung von wissenschaftlichen usw. Auskünften und die Heranziehung junger Südamerikaner an die deutschen Bildungsanstalten. Das Institut will also ähnlichen Zwecken dienen, wie das im Herbst 1910 gegründete Amerika-Institut in Berlin (im Gebäude der Königl. Bibliothek), das die planmäßige Förderung aller Kulturbedingungen zwischen Deutschland und Nordamerika zur Aufgabe hat, die es schon jetzt, nach kaum zweijährigem Bestehen mit so großem Erfolge verfolgt.

Die Errichtung solcher Auslandsinstitute ist sehr zu begrüßen, und sicherlich können und werden sie, wenn einmal ein ganzes Netz dieser Institute zur Förderung der Beziehungen zwischen den Kulturländern besteht, wesentlich beitragen zu der Erreichung des großen Zieles einer allgemeinen internationalen Verständigung zwischen allen Nationen des Erdballs!

Dr. J. M.

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA · PARIS

KULTURAUFGABEN DES JAHRHUNDERTS.

VI. Die Schaffung eines Rechtszustandes zwischen den Völkern.

Phantasie und Empfindungsleben der Männer und Frauen von heut werden stets aufs neue durch Vorstellung von den Greueln des Krieges, vor allem des modernen Massenkrieges, erschüttert. Wohl lebt auch die alte Idee vom Heroismus der Schlacht in vielen Köpfen fort, aber in der Mehrzahl überwiegt die Erkenntnis vom wahren Wesen der Schlacht, von den Zerfleischungen und Verstümmelungen, von den Verbrechen, die an Unbeteiligten begangen werden, von den Seuchen, die die Überlebenden vernichten. Mehr und mehr sieht man das Kriegsproblem mit den Augen eines Wereschtschagin und die Popularität eines Kriegsausbruches schränkt sich auf Angehörige jener Berufe ein, welche im Kriege Erfüllung ihrer Lebensmöglichkeiten erblicken und auf gewisse leidenschaftliche, rechthaberische Volksgruppen.

Von sozialistischer Seite ist oft betont worden, daß nur die Kapitalisten ein Interesse am Kriege besäßen, die breiten Volksmassen jedoch Unrecht täten, sich für fremde Interessen hinopfern zu lassen. Der Nachsatz ist gewiß wahr, der Vordersatz in der überwiegenden Zahl der Fälle unrichtig, denn auch die überwiegenden Interessen des Kapitals werden im Frieden weitaus besser gewahrt als im Kriege, nur ein gewisser Bruchteil desselben, welcher den Rüstungsindustrien dient, fühlt seine Interessen mit der Aufrechterhaltung der Kriegsgefahr mehr noch als mit dem tatsächlichen Ausbruch eines Krieges verknüpft; die überwiegende Mehrzahl aller Industriellen muß unter jeder kriegerischen Erschütterung leiden und das mobile Kapital, wie es an der Börse vertreten ist, sieht in jedem Kriege, so entfernt er auch ausgefochten wird, seinen direktesten Feind, antwortet, wie wir gerade in der letzten Krise gesehen haben, auf jedes Symptom näherrückender Kriegsgefahr mit Sinken der Kurse, was wieder unmittelbarste persönliche Schädigung für alle Beteiligten bedeutet.

Daß alle Kulturwerte im Kriege schwer leiden würden, darüber ist sich jeder unbefangene Beobachter klar und der Verfasser dieser Zeilen z. B. hat sich niemals einer Illusion darüber hingegeben, daß der Ausbruch eines europäischen Krieges schwerste Gefährdung für den Bestand jedweder internationalen Vereinigung, inbegriffen diejenige, welcher diese Zeitschrift als Organ dient, bedeuten würde.

In diesen Spalten hat Professor Richet vor einigen Monaten darauf hin-

gewiesen *), daß die Kosten eines europäischen Krieges an 160 Millionen Mark pro Tag betragen würden, unvergleichlich mehr bereits im ersten Monate, als der Wert jedes nur möglichen Streitobjektes sein könnte. Daß also der moderne Krieg für den weitaus größten Teil aller ideellen und materiellen Interessen des Erdteils eine schwere Schädigung bedeute, darüber ist sich jeder, den nicht Leidenschaft blendet, jeder, der sich unparteiisch abwägendes Urteil bewahrt hat, klar.

Weniger Einmütigkeit herrscht bezüglich der Frage, ob die bloße Kriegsrüstung eminent schädigend wirke. Immerhin hat man doch z. B. in der Frage des Rüstungswettlaufs zwischen England und Deutschland mehr und mehr begriffen, daß der gleichzeitige Bau von Dreadnoughts zu beiden Seiten der Nordsee das deutsche und britische Budget schwer belaste, die für Kulturzwecke verfügbaren Summen wesentlich einschränke, ohne daß bei Beibehaltung der entsprechenden Proportion in den Neubauten irgendwelche Stärkung der relativen Macht des einen der beiden mit einander konkurrierenden Staaten eintreten könnte. Tatsächlich ist ja Deutschland in den letzten Monaten zu einer ruhigeren Fortführung seiner Rüstungspolitik zu Wasser übergegangen.

Zu Lande allerdings hat man umgekehrt gehandelt, aber auch in der Frage des Rüstungswettlaufs mit Frankreich erkennen müssen, daß die Vermehrung der deutschen Präsenzdienststärke mit der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstpflicht in Frankreich beantwortet wurde, daß somit das Kräfteverhältnis im wesentlichen das gleiche geblieben ist, während beide Völker nunmehr schwerer wie früher an der Rüstung zu tragen haben: also wieder eine unleugbare Schädigung der moralischen und materiellen Volksinteressen, ohne daß die erhoffte Stärkung der Macht der eigenen Nation gegenüber der konkurrierenden Nation eingetreten wäre.

Diese beiden Erwägungen, Abscheu vor dem Kriege selbst und vernunftmäßige Erkenntnis der schweren Opfer jeder kriegerischen Rüstung, welcher bei gleichzeitigem Vorgehen von allen Seiten irgendwelche Vorteile nicht gegenüberstehen, haben allseits in Europa, bei jenen Personenkreisen, die sich über das Althergebrachte geistig zu erheben vermögen, den Wunsch wach werden lassen, Mittel und Wege für eine Sicherung des Völkerfriedens und für eine Verminderung der Rüstungslasten zu finden.

Ihnen hat man, insoweit man sich nicht mit Spott oder allgemeinen Redensarten begnügte, die Tatsache entgegengehalten, daß der Kampf ums Dasein eine allgemeine Naturerscheinung sei, und daß Krieg und Rüstung sich mit Notwendigkeit in die ganze Linie der organischen Entwicklung einfüge. Man hat in dieser Beweisführung vergessen, daß der Kampf ums Dasein eben seine Form stetig wandelt, daß im Wirtschaftsleben der ökonomische Konkurrenzkampf an Stelle der physischen Gewalt getreten ist, und daß darum sehr wohl neue Formen des Wettstreites der Völker sich entwickeln mögen, ohne daß die Allgemeinheit des Gesetzes vom Kampf ums Dasein dadurch beeinträchtigt wird.

Man hat ferner die geschichtliche Tatsache übersehen, daß sich eine unverkennbare Entwicklungstendenz für Erweiterung der Rechtssphäre, für die Zurückdrängung jener Verhältnisse, über welche noch die physische Gewalt gebietet, im Völkergeschehen nachweisen läßt. In ferner Urzeit kämpfte jede Familie, jede Sippe gegen die andere, und noch heute

*) Siehe die Dezember-Nummer 1912.

gibt es zurückgebliebene Völker wie die Afridis an der Nordwestgrenze Indiens, die nur innerhalb der Sippe einen Rechtszustand anerkennen, in jedem der Sippe nicht Angehörigen einen vogelfreien Feind erblicken und für die Regelung der Beziehungen zwischen den Sippen, für die Lösung aller Probleme, die sich zwischen ihnen ergeben mögen, ausschließlich die physische Gewalt als entscheidenden Faktor anerkennen.

Später weitete sich die Rechtssphäre zum Stamm und zum Volk, jedoch vielfach nur in unvollkommener Weise. Noch im deutschen Mittelalter galt es als Utopie, eine *Treuga dei* zu fordern, die unterschiedslose Erledigung aller Konfliktsfälle zwischen Privatpersonen durch staatliche Gerichte anzustreben. Noch zu jener Zeit galt das Faustrecht als unausrottbar. Und doch, wenige Jahrhunderte haben genügt, um einem Zustand vieler Jahrtausende ein Ende zu bereiten, den Gewaltwillen des einzelnen niederzuzwingen, die Rechte des Individuums gegenüber dem Individuum scharf zu umschreiben und die Interpretierung der individuellen Konfliktsfälle auf Grund allgemeiner Übereinkommen staatlichen Gerichten zu überweisen.

Die Staaten, innerhalb denen ein konsolidierter Rechtszustand herrscht, haben sich dann geweitet. Noch bis ins 19. Jahrhundert galt es als Utopie, einen ständigen Friedens- und Rechtszustand zwischen den deutschen Stämmen und Staaten herzustellen, und doch ist auch dies gelungen. Bundesrat und Reichsgericht anerkennen keine Berechtigung des deutschen Bürgers oder des deutschen Bundesstaates auf Selbsthilfe. Der Krieg, der auch in dieser Sphäre als allein möglich gegolten hat, ist ausgeschlossen, der Rechtszustand an seine Stelle getreten.

Auch im Leben der europäischen Völker setzt sich die gleiche Entwicklung unverkennbar durch und in der letzten Balkankrise haben wir ja wieder gesehen, wie sich die vom Kollektivwillen Europas festgestellten Entscheidungen allen Beteiligten aufgedrängt haben, und wie wichtige Konflikte zwischen den Großmächten sowie einzelnen derselben und den balkanischen Kleinstaaten ohne Zuhilfenahme der Waffen durch den Spruch einer neuen europäischen Exekutivinstanz, der Londoner Botschafterreunion, geregelt wurden.

Man hat in den letzten Monaten viel über sie gespottet, und in manchen chauvinistischen Kreisen, besonders Österreichs, ist man soweit gegangen, in ihr einen bloßen Betrugs- und Verschleppungsversuch gewisser Großmächte, einen Inbegriff aller möglichen schlechten Gedanken zu finden. Alldem gegenüber scheint es vielleicht angebracht, die Tatsachen sprechen zu lassen.

Im Herbst 1912 hatte die österreichische Forderung nach Räumung albanischen Gebietes durch die Serben bis hart an die Schwelle eines Weltkrieges geführt. Die Erbitterung auf allen Seiten wuchs, und eine entsprechend rasche Verständigung war kaum tunlich. In dieser schwierigen Lage veranlaßte Sir Edward Grey bekanntlich die Vereinigung der in London akkreditierten Botschafter der Großmächte zu ständigen Beratungen.

Schon zu Beginn derselben gelang es tatsächlich, eine Verständigung über die serbische Forderung eines Adriaufens zu erzielen, indem Österreich einen kommerziellen Hafen gewährte, Rußland auf die Forderung serbischen Territorialbesitzes am Adriatischen Meere verzichtete. Sofort nachdem die Entscheidung der Londoner Konferenz gefallen, unterwarf sich Serbien dem Spruche der europäischen Exekutivgewalt.

Einige Monate später stellte die Botschafterreunion die Nord- und Ostgrenze Albaniens fest und Montenegro weigerte sich, den Beschluß anzuer-

kennen. Ätzende Lauge des Spottes wurde allseits auf die Londoner Verhandlungen ausgegossen, die österreichischen Blätter speziell wußten sich in Ausdrücken der Verachtung nicht genug zu tun und gegenüber dem ohnmächtigen Europa die Schärfe des eigenen Schwertes zu preisen. Wenige Tage später erklärte Montenegro, sich dem Spruche Europas zu unterwerfen. Wieder hatte die neue Exekutivgewalt ihren Willen durchgesetzt, die von ihr beordneten Truppen besetzten Skutari.

Vorher schon hatte Europa der Türkei und den Balkanstaaten seine guten Dienste zur Herstellung des Friedens angeboten und tatsächlich bereits im Winter einen Präliminarfrieden festgestellt, der sowohl von den Balkanstaaten, als auch von der damaligen türkischen Regierung anerkannt wurde. Demgegenüber leidenschaftliche Erbitterung der jungtürkischen Kriegspartei, Militärrevolution in Konstantinopel, Verhöhnung des europäischen Beschlusses. Wenige Wochen später mußten die Empörer von Konstantinopel die Schwere ihres Irrtums begreifen und sich demütig an eben jenes Europa wenden, das man der Parteilichkeit und Niedertracht beschuldigt hatte. Aus den Händen Europas nahm die Türkei den Frieden entgegen, und eben jener vielgeschmähten Exekutivinstanz in London wurde die Lösung der wichtigsten Probleme des Friedensschlusses übertragen.

Andere Fragen wurden einer zweiten Behörde der gleichen Exekutivinstanz überwiesen, nämlich der europäischen Finanzkommission in Paris.

All das muß dem unbefangenen Beobachter klar zeigen:

1. Wie notwendig gegenüber all den Konflikten und Konfliktmöglichkeiten der aufgeregten Epoche die Schaffung eines Organs für Äußerung des europäischen Kollektivwillens geworden ist.

2. Wie sehr wohl es möglich gewesen ist, den Beschlüssen Europas tatsächlich Geltung zu verschaffen, wie sehr wohl es in Zukunft möglich sein wird, die Entscheidung wichtiger Streitfragen einer solchen internationalen Instanz zu überweisen.

Man hat gegen das Haager Schiedsgericht vielfach eingewendet, daß sich nicht alle Fragen für schiedsgerichtliche Entscheidung eignen, daß ein Vertrag oder zu mindestens irgendeine Rechtsgrundlage vorliegen müsse, über deren strittige Auslegung dann ein Schiedsgericht entscheiden könne... Gewiß, Interessen- und Machtfragen sind einer richterlichen Entscheidung nicht fähig. Wohl aber können sie einer übergeordneten Machtinstanz zur souveränen Entscheidung zugewiesen werden, und ist dieselbe weise und stark genug, so kann sie ihren Willen auch gegenüber den widerstrebendsten Einzelinteressen durchsetzen, das Gesamtinteresse des Erdteils und indirekt auch die Summe aller Einzelinteressen wahren.

Wie also mag im Lichte dieser praktischen Erkenntnisse die endgültige Lösung des Problems sich gestalten?

1. Einerseits wird die Haager Schiedsgerichtsbarkeit stets weiter und weiter ausgebaut werden, stets allgemeinere Verträge werden die einzelnen Kulturstaaten aneinander binden und an der Austragung von Konflikten durch Waffengewalt verhindern. In dieser Richtung ist auch der jüngste Vorschlag der Vereinigten Staaten von Amerika, wie ihn Präsident Wilson und Staatssekretär Bryan ausgearbeitet haben, überaus wichtig. Er knüpft an eine Erfahrung an, die man im Nachbarlande Kanada bei Austragung von gewerblichen Konflikten gemacht hat, wie ja überhaupt die beiden Probleme friedlicher Austragung von Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

an Stelle ihrer Austragung durch Streiks und friedliche Beilegung der Konflikte zwischen den Staaten an Stelle ihrer Austragung durch den Krieg methodisch und ihrem Wesen nach sehr nahe Verwandtschaft aufweisen. *) In Kanada darf in gewissen öffentlichen Betrieben, deren Unterbrechung die Interessen Unbeteiligter gefährdet, vor allem in Bahnen, Bergwerken, elektrischen Kraftwerken, ein Streik nicht erklärt werden, sofern nicht vorher eine Untersuchungskommission ihr Votum abgegeben und auf Grund eingehender Prüfung des Streitfalles die öffentliche Meinung über denselben orientiert hat. Nach Fällung des Urteils wäre allerdings Streik oder Aussperrung gesetzlich gestattet, aber die öffentliche Meinung, gestützt auf das Gutachten der Kommission würde ihre entscheidende Macht derart gewichtig gegen jene Partei wenden, welche nach Ansicht der Kommission im Unrechte ist, daß deren Kampfkancen von vornherein auf Null fielen. Tatsächlich ist auch in fast allen Fällen der Spruch der Kommission von den streitenden Parteien gern angenommen und ein Streik vermieden worden.

Wilson und Bryan nehmen an, daß auch bei Regelung von Konflikten zwischen den Völkern der *Zeitgewinn* alles bedeuten würde, ja, daß die Methode sogar noch mehr Erfolg verspräche als für die Regelung gewerblicher Konflikte, weil eben bei den letzteren immerhin wahre Interessengegensätze vorhanden sind, welche auch im Laufe eines halben Jahres ihre volle Schärfe bewahren, während es sich bei Konflikten zwischen den Völkern sehr häufig um bloße Fragen des Nationalstolzes, der Volksempfindlichkeit handelt, welche durchaus nicht wesentliche Interessen in sich schließen und durch den Spruch einer unparteiischen Kommission in durchaus zufriedenstellender Weise geregelt werden könnten. Außerdem wird naturgemäß der Einfluß aller übrigen Nationen sich für jene aussprechen, welche durch den Spruch der Kommission als im Recht befindlich bezeichnet wurde, und ohne daß irgendeine formell-obligatorische Kraft der Schiedsgerichtssprüche festgelegt wird, würden dieselben doch tatsächlich für jedermann bindend sein.

Die Idee ist gewiß sehr ingenüös, mögen auch manche praktische Gegenstände zu verzeichnen sein, wie die begreifliche Scheu eines kriegsgerüsteten Staates, durch Aufschub der Entscheidung dem Gegner Zeit zu gleicher Rüstung zu lassen. Jedenfalls dürfte der amerikanische Vorschlag nur als eine Etappe zum wirklichen obligatorischen Schiedsgericht für alle jene Fragen, welche rechtlicher Auslegung fähig sind, aufzufassen sein.

2. Für die reinen Interessengegensätze wird ein Ausbau jener Instanzen einer internationalen Exekutivgewalt in Frage kommen, welche den Kollektivwillen der Großmächte zum Ausdruck bringen, analog der Rolle, welche die Londoner Botschafterreunion in der letzten Krise gespielt hat, und jener, welche den Großmächten aus Anlaß des chinesischen Boxeraufstandes zugefallen war.

3. Im weiteren Felde liegen die Möglichkeiten zu einer internationalen Gesetzgebung **). Immerhin sind die interparlamentarischen Konferenzen, sind die zahlreichen internationalen Kongresse bereits ebenso viele Ansätze von Organen, welche solche Materien, welche den Völkern gemeinsam sind, einheitlich zu regeln haben. Vor allem müssen die Haager Konferenzen selbst als Ansatz zu einem Weltparlament aufgefaßt werden, wenn auch zunächst bloß in jener Form, wie sie dem Deutschen Bundesrate eigen ist, also nicht

*) Siehe meine Einleitung zur Enquete über „die Rolle der Gewalt in den Konflikten des modernen Lebens“ in der Dezembernummer 1912 dieser Zeitschrift.

**) Siehe den Aufsatz von Alfred H. Fried.

als Vertretung der Völker selbst, sondern der Regierungen, als ein auf eigenartiger indirekter Wahl beruhendes Weltparlament. Immerhin hat dasselbe eine Reihe von legislativen Arbeiten geleistet, welche den üblichen legislativen Arbeiten der Staatsparlamente durchaus analog sind; gehört es doch zu den zentralsten Aufgaben der letzteren, ein einzelstaatliches Privat- oder Strafrecht zu schaffen, während anderseits die Haager Konferenzen ein in genaue Formen gekleidetes Völkerrecht mit Bestimmungen für eine große Anzahl bisher kontroverser Fälle tatsächlich geschaffen haben.

Die Befriedigung der großen Menschheitssehnsucht nach dauerndem Frieden — vermöge der Herstellung eines Rechtszustandes zwischen den Völkern, welcher den Krieg ausschließt — ist also keine Utopie mehr, ihre Erfüllung ist auf dem Wege, die Kämpfe um die Lösung dieses Problems sind die wichtigsten, die wir im neuen Jahrhundert zu führen haben.



KORRESPONDENZEN

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

DR. PHIL. RICHARD HENNIG, BERLIN: STAND UND ZUKUNFTSAUSSICHTEN DER BAGDADBAHN.

DAS Ende des Jahres 1912 hat dem vielgenannten deutschen Bagdad-unternehmen eine recht bedeutende Erweiterung gebracht, so daß man, eigentlich zum erstenmal seit über 8 Jahren, einen merklichen Fortschritt in dem so viel angefeindeten Bauwerk deutlich bemerken kann. Von Konia in Kleinasien, dem Endpunkt der Anatolischen Bahn, wo die eigentliche Strecke der Bagdadbahn ihren Anfang nimmt, läuft die Linie jetzt, freilich einstweilen noch mit zwei Unterbrechungen, bis an den Euphrat und schickt sich somit an, in naher Zukunft in Mesopotamien einzudringen. Es sind bisher folgende Strecken dem Betriebe übergeben worden:

Bezeichnung der Strecke	Länge in km	Zeitpunkt der Eröffnung
Konia—Bulgurlu	200	25. Oktober 1904
Bulgurlu—Ulukischla	37	1. Juli 1911
Ulukischla—Karapunar	etwa 50	21. Dezember 1912
Dorak—Adana—Deirmen Odjak	140	27. April 1912
Radjun—Aleppo—Djerablus	207	15. Dezember 1912
	etwa 634	

Von der gesamten Linie Konia—Bagdad ist zwar erst etwa der dritte Teil fertiggestellt und dem Betriebe übergeben worden, aber man merkt doch jetzt, daß es rüstig vorwärts geht, trotz der politisch schwierigen Zustände in der Türkei, und daß die schlimme Zeit des Hangens und Bangens, des vergeblichen Kampfes gegen offene und heimliche politische Intriguen und Fallstricke, endgültig vorüber ist. Auf den sehr bescheidenen Anfang (200 km in 5 Jahren, 1899—1904!), auf das vollkommene Stocken des Bahnbaus in den Jahren 1904 bis 1909 ist ein kräftiger Aufschwung gefolgt, und obige Tabelle zeigt uns, daß allein im Jahre 1912 eine größere Kilometerzahl dem Verkehr übergeben werden konnte als in den 12 vorausgegangenen Jahren!

Wenn zwischen Karapunar und Dorak einerseits, zwischen Odjak und Radjun andererseits noch zwei Lücken vorhanden sind, so ist die Tatsache daran schuld, daß an diesen beiden Stellen zwei recht schwierige Gebirgstrecken gebaut werden müssen. Jenseits von Bulgurlu hat die Bahn den Cilicischen Taurus betreten, in dem sie, der uralten Verkehrsstraße über die Cilicische Pforte folgend, bis in eine Meereshöhe von 1465 km hinaufsteigen muß, um dann auf eine Entfernung von wenigen Dutzend Kilometern in der

Ebene von Adana wieder bis auf 24 m Meereshöhe zu fallen. Diese Strecke ist reich an Kunstbauten aller Art, an Viadukten und Tunnels und obwohl zwischen Karapunar und Dorak nur noch etwa 30 km Bahn zu bauen sind, dürfte das Jahr 1916 herankommen, bevor diese erste, heut noch vorhandene Lücke ausgefüllt sein wird. Der östliche Teil der Ebene von Adana hingegen wird vom Amanusgebirge begrenzt, das von der Bahn ebenfalls durchquert werden muß, da die Türkei aus strategischen Gründen auf die bequemere, aus mancherlei Gründen auch vorteilhaftere, aber fremden Kriegsschiffen nur allzu leicht preisgegebene Küstenführung der Linie verzichtet hat. In diesem Gebirge findet die Bahn, die hier abermals eine Meereshöhe von 874 m zu überwinden gezwungen ist, ihre zweite, vorläufige Unterbrechung. Die Schwierigkeiten sind hier freilich nicht ebenso groß wie im Taunus, doch muß ein bedeutender Tunnel durch das Gebirge gebrochen werden. Kadschou, der Anfangspunkt des dritten Bahnstücks, liegt bereits im Amanusgebirge. Von hier läuft die Bahn freilich nicht unmittelbar zum Euphrat, sondern sie macht einen nicht unbedeutenden südlichen Umweg, um Aleppo (Haleb) zu erreichen und einen bequemen Anschluß an die meist im französischen Besitz befindlichen syrischen Linien zu erlangen und durch deren Vermittlung auch an die Hedschas- oder Mekkabahn. Der Anschluß wird in der Station Muslimije erreicht. Alexandrette, das zum wichtigsten nordsyrischen Hafen ausgebaut wird, läßt die auf Mesopotamien zustrebende Bagdadbahn rechts liegen. Es könnte dies verwunderlich scheinen, wenn man sich nicht erinnerte, daß das Herantreten des Hauptschienenstranges an die Küste der strategischen Sicherung wegen vermieden werden mußte. Trotzdem wird man den wertvollen Anschluß an den Hafen von Alexandrette nicht ganz zu vermissen brauchen: eine Zweigbahn dorthin von Osmanije wird bereits gebaut. Ein zweiter Anschluß ans Mittelmeer, der durch die seit längerer Zeit bestehende kurze englische Bahn Adana—Mersina erzielt wird, ist kaum als mehr denn als ein dürftiger Notbehelf einzuschätzen, denn die Bahn selbst steht keineswegs auf der Höhe, und Mersina ist ein nichts weniger als guter und bequemer Hafen und vermag mit dem künftigen Alexandrette unmöglich zu wetteifern.

Wenn man von den beiden kurzen Lücken im Taurus- und Amanusgebirge absieht, so kann man behaupten, daß die Bagdadbahn schon heut bis an den Euphrat reicht. Der Verkehr zwischen Bagdad und dem Mittelmeer ist schon dadurch bedeutend verbessert worden. Man verläßt heut, um nach Bagdad zu kommen, das Schiff in Beirut oder im syrischen Tripolis, fährt mit der Bahn in 2 Tagen über Aleppo nach Djerablus und gelangt alsdann in 6 tägiger Fahrt im Motorschiff von dort auf dem Euphrat nach Kalaat Feludja, von wo man Bagdad in 10 stündiger Wagenfahrt zu erreichen vermag. Auf diese Weise dauert die Reise vom Mittelmeer nach Bagdad heut nur noch 8½ Tage, während bis in die jüngste Zeit die schnellste Reise noch 17 Tage beanspruchte. An einer kriegs- und kulturgeschichtlich bedeutsamen Stelle wird der Fluß künftig überschritten, nicht allzufern von der uralten Fähre von Biredjik und in nur geringer Entfernung des durch Moltke berühmt gewordenen Schlachtfeldes von Nisib, wo Mehemed Ali am 24. Juni 1839 die Türken schlug.

Der Weiterbau der Bahn quer durch das nördliche Mesopotamien wird keine größeren Schwierigkeiten mehr verursachen, und sobald nur erst die große Euphratbrücke bei Djerablus vollendet sein wird, werden weitere Eröffnungen großer Teilstrecken nicht lange auf sich warten lassen. Das

Land ist überwiegend flach, und der Bau dürfte hier um so rascher vorwärts schreiten, als auch vom entgegengesetzten Ende aus an der Linie gearbeitet wird. Die Strecke zwischen den beiden Strömen hat zwar wirtschaftlich der Bahn nur sehr wenig zu bieten, ist aber für den Durchgangsverkehr zwischen dem Mittelmeer und den Handelsstädten des Tigris unentbehrlich. Von Bedeutung dürfte in diesem Teile des Bahnbaus nur die Zugänglichmachung des etwas nördlicher im Gebirge gelegenen und voraussichtlich durch eine Zweiglinie zu erreichenden Ortes Mardin sein, der als gesündester Ort der ganzen asiatischen Türkei eine beliebte, vielbesuchte Sommerfrische darstellt. Auch soll der Bahngesellschaft soeben der Bau einer nach Armenien hineinführenden Zweigstrecke Ras-el-Ain—Diarbekr konzessioniert worden sein, ebenso wie in Kleinasien die wichtige Strecke Angora—Sivas. Der Tigris wird von der Bahn bei Mossul erreicht werden; dann wendet sie sich in scharfem Knick gen Südosten und folgt dem Laufe des Flusses bis nach Bagdad. In der Stadt Harun al Raschids wird bereits lebhaft an der Strecke gebaut; im Oktober 1912 sah das Märchenreich der Tausend und Einen Nacht die erste Arbeitslokomotive in Tätigkeit, die grenzenloses Erstaunen bei der eingeborenen Bevölkerung hervorrief.

Es ist heut so gut wie sicher, daß die Bagdadbahn spätestens im Jahr 1917 ihr vorläufiges Endziel Bagdad erreichen und ununterbrochen vom Bosphorus bis Bagdad im Betriebe sein wird.

Anders sieht es aus mit der Fortführung des Hauptstranges bis zum Persischen Golf. In der ursprünglich erteilten Konzession an die Bagdadbahngesellschaft war auch das Schlußstück jenseits von Bagdad enthalten. Es schien dies beinahe selbstverständlich, denn ohne den Ausweg zum Golf kann der hohe Wert der Bahn nicht recht zur Geltung kommen. Die Schiffbarkeit des Tigris und Euphrat ist für die Anforderungen des 20. Jahrhunderts nur als bescheiden zu bezeichnen; sie hat dereinst, im Altertum und Mittelalter, ihre Rolle mit Erfolg gespielt, sie hat auch nach dem zweimaligen Niedergang der mesopotamischen Herrlichkeit bis zur Gegenwart in Ermangelung vollwertiger Verkehrswege stets eine mäßige Bedeutung behauptet — heut aber muß eine vom Bosphorus bis Bagdad laufende Bahn unter allen Umständen, unter Verzicht auf die unzuverlässige Schiffbarkeit des Tigris, eine „eiserne Mündung“ in den Persischen Golf erhalten. Es ist dies um so notwendiger, als gerade im Süden von Bagdad, im sogenannten Irak, die Hauptarbeit der britischen Wasserbauingenieure unter Sir William Willcock's Oberleitung stattfinden soll, mit deren Hilfe die versunkene Herrlichkeit des von Natur aus so reich begünstigten, heut fast zur Wüste gewordenen Zweistromlandes zu neuem Leben erweckt werden soll. Der deutsche Plan sah ursprünglich im Süden von Bagdad im wesentlichen eine dem Euphratlauf folgende Führung der Golfbahn vor; die Engländer wünschten hingegen, daß die Bahn die hauptsächlichsten Bewässerungsgebiete durchschneidet. Selbstverständlich wird die letztere Führung in jeder Hinsicht zweckmäßiger sein, sobald die Bewässerungsarbeiten erst einmal ernstlich in Angriff genommen sind, was aber nur noch eine Frage kurzer Zeit sein kann. Da die Deutschen im Vertrage vom 21. März 1911 auf ihre Baukonzession für die Strecke Bagdad—Persischer Golf verzichtet haben, ist hier der Weg frei für neue Vereinbarungen über die zweckmäßigste Bahnlinie, und es ist durchaus nicht einzusehen, warum irgend jemand sich auf die ursprünglich in der deutschen Baukonzession vorgesehene Bahnführung versteifen sollte, wenn der englische Vorschlag sich, infolge einer Änderung des

Gesamtbildes, jetzt als der für alle Teile entschieden zweckmäßigere erweist.

Nicht in der an Bedeutung nur ganz geringfügigen und ohne weiteres auszugleichenden Differenz zwischen dem deutschen und dem englischen Projekt der vorteilhaftesten Bahnführung selbst liegen Keime neuer Schwierigkeiten und Verwicklungen, auch nicht mehr in der Frage, welche Nation die Strecke Bagdad—Golf bauen soll, sondern ausschließlich in dem Problem, an welcher Stelle die Bagdadbahn dereinst an den Persischen Meerbusen herantreten soll. Wie die Deutschen auf ihr vertragsmäßiges Recht, die Bagdadbahn bis zum Golf als deutsches Unternehmen fortzuführen, verzichtet haben, als es sich zeigte, daß ein Bestehen auf dieser Forderung schwere Konflikte mit England unvermeidlich im Gefolge gehabt hätte, so haben auch die Briten von ihren aus eigener Machtvollkommenheit aufgestellten, ursprünglichen Ansprüchen einen erklecklichen Teil fallen lassen. Einst hieß es, von Bagdad bis zum Golf werde keine andere Bahn als eine rein-britische geduldet werden, und selbst der vermittelnde Vorschlag, in diesen Landesteilen von nationalen Bahnen ganz abzusehen und eine Internationalisierung der Golfstrecke anzustreben, erschien manchen maßgeblichen Stellen in England nicht weitgehend genug und unannehmbar. Da aber England in dieser Frage ganz isoliert stand und nicht nur Deutschland, sondern auch die anderen führenden Kulturnationen im Lager der Gegner fand, da ferner vor allem die Türkei sich mit Händen und Füßen sträubte, den Engländern irgendeine wirtschaftliche Monopolstellung im südlichen Mesopotamien einzuräumen, die ohne weiteres, nach berühmten Mustern, als erstes Stadium zu einer politischen Losreißung der betreffenden Gebietsteile hätte angesprochen werden müssen, so verzichtete auch England auf die Ausführung der ganzen Südstrecke als eines rein-britischen Unternehmens und hat inzwischen einer Internationalisierung der Linie zugestimmt, so daß zum wenigsten der größte Teil der Golfbahn zwischen Bagdad und Basra im Mündungsgebiet, unter gleichmäßiger Heranziehung von englischem, deutschem und französischem Kapital und unter Führung türkischen Kapitals ziemlich zuverlässig ausgeführt werden wird. Damit wäre also fast die gesamte Bahnstrecke bis in die unmittelbare Nähe des Golfs als gesichert zu betrachten.

Aber Basra ist noch nicht der Golf selbst. Kleinere Seeschiffe können zwar durch den Schatt-el-Arab bis Basra hinauffahren; größere Fahrzeuge aber sind von der Erreichung dieser Stadt ausgeschlossen, und selbst solchen von geringerem Tiefgang ist die Zufahrt durch eine dem Mündungsgebiet vorgelagerte Barre erschwert. Das alte Basra, das stolze Balsora des Mittelalters, konnte vor nunmehr 1000 Jahren neben Konstantinopel der wichtigste Seehafen der Welt sein — den Ansprüchen, die das 20. Jahrhundert an einen erstklassigen Seehafen stellen muß, vermag der Ort auch nach ausgiebigen Regulierungsarbeiten nicht mehr zu genügen. Soll also die Bagdadbahn an einem Punkt enden, wo sie in unmittelbaren Güter-austausch mit den modernen Ozeanriesen treten kann, so muß sie notwendig über Basra hinauslaufen und wirklich an den Golf selbst herangeführt werden.

Der einzige ohne weiteres vollwertige Hafen im nördlichen Teil des Persischen Golfs ist aber Kadhima im Gebiet des Sultans von Koweit. Nach Koweit sollte deshalb die Bagdadbahn schon eigentlich von Anfang an ausmünden, und auch die deutsche Konzession für die Golfstrecke rechnete

mit dem Endpunkt im Hafen Kadhima. Auch heut noch könnte, rein technisch und wirtschaftlich betrachtet, gar keine günstigere Wahl des Endpunktes getroffen werden, als der Koweithafen. Aber ein gewichtiges Bedenken besteht dagegen, an das ursprünglich kein Mensch gedacht und das sich erst mit dem Augenblick herausgestellt hat, da die Fertigstellung der Bagdadbahn in ganzem Umfang ein sicher zu erwartendes Ereignis war: England bestritt die Zugehörigkeit Koweits und damit auch des Hafens Kadhima zum türkischen Reich!

Der Beweggrund von dem die englische Regierung bei diesem ihrem Vorgehen geleitet wird, war durchsichtig genug. Sie wollte sich einen (nebenbei bemerkt: durchaus vollwertigen) Ersatz für ihren Verzicht auf den national-britischen Charakter der Golfstrecke schaffen, indem sie wenigstens den Endhafen unter ihre ausschließliche Kontrolle nimmt. Es ist ihr zwar beim besten Willen unmöglich, das Gebiet von Koweit als einen von jeher britischen Besitz anzusprechen, nachdem sie sich bis in die letzten Jahre hinein um dieses scheinbar ziemlich wertlose Stück Erde nicht im mindesten gekümmert hat. Wenigstens aber sollte Koweit unabhängig von der Türkei sein, damit England leichtes Spiel bei der angestrebten politischen Umgestaltung dasselbst hatte. So hat man denn in London und Bombay das Vorhandensein eines bisher noch vollkommen unabhängigen arabischen Sultanats Koweit entdeckt, von dessen Existenz bisher kein geographisches Lehrbuch, kein Atlas, kein Staatshandbuch irgend etwas gewußt hat. Den historischen Tatsachen schlägt die plötzlich für zweckmäßig befundene Proklamierung eines bisher unabhängigen Staates Koweit geradezu ins Gesicht, denn wenn das Sultanat Koweit auch vor rund einem halben Jahrhundert in der Tat die Oberhoheit des türkischen Sultans noch nicht offiziell anerkannt hatte, so ist doch schon vor mehr als 40 Jahren durch den vortrefflichen türkischen Staatsmann Midhat Pascha der Herrscher von Koweit halb mit Güte halb mit Gewalt veranlaßt worden, sich unter die Botmäßigkeit der Regierung in Konstantinopel zu stellen und sogar die türkische Flagge anzunehmen, die seither ununterbrochen und unangefochten über Kadhima wehte, bis es jetzt den Engländern mit einem Male zweckmäßig erschien, eine vier Jahrzehnte alte Tatsache zu ignorieren und der Türkei das Recht zu bestreiten, über Koweit und Kadhima zu verfügen.

England hat sich aber mit der bloßen Fiktion der Unabhängigkeit Koweits durchaus nicht begnügt, sondern Maßnahmen getroffen, um seine Forderung auch in die Wirklichkeit umzusetzen. Schon im Frühjahr 1912 erschienen zwei britische Kriegsschiffe in Koweit und landeten dort Truppen, deren führender Offizier dem „unabhängigen“ Sultan einen hohen indischen Orden unter großer Feierlichkeit umhängte und nebenbei den dortigen türkischen Beamten unter der Hand mehr oder weniger freundschaftlich mitteilen ließ, daß sie in Koweit nichts zu suchen oder gar zu sagen hätten. Die in ungezählte innere und äußere Verwicklungen und Schwierigkeiten verwickelte Türkei war gegenüber einem derartigen brutalen Vorgehen natürlich vollkommen wehrlos. 1906 konnte die türkische Regierung noch einen von englischen Hintermännern angezettelten und von Indien aus offen unterstützten Aufstandsversuch des bis dahin durchaus loyal gebliebenen Sultans von Koweit mit Waffengewalt erfolgreich niederschlagen; heut ist sie dazu nicht mehr in der Lage, und diesen Umstand macht sich Albion wieder einmal zunutze und streckt seine schon von Schiller besungenen „Polypenarme“ nach einem neuen Stück Erde aus, das bisher unwichtig und verächtlich

Gesamtbildes, jetzt als der für alle Teile entschieden zweckmäßigere erweist.

Nicht in der an Bedeutung nur ganz geringfügigen und ohne weiteres auszugleichenden Differenz zwischen dem deutschen und dem englischen Projekt der vorteilhaftesten Bahnführung selbst liegen Keime neuer Schwierigkeiten und Verwicklungen, auch nicht mehr in der Frage, welche Nation die Strecke Bagdad—Golf bauen soll, sondern ausschließlich in dem Problem, an welcher Stelle die Bagdadbahn dereinst an den Persischen Meerbusen herantreten soll. Wie die Deutschen auf ihr vertragsmäßiges Recht, die Bagdadbahn bis zum Golf als deutsches Unternehmen fortzuführen, verzichtet haben, als es sich zeigte, daß ein Bestehen auf dieser Forderung schwere Konflikte mit England unvermeidlich im Gefolge gehabt hätte, so haben auch die Briten von ihren aus eigener Machtvollkommenheit aufgestellten, ursprünglichen Ansprüchen einen erklecklichen Teil fallen lassen. Einst hieß es, von Bagdad bis zum Golf werde keine andere Bahn als eine rein-britische geduldet werden, und selbst der vermittelnde Vorschlag, in diesen Landesteilen von nationalen Bahnen ganz abzusehen und eine Internationalisierung der Golfstrecke anzustreben, erschien manchen maßgeblichen Stellen in England nicht weitgehend genug und unannehmbar. Da aber England in dieser Frage ganz isoliert stand und nicht nur Deutschland, sondern auch die anderen führenden Kulturnationen im Lager der Gegner fand, da ferner vor allem die Türkei sich mit Händen und Füßen sträubte, den Engländern irgendeine wirtschaftliche Monopolstellung im südlichen Mesopotamien einzuräumen, die ohne weiteres, nach berühmten Mustern, als erstes Stadium zu einer politischen Losreißung der betreffenden Gebietsteile hätte angesprochen werden müssen, so verzichtete auch England auf die Ausführung der ganzen Südstrecke als eines rein-britischen Unternehmens und hat inzwischen einer Internationalisierung der Linie zugestimmt, so daß zum wenigsten der größte Teil der Golfbahn zwischen Bagdad und Basra im Mündungsgebiet, unter gleichmäßiger Heranziehung von englischem, deutschem und französischem Kapital und unter Führung türkischen Kapitals ziemlich zuverlässig ausgeführt werden wird. Damit wäre also fast die gesamte Bahnstrecke bis in die unmittelbare Nähe des Golfs als gesichert zu betrachten.

Aber Basra ist noch nicht der Golf selbst. Kleinere Seeschiffe können zwar durch den Schatt-el-Arab bis Basra hinauffahren; größere Fahrzeuge aber sind von der Erreichung dieser Stadt ausgeschlossen, und selbst solchen von geringerem Tiefgang ist die Zufahrt durch eine dem Mündungsgebiet vorgelagerte Barre erschwert. Das alte Basra, das stolze Balsora des Mittelalters, konnte vor nunmehr 1000 Jahren neben Konstantinopel der wichtigste Seehafen der Welt sein — den Ansprüchen, die das 20. Jahrhundert an einen erstklassigen Seehafen stellen muß, vermag der Ort auch nach ausgiebigen Regulierungsarbeiten nicht mehr zu genügen. Soll also die Bagdadbahn an einem Punkt enden, wo sie in unmittelbaren Güter-austausch mit den modernen Ozeanriesen treten kann, so muß sie notwendig über Basra hinauslaufen und wirklich an den Golf selbst herangeführt werden.

Der einzige ohne weiteres vollwertige Hafen im nördlichen Teil des Persischen Golfs ist aber Kadhima im Gebiet des Sultans von Koweit. Nach Koweit sollte deshalb die Bagdadbahn schon eigentlich von Anfang an ausmünden, und auch die deutsche Konzession für die Golfstrecke rechnete

mit dem Endpunkt im Hafen Kadhima. Auch heut noch könnte, rein technisch und wirtschaftlich betrachtet, gar keine günstigere Wahl des Endpunktes getroffen werden, als der Koweithafen. Aber ein gewichtiges Bedenken besteht dagegen, an das ursprünglich kein Mensch gedacht und das sich erst mit dem Augenblick herausgestellt hat, da die Fertigstellung der Bagdadbahn in ganzem Umfang ein sicher zu erwartendes Ereignis war: England bestritt die Zugehörigkeit Koweits und damit auch des Hafens Kadhima zum türkischen Reich!

Der Beweggrund von dem die englische Regierung bei diesem ihrem Vorgehen geleitet wird, war durchsichtig genug. Sie wollte sich einen (nebenbei bemerkt: durchaus vollwertigen) Ersatz für ihren Verzicht auf den national-britischen Charakter der Golfstrecke schaffen, indem sie wenigstens den Endhafen unter ihre ausschließliche Kontrolle nimmt. Es ist ihr zwar beim besten Willen unmöglich, das Gebiet von Koweit als einen von jeher britischen Besitz anzusprechen, nachdem sie sich bis in die letzten Jahre hinein um dieses scheinbar ziemlich wertlose Stück Erde nicht im mindesten gekümmert hat. Wenigstens aber sollte Koweit unabhängig von der Türkei sein, damit England leichtes Spiel bei der angestrebten politischen Umgestaltung dasselbst hatte. So hat man denn in London und Bombay das Vorhandensein eines bisher noch vollkommen unabhängigen arabischen Sultanats Koweit entdeckt, von dessen Existenz bisher kein geographisches Lehrbuch, kein Atlas, kein Staatshandbuch irgend etwas gewußt hat. Den historischen Tatsachen schlägt die plötzlich für zweckmäßig befundene Proklamierung eines bisher unabhängigen Staates Koweit geradezu ins Gesicht, denn wenn das Sultanat Koweit auch vor rund einem halben Jahrhundert in der Tat die Oberhoheit des türkischen Sultans noch nicht offiziell anerkannt hatte, so ist doch schon vor mehr als 40 Jahren durch den vortrefflichen türkischen Staatsmann Midhat Pascha der Herrscher von Koweit halb mit Güte halb mit Gewalt veranlaßt worden, sich unter die Botmäßigkeit der Regierung in Konstantinopel zu stellen und sogar die türkische Flagge anzunehmen, die seither ununterbrochen und unangefochten über Kadhima wehte, bis es jetzt den Engländern mit einem Male zweckmäßig erschien, eine vier Jahrzehnte alte Tatsache zu ignorieren und der Türkei das Recht zu bestreiten, über Koweit und Kadhima zu verfügen.

England hat sich aber mit der bloßen Fiktion der Unabhängigkeit Koweits durchaus nicht begnügt, sondern Maßnahmen getroffen, um seine Forderung auch in die Wirklichkeit umzusetzen. Schon im Frühjahr 1912 erschienen zwei britische Kriegsschiffe in Koweit und landeten dort Truppen, deren führender Offizier dem „unabhängigen“ Sultan einen hohen indischen Orden unter großer Feierlichkeit umhängte und nebenbei den dortigen türkischen Beamten unter der Hand mehr oder weniger freundschaftlich mitteilen ließ, daß sie in Koweit nichts zu suchen oder gar zu sagen hätten. Die in ungezählte innere und äußere Verwicklungen und Schwierigkeiten verwickelte Türkei war gegenüber einem derartigen brutalen Vorgehen natürlich vollkommen wehrlos. 1906 konnte die türkische Regierung noch einen von englischen Hintermännern angezettelten und von Indien aus offen unterstützten Aufstandsversuch des bis dahin durchaus loyal gebliebenen Sultans von Koweit mit Waffengewalt erfolgreich niederschlagen; heut ist sie dazu nicht mehr in der Lage, und diesen Umstand macht sich Albion wieder einmal zunutze und streckt seine schon von Schiller besungenen „Polypenarme“ nach einem neuen Stück Erde aus, das bisher unwichtig und verächtlich

schien und das nun plötzlich durch die nach dem Golf vorschreitende Bagdadbahn einen ungeahnten Wert zu erhalten sich anschickt *).

Was es mit der Proklamierung der „Unabhängigkeit“ von Koweit für eine Bewandnis hat, darüber konnte sich kein Einsichtiger von vornherein dem leisesten Zweifel hingeben, und der nächste Schritt, der auf den entscheidenden ersten wie eine Naturnotwendigkeit folgen muß, ist inzwischen erfolgt: das türkisch-englische Koweit-Abkommen vom Mai 1913 hat nicht nur Koweit, sondern die ganze türkische Golfküste und anscheinend oben drein auch noch Arabien in dieselbe Zwitterstellung wie Ägypten gebracht und hat außerdem den Engländern den Bau der Bahn Koweit-Basra und den Ausbau des Hafens Basra zugesichert. Dann ist die Welt wieder um eine englische Kolonie reicher und — der beste Endpunkt für die kommende Bagdadbahn endgültig in englischer Hand.

Sowohl in der Türkei wie in Deutschland hatte man sich mit diesem unvermeidlich scheinenden Gang der Dinge schon 1912 einigermaßen vertraut gemacht und trug ihm Rechnung, indem man erwog, ob man nicht zur Not auch mit einem anderen Endpunkt der Bagdadbahn am Persischen Golf würde auskommen können. Insbesondere war vorgeschlagen worden, den Khor Abdallah als Endpunkt in Aussicht zu nehmen, eine der Flußmündung benachbarte und teilweise durch Sinkstoffe geschützte natürliche Meeresbucht, die sich zwar mit Kadhima in keiner Hinsicht messen kann, die aber trotzdem mit verhältnismäßig geringer künstlicher Nachhilfe zu einem recht brauchbaren und genügend tiefen Seehafen ausgestaltet werden könnte. Der Plan hatte manches für sich; nur scheiterte er leider auch daran, daß alsbald nach seiner Bekanntgabe durch England erklärt wurde, nach seiner Auffassung gehöre der größte Teil des Khor Abdallah ebenfalls zu dem „unabhängigen“ Sultanat Koweit. Auch dem naheliegenden Gedanken, die Bagdadbahn nicht in einem der türkischen Häfen am Persischen Golf enden zu lassen sondern im persischen Hafen Mohammera, ist England zuvorgekommen, indem sich kürzlich ein britisches Syndikat von der persischen Regierung eine Konzession für eine Bahn Mohammera—Chorremabad hat konzessionieren lassen. Diese Festlegung englischen Kapitals in Mohammera ist nach früheren Erfahrungen als ziemlich gleichwertig mit einer politischen Annexionierung des Hafens zu betrachten. Der Persische Golf ist heut de facto nichts mehr und nichts weniger als ein britisches Meer. 1906 konnte noch ein deutsches Kriegsschiff den Persischen Meerbusen aufsuchen; heut wäre es rundweg ausgeschlossen, daß ein nicht-britisches Kriegsschiff ohne Englands ausdrückliche Erlaubnis sich in diesen Meeren sehen läßt, wenn es nicht einen feindlichen Akt heraufbeschwören will!

Wie die Dinge nunmehr liegen, muß die Türkei also in den sauren Apfel beißen, die Bagdadbahn dereinst in dem bis fortan britischen Koweithafen enden zu lassen. Noch ist die Frage des schließlichen Endpunktes am Golf zwar nicht geradezu akut, aber entschieden ist sie schon heut: England hat in dem 12 Jahre alten Bagdadbahn-Schachspiel den deutsch-türkischen Gegner im vollen Umfang mattgesetzt: der Persische Meerbusen ist fortan ein britisches Meer, und wie alle Hochstraßen des heutigen Weltverkehrs außer dem Panamakanal steht auch die künftige Bagdadbahn unter britischer Oberkontrolle!

*) Nähere hochinteressante Einzelheiten über diese britischen Fischzüge im Trüben, hat Dr. Rohrbach in einem Aufsatz: „Das Südstück der Bagdadbahn“ im letzten Juliheft der Monatsschrift „Weltverkehr und Weltwirtschaft“ der Öffentlichkeit bekannt gemacht.



LANDRICHTER DR. ERNST SONTAG, BERLIN: DIE BUCKETSHOPS IN DEUTSCHLAND.

EIN neuer internationaler Verbrechertypus ist der „Bucketshop“. An amerikanischen Weizenbörsen gewachsen, ist er von dort nach England importiert und hat sich von da aus gleicherweise nach Frankreich, Deutschland und anderen Kulturstaaen des Festlandes verpflanzt. Er ist auch in der Weise international, daß, als z. B. dem „Pariser Börsen-Herold“, einem der gefährlichsten Animierblättchen der Bucketshops, das Erscheinen untersagt worden war, sich in London ein Blatt unter einem anderen Namen aufat, welches so wörtlich dieselben Wendungen wie der Pariser „Börsen-Herold“ gebrauchte, daß der Schluß berechtigt ist, die Redaktion sei einfach von Paris nach London verlegt worden.

Die Bucketshops in Deutschland treten hier nur als Bankiers auf, welche das Effektengeschäft betreiben und daneben Ölgruben in Galizien und Rumänien finanzieren, während sie in Amerika z. B. vielfach auch als Händler und Spekulanten an der Getreidebörse erscheinen. Der deutsche Bucketshop macht seinen Laden selbstverständlich nur an einem größeren Börsenplatze auf. Wir finden deshalb diese Schwindelbankiers nur in Berlin, Hamburg, Köln, München, Dresden. Er hat zwar meist ein ganz kleines Betriebskapital, legt aber Wert darauf, mit eleganter Aufmachung, einem Laden in der Gegend, in welcher sich die besseren Bankgeschäfte befinden, guter Inneneinrichtung, zahlreichem Personal, Briefbogen mit mehreren Abteilungen, mehreren Telephonanschlüssen, besonderem Börsenanschluß u. dgl. das Publikum zu blenden. Dann engagiert er eine Anzahl Reisende, welche womöglich ganz Deutschland, am liebsten aber die kleineren und abgelegeneren Orte, in denen die Leute noch argloser und leichter zu bereden sind, bereisen. Er gibt, wenn er es sich irgend leisten kann, eine eigene Zeitschrift heraus, in der er börsenwirtschaftliche Aufsätze aus unseren größeren Handelszeitungen mit mehr oder minder erheblichen Änderungen abschreibt, im Briefkasten Anfragen über die Aussichten einzelner Wertpapiere und Danksagungen an seine Firma für gute Beratung veröffentlicht und am Schluß die Prämienofferten seiner Firma für einzelne Spekulationspapiere abdruckt. Diese Zeitschrift wird nun an alle möglichen Leute versandt, deren Adresse ihm aus der Adressenliste irgendeines anderen Bucketshop (es besteht ein Austausch und schwunghafter Handel der Adressenlisten) oder sonstwie bekannt geworden ist. Häufig gerät er aber an den Unrechten und muß sich, wie die beschlagnahmten Briefschaften manches Bucketshop ergeben haben, grobe Briefe gefallen lassen, in denen sich die mit Zusendungen allzuoft Bedachten die weitere Belästigung durch solche Zusendungen verbitten. Neben der Zeitung verschickt er noch besondere Berichte, in denen ein angeblich nur ihm bekanntes in irgend einem Industrieunternehmen bevorstehendes Ereignis vertraulich den Kunden oder denen, die es werden sollen, mitgeteilt wird, und sie zum Kauf in den Papieren des betreffenden Unternehmens aufgefordert werden. So hat ein Bucketshop die Nachricht von der Verstaatlichung der Lübeck-Büchener-Eisenbahn, ein anderer von der Ersetzung Ballins in der Leitung der Hamburg-Amerika-Linie durch Exzellenz Dernburg unter seiner Kundschaft verbreitet und daran anknüpfend eine enorme Hausse in den betreffenden Papieren prophezeit.

Auf alle diese Aufforderungen, besonders wenn sie in rascher Folge wochen- und monatelang nacheinander kamen, wenn zum Schluß dringliche Depeschen mit bezahlter Rückantwort sich folgten, die dem Empfänger nur wenige Stunden Zeit zur Überlegung ließen, sind zahlreiche solide Sparer in Deutschland, die sich sonst von Spekulationsgeschäften ferngehalten haben, hereingefallen und haben sich zum Kauf der empfohlenen Papiere entschlossen.

Der Bucketshop empfiehlt nun nicht den Kauf fester Stücke, bei welchen er nur die Tradition lukrieren und bei der Anschaffung womöglich schon für einen großen Prozentsatz der Kaufordre aus eigenen Mitteln in Vorschuß geben müßte, sondern er empfiehlt fast durchgängig **Vorprämien-geschäfte**. Dies hat verschiedene Vorteile für ihn.

Einmal besteht das Wesen des Vorprämiengeschäftes darin, daß der Käufer der Vorprämie ein Wahlrecht erwirbt, ob er am Stichtage Lieferung der gekauften Stücke fordern oder vom Vertrage zurücktreten will. Letztere Möglichkeit wählt er natürlich, wenn die Kurse gesunken sind, so daß er bei dem Geschäfte verlieren würde. Tritt er alsdann zurück, so besteht sein Verlust einzig in dem Betrage der Prämie, die er, wie der Kunstausschuss lautet, abandonniert. Die Prämie beläuft sich in der Regel auf 2—3 % des Nominalwertes der gekauften Papiere, übersteigt also meist nicht wenige tausend Mark. Das Risiko des Spekulanten beim Vorprämiengeschäft ist also ein begrenztes. Darauf weist der Bucketshop die Kunden hin und macht dadurch gerade vorsichtige Leute, welche noch eine instinktive Angst vor dem Spekulieren haben, sicher. Er verschweigt dabei freilich, daß dem geminderten Risiko auch eine geminderte Gewinnchance entspricht; (denn da der Prämienbetrag unter allen Umständen an den Bankier zu entrichten ist, so beginnt der Gewinn des Kunden beim Prämiengeschäft immer erst dann, wenn der Kurs den Einkaufskurs des Kunden plus Prämie überschritten hat.

Der solide Bankier macht nun, wenn er (was nur ausnahmsweise geschieht) ein Vorprämiengeschäft abgeschlossen hat, ein Deckungsgeschäft, indem er, da mit der Vorprämie *à la hausse* spekuliert ist, an der Börse ein entsprechendes Geschäft *à la baisse* abschließt, oder falls sich dies nicht so einrichten läßt, wenigstens die Hälfte *à la baisse* kontrahiert und zur anderen Hälfte eine Stellage nimmt. Er kann bei den starken Kursschwankungen, die er in den beliebten Spekulationspapieren gewärtigen muß, es nicht riskieren, den eventuell dem Kunden zufallenden Gewinn aus eigener Tasche zu zahlen, sondern muß sehen, ihn aus der Tasche seines anderen Gegenkontrahenten zu begleichen. Solche Deckungsgeschäfte — und das ist das Hauptcharakteristikum des Bucketshop — unterläßt dieser. Das bedeutet, daß er die vielen zehn- ja bisweilen hunderttausende Mark an Prämien, die er einnimmt, ohne Abzüge für seinen Geschäftsbetrieb und seinen Privatverbrauch benutzen kann, daß sein (freilich unlauterer) Gewinn in den ganzen Prämien besteht, während der reelle Bankier als Gewinn nur die vielleicht ebenso viele hundert Mark betragenden Provisionen buchen kann. Es ist einzelnen Bucketshops nachgewiesen worden, daß sie bis $\frac{1}{2}$ Million Mark in einem halben Jahre vereinnahmt haben.

Kommen nun die Stichtage der Prämiengeschäfte, dann müßte man denken, würde die Situation für den Bucketshop, der ja doch die Millionen nicht besitzt, um eventuelle Gewinne auszuzahlen, kritisch. Dem ist jedoch nicht so, wenigstens nicht für die erste Zeit seines Betriebes, manchmal sogar auf einige Jahre hinaus nicht. Sind die Kurse bis zum Stichtage ge-

fallen, so abandonniert der Kunde die Prämie, es ist alsdann kein Gewinn aus-zuzahlen, und er erfährt deshalb auch nie, daß der Animierbankier nicht in der Lage gewesen wäre, einen solchen auszuzahlen. Steigt aber der Kurs, dann weiß der Bucketshop sich auch Rat. Er veranlaßt entweder den Kunden, das Geschäft zu prolongieren, und zwar möglichst auf 3 oder 4 Monate hinaus (bis dahin können die Kurse ja gefallen sein und es liegt wieder die günstige Eventualität für ihn vor) oder er verleitet den Kunden zu weiteren Spekulationen und nimmt den buchmäßigen Gewinn als Vorschuß auf die neuen Geschäfte. In diesem Falle haben die Bucketshops es verstanden, kleine Leute, deren ganzes Vermögen vielleicht in 5000—10000 Mark bestand, in 10, 12 Engagements über 30 000—60 000 Mark zu verwickeln, so daß nicht etwa nur ein Gewinn aus den ersten Geschäften völlig verbraucht, sondern der letzte Sparpfennig diesen Kunden herausgezogen wurde. Bleibt ein Kunde aber trotz aller Bemühungen des Buckethops im Gewinn und verlangt Lösung seines Engagements, so hilft sich der Bucketshop noch damit, daß er dessen Ordre mißverstanden oder bereits vor ihrem Eingange das Geschäft prolongiert habe und was dergleichen Ausflüchte mehr sind. Im Notfalle läßt er es auf einen Prozeß ankommen und erhebt dann noch in diesem den Differenzeinwand.

Erst im Jahre 1912 hat die Berliner Strafjustiz gegen dieses Treiben Front gemacht und hat zwei Bucketshops, einen jeden zu 5 Jahren Gefängnis, 3000 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust wegen Betruges und Vergehens gegen § 94 des Börsengesetzes, und einen weiteren Bucketshop wegen dergleichen Delikte zu 3 Jahren Gefängnis und Ehrverlust verurteilt. Die Aburteilung einiger weiterer Winkelbankiers steht bevor.

Bestätigt, wie zu erwarten ist, das Reichsgericht diese Urteile, so werden die Bucketshops in kurzem aus Deutschland verschwinden, und es wird der in der Kriminalistik immerhin seltene Erfolg erreicht sein, eine ganze Verbrecherzunft völlig ausgerottet zu haben.



SOZIALE ENTWICKLUNG.

J. L. BERTON, MITGLIED DER FRANZÖSISCHEN DEPUTIERTENKAMMER, PRÄSIDENT DER KOMMISSION FÜR SOZIALVERSICHERUNG (PARIS):
DIE FRAGE DER ENTVÖLKERUNG.



FRANKREICHS „Entvölkerung“ geht ausschließlich auf ein Sinken der Geburtenziffer zurück; sie kann nicht mehr durch bloße Herabminderung der Sterblichkeit (durch die Hygiene) paralysiert werden. Während die Zahl der Geburten im Jahre 1872 sich noch auf 966 000 belief, erreichte sie 1902 nur mehr 845 000 und blieb 1911 gar bei 742 000 stehen.

Überhaupt nehmen wir in bezug auf Natalität unter allen Nationen den letzten Platz ein. So geschah es, daß in der Periode von 1900 bis 1909 die mittlere Geburtsziffer auf 10 000 Einwohner sich in Frankreich nur auf 207 belief, während sie in England 275, in Italien 325, in Deutschland 335, in Spanien 341, in Österreich 350 und in Rußland 486 betrug.

Auch hat viermal schon, in den Jahren 1895, 1900, 1907 und 1911, die Zahl der Todesfälle bei uns die der Geburten überstiegen, und dreimal: 1907, 1909 und 1911 war die Volkszahl der Franzosen eine geringere als im vorhergehenden Jahre.

Durch die verminderte Fortpflanzung ist der Prozentsatz der Greise in Frankreich ein auffallend großer: 127 von 1000 Einwohnern sind über 60 Jahre alt; in Deutschland sind es nur 78, in England 74 und in Rußland 70.

Wenn dies so fortgeht, würden nach sechs Generationen aus den 39 Millionen Franzosen 10 Millionen werden, und wo jetzt schon die Mehrzahl unseres Volkes aus Männern und Frauen von über 40 Jahren besteht, würde es mit der Zeit ganz ins Greisenhafte übergehen. Wir können noch heute wie gestern und morgen wie heute im Kriegsfall ungefähr die gleiche Anzahl Leute ins Feld stellen, aber es wären nicht mehr Männer des gleichen Lebensalters: waren es gestern die Glieder der aktiven Armee, sind es heute zum großen Teil schon nur mehr Reservisten, und morgen werden es die kleinen Landgutsbesitzer sein, zu denen alle unsere sparsamen Bürger an ihrem Lebensabend werden.

Ein halbes Jahrhundert hat genügt, um die Franzosen von der Spitze der großen Völker, was Volkszahl anlangt, an ihren letzten Posten zu stellen.

Wird zu diesen schwerwiegenden Tatsachen nicht ein wirksames Gegenmittel gefunden, so erwartet ein gleiches Schicksal die große französische Nation, wie es — wenn auch aus andern Gründen — die Türkei ereilt hat: sie muß von der Erdkarte verschwinden.

Was nun tut der französische Staat, um die Hauptursache der Entvölkerung, den Geburtenmangel, zu beheben? Es sind viele Vorschläge gemacht worden, sei es auf Geburtsprämien, sei es auf indirekte Vorteile, Gehaltszulagen, Sparkasseinlagen, Steuernachlässe, Reservierung öffentlicher Ämter für die Häupter zahlreicher Familien.

Besonders fortgeschritten sind die Verhandlungen wegen Errichtung einer Geburtsprämie; sie ist im Prinzip von der Kammerkommission für soziale Versicherung bereits angenommen. Diese Prämie bestünde beim vierten Kinde in einem Geldgeschenk von 500 Franken, das zur einen Hälfte bei der Geburt, zur andern nach einem Jahre — wenn das Kind noch lebt — zu erfolgen hätte. Oder aber die Summe könnte auf Wunsch der Mutter ungeteilt oder teilweise an die nationale Versicherungskasse ausgezahlt werden. Die Anlage wäre eine derartige, daß eine Frau, die z. B. acht Kinder gehabt hätte, dadurch zum Genuß einer Jahresrente von über 1000 Franken berechtigt wäre. Diese letztere Kombination wäre der natürliche Ausbau des Arbeiterversicherungsgesetzes, indem letzteres in Frankreich — höchst bezeichnenderweise — den Fall einer zahlreichen Familie, der die Arbeiterfrau sich widmen müsse, gar nicht vorsieht.

Diese Prämie würde — angenommen, daß dem französischen Staate 80 000 Einwohner pro Jahr mehr geschenkt würden, ihn jährlich 126 Millionen kosten. Doch wird mit Recht darauf hingewiesen, daß derselbe Staat jährlich ebenfalls recht hohe Prämien für Pferdezucht und andere Zwecke zahlt und

daher nicht zurückscheuen darf, wo es gilt, den Lebensnerv selbst zu erhalten. Es ward ferner vorgeschlagen, die Kosten durch eine neue Steuer hereinzubringen, die aber nur auf Unverheiratete und solche Eheleute, Witwer oder Geschiedene, die kein oder nur ein Kind gehabt haben, Anwendung finden sollte. Diese Steuer trüge keineswegs den Charakter einer Strafe, aber sie wäre die gerechte Zubeße zur allgemeinen Belastung im allgemeinen Interesse.

Nach einem andern, ebenfalls sehr aussichtsreichen Vorschlag soll jeder bedürftige französische Familienvater, dem die Erziehung von mehr denn drei Kindern obliegt, eine jährliche Zulage vom Staate von 60 Fr. für jedes Kind, beim vierten angefangen, das unter 13 Jahre alt ist, erhalten. Für Witwen soll die Vergünstigung schon beim dritten Kinde beginnen. Man will eben einen bescheidenen Anfang machen, um sukzessive zu noch bedeutenderen Unterstützungen überzugehen.

Um hierbei auch das *Lehrlingswesen* zu fördern, wird ein Vorschlag verhandelt, nach welchem Kinder zwischen 13 und 16 Jahren, für die ein geschriebener Lehrlingsvertrag unter den gesetzlichen Bedingungen ausgestellt worden wäre, ebenfalls der Vergünstigung erst 13 jähriger Kinder teilhaftig würden.

Weiter soll eine 50 prozentige Erhöhung der obengenannten Unterstützung solchen Familienvätern zukommen, die nachweislich zumindest schon 5 Jahre lang einem gesetzlich anerkannten wechselseitigen Unterstützungsverein angehören.

Die Befürworter dieses letzteren Vorschlags, Abgeordnete Chéron und Le Cherpy, gingen zuerst sogar noch weiter und wollten die „Vergünstigung“ nur den Mitgliedern wechselseitiger Unterstützungsvereine zuwenden. Sie führten aus, daß zuerst jene Familien mit den größten Chancen körperlicher und geistiger Tüchtigkeit gefördert werden müßten; die Zugehörigkeit zu einem wechselseitigen Unterstützungsverein nun spreche für die gesunde moralische Gesinnung des Familienoberhauptes, gebe zugleich aber auch physische Garantien, indem ein guter Gesundheitszustand ja Vorbedingung zur Aufnahme in den Verein bilde. Doch konnte sich die Kommission nicht zu einer solchen Härte gegen die *Ärmsten* entschließen, die jeder Hilfe verlustig gehen sollten, weil etwa der Familienvater durch Krankheit von jeder andern Versicherung ausgeschlossen sei. Die Kommission zog vor, die Unterstützung an Versicherte einfach zu erhöhen.

Dieses neue Gesetz wird den Staat, die Departements und Gemeinden 40 500 000 Fr. kosten, wovon 21 500 000 zu Lasten des Staates. Wieder soll ein Ausweg gefunden werden durch Erhöhung der Erbschaftsteuer für Familien mit weniger als drei Kindern.

Wir können noch von vielen andern Versuchen berichten, die die Kammer in Aussicht nahm mit dem Endziel der Entvölkerungsbekämpfung: so schlug Abg. Coutant vor, eine „Unterstützungskasse für kinderreiche und bedürftige Familien“ zu gründen, die alimentiert würde durch die Notlage, die entsteht durch Vorausbezahlenmüssen von Kautionen, Wohnungsmieten und Pachten, hinterlegbar bei der Depositen- und Konsignationskasse.

Ein anderer Entwurf sieht für jede Frau, die mehr als zwei Kinder zur Welt gebracht hat, eine Pension vor, und zwar soll eine Taxe von 5 Fr. bzw. 10% der persönlichen und mobiliaren Steuerquote, welche Taxe von allen über 30 Jahre alten kinderlosen Personen zu zahlen wäre, diese Pensionen ermöglichen.

Noch ein Entwurf endlich setzt jeder bedürftigen Familie vom dritten Kinde an, das unter 13 Jahre alt ist, eine monatliche Unterstützung von je 10 Fr. aus. Die Hilfsquellen fände der Staat in einer progressiven Steuer, deren Ausmaß alljährlich durch Gesetz zu bestimmen wäre und die alle Franzosen über 30 Jahre und kinderlos oder mit nur einem Kind und — deren personale — mobilière Quote sich über 15 Fr. erhöbe — treffen sollte.

Man weiß, daß bis jetzt dreiviertel der Staatsressourcen von den indirekten Steuern kommen, die vor allem — in Frankreich wie anderswo — die vielköpfigen Familien treffen. Und dieser fürchterlichen fiskalischen Ungerechtigkeit muß abgeholfen werden, vor allem natürlich da, wo das Problem der Weiterzuchtung der Rasse ein so unabweisliches geworden ist, wie in Frankreich.

Aber auch der größte Nachlaß von Steuern bei der Geburt eines jeden Kindes kann noch nicht die zahllosen Kostenzunahmen ausgleichen, die der Familie durch den neuen Ankömmling erwachsen, und so ist nichts legitimer, als auch neue budgetäre Hilfsquellen dem Staate zu ihrer Unterstützung zu erschließen.

Nicht bloß die Wehrkraft des Landes hängt von einer rationellen Bevölkerungsbewahrung ab, sondern auch sein finanzieller Wohlstand. Bringt doch jeder neue Bürger auch wieder seine eigene Steuer ein. Sehr richtig bemerkte Finanzminister Klotz, daß diese fiskalische Seite der Frage noch zu wenig beleuchtet worden sei und daß sich der mangelhafte Erfolg der „alten Kommission“, wie sie Waldeck-Rousseau im Jahre 1902 eingesetzt hatte, daher schreibe.

Schon schwebte seit genanntem Jahre die Frage, die uns noch heute beschäftigt, im Parlamente, und noch sind keine endgültigen Entschlüsse gefaßt und gingen zehn kostbare Jahre für die Hintanhaltung des Übels, das uns bedroht, verloren.

Der neue Finanzminister, M. Klotz, versichert uns nun, daß in höchstens neun Monaten die langgehegte und notwendige Reform Realität erlangen werde. Man kann der jetzigen Kommission allerdings den Vorwurf machen, daß sie allzu zahlreich sei, was den raschen Fortgang der Arbeit nicht fördert. Andererseits aber ist ihre Organisation praktisch und rationell. Ihre zahlreichen Mitglieder sind in der Tat in fünf Subkommissionen eingeteilt, von denen jede einen Zweig des vielgestaltigen Problems zu untersuchen hat.

Eine fiskalische Subkommission ist insbesondere damit betraut, die verschiedenen finanziellen und fiskalischen Maßnahmen zu untersuchen, die die Fortpflanzung der Rasse ermutigen und zahlreiche Familien unterstützen können. Alle die besprochenen Prämien, Steuerentlastungen usw. fallen in ihre Kompetenz.

Eine Subkommission befaßt sich mit den Maßnahmen für Schutz schwangerer Frauen und unmündiger Kinder, wie auch aller einschlägigen Hygienefragen (Volkswohnungen, Alkohol- und Tuberkulosebekämpfung usw.).

Eine administrativ-juridische Subkommission muß sich dem Studium der Unterdrückungsmöglichkeiten neumalthusianistischer Propaganda widmen, die schwerere Ahndung von Abortus und Kindesmord wie auch gesetzliche Erleichterungen für Einbürgerung und Verehelichung vorbereiten und Vorteile statuieren, die an Beamte mit Familie zu gewähren sind.

Eine militärische Subkommission endlich beschäftigt sich mit den Rück-

wirkungen der Entvölkerung auf die Zusammensetzung der Armee und hat aus den vorhandenen Möglichkeiten Mittel zur Bestreitung der Wehrmacht aufzusuchen.

Die fünfte und letzte Subkommission, genannt Zentralkommission und zusammengesetzt aus den Verwaltungsmitgliedern der vier andern Subkommissionen, hat von deren Berichten Auszüge herzustellen und diese zu einem Generalrapport zusammenzufassen. Ihr überbleibt die Beschlußfassung über die zu wählenden Wege und über die finanziellen Lösungen der Frage.

Schon geht die Arbeit in den verschiedenen Subkommissionen emsig vonstatten.

Blieben wir untätig und sähen dem Laufe der Zeiten lethargisch zu, so würde die französische Rasse in einigen Jahrhunderten nur mehr eine ferne Erinnerung bilden; allmählich würde sie erlöschen, von fremden Einwanderern erstickt . . . Oder, was noch viel wahrscheinlicher wäre: ihre Feinde würden sie vernichten, sobald sie genügend schwach geworden wäre, um keine Furcht mehr einzuflößen, siech und unfähig, weiter ein unendlich fruchtbares und reiches Land zu verteidigen.



MARGARETHE VON GOTTBURG, STUTTGART: ERWERBSARBEIT DER SCHULKINDER IN DÄNEMARK.



S ist bisher keinem Staate gelungen, die Erwerbsarbeit der schulpflichtigen Kinder aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten, trotzdem man schon längst erkannte, daß die Kinderjahre ausschließlich der Ausbildung und körperlichen Kräftigung gehören sollten. Unternehmer wie Eltern setzen den Bestrebungen zur gesetzlichen Beschränkung der Kinderarbeit gleichermaßen Widerstand entgegen. Der Unternehmer behauptet ohne diese billigen Arbeitskräfte seinen Betrieb nicht aufrechterhalten zu können, den Eltern ist der Lohn der Kinder ein willkommener Zuschuß zur Wirtschaftskasse. Wenn die Einschränkung der Kinderarbeit trotzdem mehr und mehr gelingt, so muß das eigentliche Streben doch dahin gehen, ihre gänzliche Ausrottung herbeizuführen. Deshalb besitzt jede neue Erhebung über dieses Gebiet Allgemeininteresse; denn neues Material gibt auch neue Anregungen oder veranlaßt weitere Erhebungen und Abstellung der sich ergebenden Schäden.

Die Neuordnung des Fabrikgesetzes ist in Dänemark die Veranlassung zu Erhebungen über entlohnte Arbeit der Schulkinder geworden. Durch Fragebogen über das Geschlecht, Alter, Lebensstellung der Eltern, Familienstand des Ernährers, Art der Arbeit des Kindes und Arbeitszeit, ob im Hause oder außerhalb und etwa an Sonntagen und wie lange im Jahr gearbeitet wird, weiter über Vergütung, Kost, Wohnung, Bekleidung, Trinkgeldeinnahmen ist man zu folgenden Ergebnissen gelangt:

Es wurden 370 440 Schulkinder, und zwar 187 170 Knaben und 183 270 Mädchen, erfaßt. Von diesen 370 440 Kindern verrichteten 259 531 keine Erwerbsarbeit, 45 512 arbeiteten für ihre Eltern oder Ernährer, während 65 397 für Fremde Arbeit verrichteten. Es waren also $\frac{3}{10}$ der Volksschul-

kinder gewerblich beschäftigt; von diesen wieder arbeiteten $\frac{2}{3}$ für ihre Eltern und $\frac{1}{3}$ für Fremde. Knaben arbeiteten fast doppelt so viel für Fremde als Mädchen, nämlich 23,2 v. H. gegen 12,0 v. H.

Die Zahl der für die Eltern arbeitenden Knaben und Mädchen ist in den Haupt- und Provinzstädten verhältnismäßig gering mit 1 v. H., eine erhebliche Rolle spielt sie dagegen in den Landdistrikten mit 19,5 bzw. 17,1 v. H., wo die Kinder den Eltern in der Landwirtschaft helfen. Für Fremde arbeiten desgleichen die meisten Knaben mit 27 428 und Mädchen mit 12 607 in den Landdistrikten.

Das Verhältnis der für Fremde oder Eltern arbeitenden Kinder in den einzelnen Altersklassen ist außerordentlich verschieden, wie folgende Tabelle zeigt:

Alter in Jahren	v. H. sämtlicher	
	Knaben	Mädchen
	arbeiteten	
6	1,5	1,3
7	5,1	4,0
8	17,7	7,5
9	21,7	13,6
10	37,8	28,6
11	53,4	32,7
12	66,7	42,6
13	71,0	47,4
14	62,9	42,7

Mit 8 Jahren ist der Prozentsatz schon ziemlich hoch, am erheblichsten jedoch in der 12. und 13. Altersklasse.

Man hat die in Frage kommenden Schulkinder nach Art des Arbeitsverhältnisses in drei Gruppen eingeteilt:

a) Kinder, die sowohl Kost wie Wohnung beim Arbeitgeber erhalten. Diese Art des Arbeitsverhältnisses ist fast nur in den Landdistrikten zu finden (fast die Hälfte aller erwerbenden Schulkinder).

b) Kinder, die im Hause der Eltern wohnen, aber auf Arbeit gehen.

c) Kinder, die im Hause der Eltern für Fremde arbeiten. Diese Gruppe ist im Gegensatz zur erstgenannten ganz wenig vertreten und fast nur in den Landdistrikten. Es handelt sich insgesamt um 70 Knaben und 75 Mädchen.

Die Art der Arbeit ist sehr verschieden. Für Knaben gilt, daß in den Hauptstädten 74,9 % Botengänge und andere Botendienste zu verrichten haben, außerdem kommt noch mit 10,6 % die Arbeit in Werkstätten und Fabriken und dergleichen sowie mit 8,3 % die Arbeit bei der Milchversorgung in Betracht. Die Provinzstädte weisen nahezu die gleiche Verteilung auf. In den Landdistrikten werden dagegen 63,0 % der Knaben mit Viehhüten beschäftigt, 21,3 % mit gewöhnlicher Landarbeit, 8,0 % mit anderer Land- und Gartenarbeit. In bezug auf die Mädchen verteilt sich die Beschäftigung in den Hauptstädten mit 39,3 % auf Hausarbeit, mit 36,1 % auf Botengänge, mit 11,2 % auf das Warten von Kindern, mit 10,6 % auf Arbeit in Werkstätten und Fabriken, in den Provinzstädten mit 53,9 % auf Botengänge, mit 28,3 % auf Hausarbeit, mit 11,2 % auf das Warten von Kindern, in den Landdistrikten mit 29,1 % auf das Warten von Kindern, mit 19,6 % auf Viehhüten, mit 17,1 % auf Land- und Gartenarbeit, mit 15,4 % auf Hausarbeit und mit 13,4 % auf gewöhnliche Landarbeit.

Die Arbeitsdauer erstreckt sich meistens bei Knaben wie bei Mädchen in den Städten über das ganze Jahr, dagegen werden die in den Landdistrikten

beschäftigten Kinder überwiegend nur bis zu 6 Monaten im Jahre von den Arbeitgebern eingestellt.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt in den Haupt- und Provinzstädten bei beiden Geschlechtern zumeist 7 Stunden. Auf dem Lande dagegen ist eine 8- bis 13 stündige Arbeitszeit allgemein üblich. Die Arbeitszeit beginnt in den Städten um 7, 8 oder 9 Uhr und ist im allgemeinen vor 6 oder 6½ Uhr nachmittags beendet. Auf dem Lande dagegen beginnt sie um 5 oder 6 Uhr und wird zwischen 7 und 9½ Uhr abends beendet.

Über die Lohnverhältnisse gibt nachfolgende Tabelle Aufschluß:

Barlohn für den Monat M.	Mit Kost		Ohne Kost	
	Knaben v. H.	Mädchen v. H.	Knaben v. H.	Mädchen v. H.
bis 4,50	25,6	44,8	12,8	21,8
4,50— 9,00	56,2	45,4	34,9	21,5
9,00—13,50	14,3	7,4	20,9	18,3
13,50—18,00	3,9	2,4	16,0	16,5
18,00—22,50			4,3	4,5
22,50 u. mehr			11,1	17,4
	100,0	100,0	100,0	100,0

Der monatliche Durchschnittslohn beträgt in den Städten für die Knaben 12,72 M., für die Mädchen 7,48 M. Der Barlohn im Monate beträgt auf dem Lande im Durchschnitt für die Knaben 6,63 M. und für die Mädchen 5,61 M. Allerdings muß man auf dem Lande noch die volle Kost hinzurechnen.

Endlich wurde auch noch die geistige wie körperliche Leistungsfähigkeit der gegen Lohn arbeitenden Schulkinder geprüft. Es zeigte sich, daß die Ergebnisse bei den eigentlichen Schulfächern ungünstiger sind als beim Turnen, bei dem ausschließlich körperliche Leistungen in Frage kommen.

Die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande sind nach diesen Erhebungen durchweg am ungünstigsten sowohl hinsichtlich der Arbeitszeit, der Entlohnung als auch nach der Art der Arbeit. Es ist dies für unsere deutschen Verhältnisse um so interessanter, da die Kinderarbeit bei uns nach wie vor in der gesamten Landwirtschaft und im häuslichen und Gesindedienste keinen Beschränkungen unterworfen ist.

CHRONIK

DAS Programm der Neuseeländischen Regierung: Die Neuseeländische Regierung hat vor einiger Zeit in der Thronrede ein Programm entwickelt, dessen soziale und demokratische Maßregeln wohl über alle in Europa vom Regierungstisch aus vorgeschlagenen Maßnahmen hinausgehen. An

der Spitze des Programms steht die Verstaatlichung der Eisenindustrie und der Ölgewinnung; Grund und Boden sollen durch eine Erhöhung der progressiven Landsteuer mehr noch als bisher aus den Händen der Großgrundbesitzer in die des Staates übergehen.

Auch die letzten Reste der Schul-

gelder sollen wegfallen und der Unterricht von der Volksschule bis zur Universität unentgeltlich sein.

Der Anspruch auf eine staatliche Altersrente, der bisher an die Erreichung des 65. Lebensjahres geknüpft war, soll nunmehr bereits, soweit Frauen in Frage kommen, mit 60 Jahren, bei Witwen sogar mit 55 Jahren beginnen.

Die liberale Regierung sah sich zu diesen radikalen Vorschlägen durch den Ausfall der letzten Parlamentswahlen gezwungen, welche ihr ziemlich genau die gleiche Stärke wie der konservativen Opposition verliehen und somit der — wenn auch an Zahl schwachen — sozialistischen Partei eine ausschlaggebende Rolle zuwiesen. Um sich ihre Unterstützung zu sichern, nahm die radikale Partei diese weitgehenden Maßregeln in ihr eigenes Programm auf.



Schulkinderspeisung in England:

Die bei uns bis jetzt nur auf Grund privater oder kommunaler Initiative hier und da eingeführte Schulkinderspeisung ist in England bereits seit einigen Jahren landesgesetzlich berücksichtigt. Ein am 21. Dezember 1906 in Kraft getretenes Gesetz bestimmt, daß in England und Wales die lokalen Unterrichtsbehörden Schulkantinen-Komitees bilden und diesen Land, Gebäude, Hilfskräfte usw. zur Speisung von Schulkindern zur Verfügung stellen sollen. Die lokale Behörde soll dabei nur dann direkte Ausgaben für die Beschaffung von Nahrungsmitteln machen, wenn sie die Überzeugung gewonnen hat, daß eine Anzahl Volksschüler infolge ungenügender Ernährung unfähig ist, vollen Nutzen aus dem Unterricht zu ziehen, und wenn sie sich ferner vergewissert hat, das andere als öffentliche Mittel nicht oder in genügendem Umfange vor-

handen sind, um die nötigen Nahrungsmittel zu beschaffen. Die auszuwerfende Summe soll den Betrag eines Halbpennys (etwa 4 Pfg.) pro Portion nicht übersteigen, und zwar sollen die Kosten von den Eltern zurückverlangt werden, es sei denn, daß die Behörde überzeugt ist, daß die Eltern nicht in der Lage sind, dieselben zu tragen.

Bis vor kurzem hatten 113 lokale Unterrichtsbehörden (von 328) Schulkantinen eingerichtet. In zahlreichen anderen Fällen hatten außerdem noch private Komitees mit Hilfe von durch die Stadtverwaltung aufgebracht Fonds Schulkinderspeisungen vorgenommen. Die Zahl der städtischen Komitees, die die Genehmigung vom Ministerium erhalten hatten, öffentliche Mittel zur Beschaffung von Mahlzeiten zu verwenden, betrug in der Periode vom 21. Dez. 1906 bis 31. März 1907: eins, in dem am 31. März 1908 beendeten Jahre 40, in dem am 31. März 1909 beendeten 85 und im Jahre 1910 96.

Im allgemeinen wurde die Lieferung einer Mittagsmahlzeit als die geeignetste Form der Unterstützung betrachtet. Es wurden im Jahre 1908/09 in England und Wales (außer London) 9 671 789 Mahlzeiten geliefert, gegen 2 751 326 im Jahre vorher, und zwar wurden im erstgenannten Jahre 116 840 und im letztgenannten 44 106 Kinder bedacht, so daß also die Zahl der auf ein Kind entfallenden Mahlzeiten ziemlich groß ist. Es wurden im ganzen für die Speisung nahezu 1 320 000 M. aufgewendet, wovon 966 000 M. aus öffentlichen Mitteln, 348 000 M. aus freiwilligen Beiträgen und nur der kleine Rest von 5900 M. von den Eltern der Schüler stammte.



Eine Kinderliga für Gemeindefürsorge in Michigan: In einer kleinen Stadt des Staates Michigan

wurde vor einiger Zeit eine Kinderliga für städtische Aufgaben begründet, welche neben vielen anderen ähnlichen Verbänden der Unzulänglichkeit der amerikanischen Städteverwaltung als solcher den Ansporn zu ihrer Gründung verdankt. Die städtische Bibliothek ließ in ihrer Kinderabteilung ein Sekretariat errichten, das sich an die bücherentleihende Jugend wandte und diese zunächst durch das Versprechen, ihr Pakete mit Blumensamen für Bestellung ihrer Hausgärten zu liefern, zu vorläufigem Anschluß und zur Zusage einer Stunde täglicher Mitarbeit an der Reinhaltung der Stadt bewog. Später entwickelte sich hieraus der Verband, und heute erhält jedes Kind eine Mitgliedskarte, auf dem die Ziele des Verbandes verzeichnet stehen. Es heißt darin:

„Ich will unsere Stadt zu einem schöneren und angenehmeren Wohnplatz gestalten, indem ich:

1. dazu beitrage, Straßen und Plätze rein zu halten,
2. Blumen, Weinranken und Bäume anpflanze,
3. an der Anlegung von Gärten mitwirke,
4. mich der Reinhaltung unserer eigenen Wohnstätte widme.

Ich mag nicht imstande sein, alles dies zu tun, aber ich will so viel als mir möglich ist, tun, um meine Straße und meine Stadt zu verschönern.“

(Es folgt dann Unterschrift und Angabe der Wohnung des Mitglieds.)

Auf der Rückseite der Karte ist Raum für Bestätigung der geleisteten Arbeit, der darauf verwendeten Zeit und für Bestätigung des Lehrers gelassen. Gegen Überreichung dieser Karte werden wieder Blumensamen ausgegeben.

Trotz der Kleinheit der Stadt waren es doch ungefähr 650 Kinder, Knaben und Mädchen in etwa gleicher Ver-

hältniszahl, die diesem Verbands beitraten; nur wenige von ihnen arbeiteten tatsächlich nur eine Stunde täglich. Alle waren begeistert dafür, den eben erhaltenen Blumensamen nun wirklich selbst zur Anlegung von Beeten und Verzierung der Straßen zu verwenden.

Eltern und Lehrer wurden durch den Enthusiasmus der Kinder in die Bewegung mitgerissen, und überall zeigt sich ein reger Wettbewerb für die Verschönerung der Stadt und ihrer Umgebung.



Reformen im französischen Postdienst: Vor einiger Zeit erschien eine Regierungsverordnung, die eine grundsätzliche Neugestaltung der Beziehungen zwischen der Postverwaltung und ihren Beamten und Arbeitern bedeutet.

Das Prinzip des wirtschaftlichen Konstitutionalismus wurde zum ersten Male in einem großen Betriebe durchgeführt. Seither sind die Beamten und Arbeiter ermächtigt und beauftragt, Delegierte zu wählen, die sie gegenüber der Verwaltung vertreten und die im Einvernehmen mit ihnen die Arbeitsbedingungen regeln, wie auch im Einvernehmen mit ihnen alle Disziplinarverhandlungen führen.

Der Minister ging von der Hoffnung aus, daß damit die Mißverständnisse und Reibungen, wie sie ja so leicht in solch großen Dienstbetrieben entstehen, im Werden beseitigt werden können und, indem man die Postangestellten nunmehr auch zu jenen Kommissionen zuzieht, welche über die Arbeitsteilung zu entscheiden haben, gibt man ihnen eine neue Garantie gegen Günstlingswirtschaft und Ungerechtigkeit.

Widerstände kamen eigentümlicherweise nur von den radikaleren Vertretern der Beamtenorganisationen selbst, die ihrerseits früher die

Vertretung der Beamten gegenüber der Regierung geführt hatten und sie nunmehr auf die legitimen Vertreter der Beamtenschaft übergehen sahen.

Der Minister erklärte demgegenüber, daß es ihm fern liege, die gesetzlichen Beamtenorganisationen, soferne sie sich im Gesetzesrahmen bewegen, in ihren bisherigen Rechten beschränken zu wollen, aber es seien deren zu viele, als daß sie die Wünsche der gesamten Beamtenschaft in unzweideutiger Weise zum Ausdruck bringen könnten.

Durch die neue Einrichtung wird die Kooperation von Beamtenvertretern und Regierung aus einer bloß zufälligen, außergesetzlichen zu einer legalen, stabilen Institution.

Erst die nächsten Jahre werden zeigen können, ob sie sich bewährt, ob alle legitimen Beschwerden der Beamtenschaft durch sie beseitigt werden können und so ein Grund, ja die Möglichkeit zu neuen Streikbewegungen fortfallen.

Louis Vial.



Bau billiger Volkswohnungen in Frankreich: Parlament und Regierung Frankreichs haben neulich ihre Zustimmung zur Aufnahme eines Anlehens von 200 Millionen Franken durch den Gemeinderat von Paris gegeben, und soll diese Summe für den Bau billiger Volkswohnungen verwendet werden. 50 Millionen sollen den Gesellschaften für den Bau von Volkswohnungen als Darlehen zur Verfügung gestellt werden, damit sie in großem Maßstabe an den Bau entsprechender Häuser herantreten können. Sie haben denn auch, um für das Darlehen Garantie leisten zu können, einen Gesellschaftsvertrag abgeschlossen.

Die übrigen 150 Millionen sollen für den Staat selbst zum Bau oder Kauf von Häusern oder deren Verbesserung in gesundheitlicher Beziehung verwendet werden; jedoch sollen die Wohnungen all dieser Häuser mindestens bis zu $\frac{2}{3}$ ihres Mietwertes an Familien abgegeben werden, die mehr als drei Kinder unter 16 Jahren zählen. Auf diese Weise will man dem schweren Notstande der kinderreichen Familien, die bis jetzt von vielen Hausherrn zurückgewiesen oder doch in jeder Richtung benachteiligt werden, abhelfen und damit indirekt diesen wichtigen Faktor, welcher viele Eltern zur Beschränkung ihrer Kinderzahl bewog, beseitigen.

Wie bereits früher mitgeteilt, sollen die Häuser von eigenen Wohnungsamtern verwaltet werden.

Charles Lebloud.



Schwimmende Krippen in New York: Die Hitzewellen, die Amerika von Zeit zu Zeit heimsuchen, setzen besonders Gesundheit und Leben der Säuglinge schweren Gefahren aus, und man sucht darum seit einiger Zeit nach Mitteln und Wegen, um speziell die bereits erkrankten Kinder den Folgen der Hitze zu entziehen. Zu diesem Zwecke wurden in New York Schiffe als schwimmende Krippen eingerichtet; Mütter und Kinder können zu Zeiten der Hitzeperioden auf ihnen sich aufhalten. Das Schiff fährt auf die hohe See, wo naturgemäß die Temperatur eine günstigere ist und die ständig bewegte Luft Abkühlung vermittelt. So haben bereits viele Kinder, die in dem glutdurchwehten New York in Lebensgefahr schwebten, Heilung gefunden.

